

## ZWISCHEN DEN STÜHLEN Zum Angliederungsprozess der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag an die Deutsche Karls-Universität 1938–1945

FRANZISKA STOFF

### BETWEEN THE CHAIRS

#### On the Process of Incorporation of the German Academy of Music and Theatre Arts in Prague into the German Charles University, 1938–1945

Discussions about a change in the status of the German Music Academy in Prague started soon after the signing of the Munich Treaty. Of the two proposals – either a move to the Sudetenland or incorporation into the Prague University – the latter won more support. It was vigorously backed especially by Professor Gustav Becking. The article follows the background of the whole process, which was treated even on the ministerial level, and traces the subsequent developments of the Academy, which had a non-standard position within the German Charles University and was subjected to war-time ideologisation. The author also follows the lives of the main protagonists of this process.

*Key words:* Die Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag / German Academy of Theatre Arts in Prague – Deutsche Karls-Universität in Prag / German Charles University in Prague – Fidelio F. Finke – Gustav Becking

### Einleitung

Das *Hochschulinstitut für Musik und darstellende Kunst bei der deutschen Karls-Universität* entstand 1940 durch die Übernahme der *Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag* in die Verwaltung des Deutschen Reiches. Im Frühjahr 1945 ging es als *Musikinstitut bei der deutschen Karls-Universität* in den Kriegswirren unter.<sup>1</sup> Es nimmt durch seine Wurzeln in Böhmen und durch die Art seiner Einbettung in universitäre Zusammenhänge eine Sonderstellung ein. Gleichzeitig sind hier aber auch Phänomene zu beobachten, die einen allgemeinen Einblick in einen Teil der Musikhochschullandschaft im sogenannten „Dritten Reich“ geben. Leider liegen bisher nur sehr wenige wissenschaftliche Beiträge vor, die sich seiner Erforschung widmen.<sup>2</sup> Die archivalischen Quellen zum Institut

<sup>1</sup> Vgl. Liste der restlichen Archivalien im Anhang.

<sup>2</sup> Vgl. Peter BRÖMSE, *Das Prager Konservatorium und die Deutsche Akademie für Musik und Darstellende Kunst in Prag*, in: Peter Brömse (Hg.), *Musik und Musikwissenschaft*, München 1989 (Schriften der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste 10), S. 37–51. Brömse schrieb diese Zusammenfassung als Zeitzeuge, beriet sich mit dem ehemaligen administrativen Leiter der Akademie Friedl Strail und dem ehemaligen Direktor Fidelio F. Finke, nutzte jedoch keine Archivalien und war wohl auch selbst befangen. Er wirkte nach 1945 als Professor für Musikpädagogik an der Justus Liebig Universität in Gießen. Aufsätze

und seiner Vorgängereinrichtung verteilen sich zudem auf mehrere Standorte in Prag und Berlin und weisen große Lücken auf, die bisher noch nicht geschlossen werden konnten; oft handelt es sich um Parallelbestände. Der vorliegende Aufsatz will sich daher an der Forschungsarbeit auf zweierlei Arten beteiligen: zum einen mit einer Zusammenstellung der bisher bekannten Quellenbestände zum Hochschulinstitut und seiner Vorgängerinstitution (vgl. die Liste im Anhang) und zum anderen mit einer Fragestellung, die in den vorhandenen wenigen Veröffentlichungen bisher noch nicht ausführlich zur Sprache kam, und an der sich sowohl die erwähnte Sonderstellung als auch allgemeinere Phänomene zeigen lassen: Wie gestaltete sich die Anbindung des Hochschulinstitutes an die Deutsche Karls-Universität? Eine Frage, die sich nicht so einfach beantworten lässt, wie es zunächst vielleicht scheinen mag.

Blickt man in die Jahresberichte und Verzeichnisse der Universität, lässt sich die Deutsche Akademie für Musik oder ein Hochschulinstitut für Musik nicht sofort finden. Lediglich der Bericht des Rektors der Deutschen Karls-Universität über das Studienjahr 1938/39 erwähnt „die Beratungen betr. Angliederung der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst“.<sup>3</sup> Im Geschäftsverteilungsplan des Amtes VIII Musik im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung wird das Prager Hochschulinstitut jedoch, genau wie auch die anderen Hochschulinstitute in Breslau und Königsberg, unter der Rubrik *Hochschulinstitute bei den Universitäten* geführt.<sup>4</sup> Warum taucht es in den Berichten der Universität nur einmal ausnahmsweise auf?

Im Folgenden wird dieser Frage in mehreren Etappen nachgegangen: Nach einer Darstellung der Vorgeschichte der *Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag* und der personellen Verbindungen zwischen Universität und Akademie, sowie der Vorgeschichte musikalischer Institute an Universitäten überhaupt, wird die Frage der Eingliederung orientiert am tatsächlichen Verlauf thematisiert: Nach der Darstellung der Interimsphase zwischen dem Münchner Abkommen und dem Einmarsch der Wehrmacht in Prag wird die nach 1939 in Prag und Berlin im Raum stehende „Vision“ einer universalen Hochschule in den Blick genommen. Es folgen nähere Erläuterungen zu den Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Reichserziehungsministerium und dem Propagandaministerium mit ihren Auswirkungen auf die Eingliederung, Erläuterungen zur endgültigen Auflösung des *Vereins Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag* und abschließend die Darstellung des „Notbetriebs“ in neuer Form ab Januar 1945, der in gewisser Weise wieder zu den Wurzeln musikalischer Institute an Universitäten zurückführt.

einer jüngeren Generation stammen bisher lediglich von Torsten FUCHS (†), *Die Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag – Gründung und Strukturwandel im Spiegel neu erschlossener Dokumente*, in: Andreas Wehrmeyer (Hg.), *Musik im Protektorat Böhmen und Mähren (1939–1945). Fakten – Hintergründe – Historisches Umfeld*, München 2008 (Veröffentlichungen des Sudetendeutschen Musikinstituts, Berichte 6), S. 63–87, und DERS.: *Die Prager Musikakademie als Vorbild für die Dresdener Musikhochschule nach 1945*, in: Kathrin Eberl-Ruf – Wolfgang Ruf (Hgg.), *Musikkonzepte – Konzepte der Musikwissenschaft*, Kassel 2000 (Internationaler Kongress der Gesellschaft für Musikforschung 1998), S. 129–135.

<sup>3</sup> Vgl. Ernst OTTO, *Bericht über das Studienjahr 1938/39* (weiter Bericht), in: Bericht der Deutschen Karls-Universität in Prag über die Studienjahre 1936/37, 1937/38, 1938/39, Prag 1942. Für den Hinweis und auch die Idee für die Fragestellung danke ich ganz herzlich dem Archivar Tomáš Rataj.

<sup>4</sup> Vgl. Berlin, Bundesarchiv (weiter BA), Bestand 4901 (Reichserziehungsministerium), Nr. 12601, Schreiben vom 19. Januar 1942 anlässlich der Errichtung einer Abteilung VIII Musik. Der Plan unter der Rubrik „d. Hochschulinstitute bei den Universitäten“ nennt auch noch das Hochschulinstitut in Würzburg (im Entstehen).

## Vorgeschichten

### **Die Akademie für Musik und darstellende Kunst**

Die Vorgängereinrichtung des Hochschulinstituts für Musik und darstellende Kunst an der Deutschen Karls-Universität, die Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst, war zu keinem Zeitpunkt ihres Bestehens administrativ mit der Universität verbunden. Sie wurde bis zum Herbst 1938 durch einen Verein, den *Verein Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag*, betrieben und finanziert und erhielt außerdem eine Subvention vom tschechoslowakischen Staat.<sup>5</sup> Die Vereinsmitglieder und die Angestellten der Akademie verstanden sich als NachfolgerInnen und ihre Akademie als „Schwesterinstitut“ des alten Prager Konservatoriums, welches bei seiner Gründung durch den Verein zur Beförderung der Tonkunst in Böhmen im Jahr 1810/11 deutschsprachig betrieben worden war, sich im Zuge des Erstarkens der tschechischen Nationalbewegung zu einem zweisprachigen Institut entwickelt hatte und nach dem Ende des ersten Weltkriegs vom tschechoslowakischen Staat übernommen worden war.<sup>6</sup> Die Struktur der Abteilungen orientierte sich am Modell des alten Konservatoriums. Nach einem Prospekt aus dem Schuljahr 1930/31 gliederte sich die Akademie in eine Mittel- und eine Meisterschule. Die Mittelschule umfasste folgende Abteilungen:

- I. Instrumentalabteilung (6/7 Jahrgänge)
- II. Klavierabteilung (7 Jahrgänge)
- III. Abteilung zur Heranbildung von Organisten und Chorregenten (4/5 Jahrgänge)
- IVa. Kompositionsschule (5 Jahrgänge), IVb. Dirigentenschule (2 Jahrgänge)
- V. Gesangs- und Opernschule (5/6 Jahrgänge)
- VI. Schauspielabteilung (3 Jahrgänge)
- VII. Musikpädagogische Abteilung (2 Jahrgänge)  
Meisterschule

Die Musikpädagogische Abteilung hatte zum einen die Ausbildung von Musiklehrern für Musikschulen und den Privatunterricht zum Ziel, zum anderen die „Ausbildung von Gesangs- und Musiklehrern aller Kategorien für Volks-, Bürger-, Mittel- und Fachschulen“.<sup>7</sup> Sie war besonders für die Weiterbildung der Schüler der künstlerischen Fächer der Akademie gedacht, hatte also gegenüber diesen eine in gewisser Weise herausgehobene Funktion. Das Mindestalter der Studierenden lag bei 18 Jahren.

<sup>5</sup> Vgl. *Verein Deutsche Akademie für Musik u. darstellende Kunst in Prag. Jahresbericht Nr. 2–15*, Vereinsjahre 1920–1934, Schuljahre 1920/21–1934/35, Prag 1921–1935, und Berlin, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bestand Gesandtschaft Prag (weiter PA-GesP), Karton 24, Paket 28/6, Schreiben Fidelio F. Finkes vom 8. Februar 1938 (G.Z. 230/A.). Demnach konnte das Kuratorium mit November 1938 den Lehrenden kein Gehalt mehr zahlen.

<sup>6</sup> Vgl. Franziska STOFF, „Lebhafte Fühlungnahme mit dem Ausland“? *Institutionelle Beziehungen zwischen Berlin und Prag auf der Ebene der musikalischen Ausbildung*, in: Simone Hohmaier (Hg.), *Jahrbuch des Staatlichen Instituts für Musikforschung, Preußischer Kulturbesitz (weiter JSIM) 2013 (2014)*, S. 309–333, hier S. 313f.

<sup>7</sup> Vgl. Berlin, Bundesarchiv (weiter BA), Bestand R 57 NEU (Deutsches Auslands-Institut), Nr. 1148 (22), darin: Nr. 25375 (Prospekt).

In der – der Mittelschule übergeordneten – Meisterschule konnte man die Fächer Komposition, Violine und Klavier studieren.<sup>8</sup>

### **Zur Vorgeschichte personeller Verbindungen**

Personelle Verbindungen zwischen der Prager Universität und der *Akademie für Musik und darstellende Kunst*, sowie mit dem alten Prager Konservatorium, hatten in Prag eine längere Tradition. Sie wurde vermutlich begründet durch das langjährige Direktionsmitglied und den Musikgeschichtslehrer des alten Prager Konservatoriums August Wilhelm Ambros. Dieser hatte noch 1858 die Festschrift des Konservatoriums zum 50-jährigen Jubiläum verfasst,<sup>9</sup> veröffentlichte 1869 den ersten Teil seiner Geschichte der Musik und wurde im selben Jahr zum ersten außerordentlichen Professor für Musikwissenschaft der noch ungeteilten Prager Universität berufen.<sup>10</sup>

Heinrich Wilhelm Rietsch, der zwischen 1900 und 1927 als ordentlicher Professor für Musikwissenschaft an der Deutschen Karls-Universität wirkte und das durch ihn begründete Institut für Musikwissenschaft leitete, unterrichtete nicht am Konservatorium beziehungsweise nach 1919/20 an der Musikakademie. Er war aber durch seine Mitgliedschaft im *Verein Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag*, dessen Kuratoriumsmitglied bzw. stellvertretender Präsident des Kuratoriums er seit der Gründung des Vereins bis zu seinem Tod war, eng mit ihr verbunden, wie auch andere Professoren der Universität, die zeitweilig dem Kuratorium angehörten.<sup>11</sup> Rietsch arbeitete außerdem in der (durch seinen Vorgänger Guido Adler mitbegründeten) *Deutschen Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen*,<sup>12</sup> die auch Stipendien an Akademieschüler vergab,<sup>13</sup> mit Vereinsmitgliedern und Lehrern der Akademie zusammen.<sup>14</sup> Gustav Becking, Nachfolger Rietschs und Ordinarius an der Deutschen Karls-Universität seit 1930, hatte ihn in diesen Gremien beerbt.<sup>15</sup> Er war Obmann der Abteilung Tonkunst

<sup>8</sup> Vgl. ebenda.

<sup>9</sup> Vgl. August Wilhelm AMBROS, *Das Conservatorium in Prag. Eine Denkschrift bei Gelegenheit der fünfzigjährigen Jubelfeier der Gründung*, hrsg. vom Vereine zur Beförderung der Tonkunst in Böhmen, Prag 1858.

<sup>10</sup> Vgl. Volker KALISCH (Friedrich BLUME), *Ambros, August Wilhelm*, in: Ludwig Finscher (Hg.), *Musik in Geschichte und Gegenwart, Personenteil*, Bd. 1, Kassel u.a. 1999, Sp. 583–586; Peter BRÖMSE, *Das Fach Musikwissenschaft an der Universität Prag*, in: Peter Brömse (Hg.), *Musik und Musikwissenschaft*, München 1989 (Schriften der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste 10), S. 15–35.

<sup>11</sup> Vgl. die Tabelle im Anhang 1 für die Universitätsangehörigen, die im Kuratorium oder Lehrkörper der Akademie vertreten waren.

<sup>12</sup> Ab 1924 nannte sie sich *Deutsche Gesellschaft der Wissenschaften und Künste für die Tschechoslowakische Republik*, ab 1938 *Deutsche Gesellschaft der Wissenschaften und Künste in Prag*, ab 1941 *Deutsche Akademie der Wissenschaften in Prag*, vgl. Alena MIŠKOVÁ – Michael NEUMÜLLER, *Společnost pro podporu německé vědy, umění a literatury v Čechách (Německá akademie věd v Praze). Materiály k dějinám a inventář archivního fondu. 1891–1945 / Die Gesellschaft zur Förderung Deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen (Deutsche Akademie der Wissenschaften in Prag). Materialien zu ihrer Geschichte und Inventar des Archivbestandes*, Prag 1994, S. 36–40.

<sup>13</sup> Vgl. ebenda, S. 42–45.

<sup>14</sup> Vgl. ebenda, S. 51–65 (Mitgliederverzeichnis). Mitglieder waren neben Adler zum Beispiel: Heinrich Rietsch, Gustav Becking, Robert Mayr-Harting, August Sauer (Universitätsangehörige, Kuratoriumsmitglieder der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst), Theodor Veidl (Lehrer/Professor an der Universität und an der Akademie), Alexander Zemlinsky, Romeo Finke, Georg Szell (Lehrer/Professor an der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst).

<sup>15</sup> Vgl. die Tabelle im Anhang 1.

der *Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste für die tschechoslowakische Republik*, später *Deutsche Akademie der Wissenschaften in Prag*<sup>16</sup> und außerdem seit 1929 stellvertretender Präsident im *Verein Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag*.<sup>17</sup> Der Anteil der Universitätsangehörigen im Kuratorium und unter den Lehrern des Hochschulinstituts insgesamt nahm aus bisher unbekanntem Gründen nach 1933 ab. Im Jahr 1940 unterrichteten noch zwei langjährige Lehrer der Akademie auch an der Universität: der Lehrer für Schauspiel, Karl Birk, und der Theorielehrer Theodor Veidl.<sup>18</sup>

### **Zur Geschichte musikalischer Ausbildungsinstitute an Universitäten**

Als das Prager Hochschulinstitut gegründet wurde, bestanden bereits musikalische Ausbildungsinstitute innerhalb von Universitäten. Allerdings hatten diese Institute eine ganz andere Vorgeschichte: Um einem von den Zeitgenossen empfundenen Niedergang der Kirchenmusik entgegenzuwirken, waren Anfang des 19. Jahrhunderts staatlich geförderte Institute zur musikalischen Bildung innerhalb von Universitäten gegründet worden. Sie stellen in ihrer Art die frühesten staatlich finanzierten musikalischen Ausbildungsorte dar. Als erste derartige Einrichtung gilt das durch die Initiative Joseph Fröhlichs 1804 in Würzburg innerhalb der Universität begründete *Akademische Musikinstitut*, welches sich der musikalischen Bildung der Studierenden, der Seminaristen der Lehrerbildungsanstalten und der Gymnasiasten widmete. Es wurde zunehmend selbstständig und löste sich 1875 wohl endgültig von der Universität.<sup>19</sup> Gleich drei Gründungen zog eine Denkschrift Carl Friedrich Zelters in Preußen nach sich, der 1803/04 – ob er mit Fröhlich in Kontakt war, ist bisher nicht bekannt – eine Anregung zur Hebung des kirchenmusikalischen Ausbildungsstands und zur musikalischen Bildung „kleinerer Schullehrer“ vorgelegt hatte, die er 1811 konkretisierte.<sup>20</sup> In der Folge wurden an den beiden zwischen 1810 und 1811 neugegründeten preußischen

<sup>16</sup> Becking war seit dem 18. März 1931 wirkliches Mitglied der Gesellschaft. Vgl. Prag, Národní archiv (weiter NA), Bestand Ministerstvo školství a národní osvěty (weiter MŠANO), Karton 541, Mappe: 1 10-W 17, darin: *Jahresbericht der Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste für die tschechoslowakische Republik*, Prag 1937, besonders S. 34 und 63–69. Wirkliche Mitglieder waren zu diesem Zeitpunkt auch noch Theodor Veidl seit dem 28. März 1928 und Georg Szell seit dem 31. März 1931 (sein Name ist in dem Exemplar nachträglich mit Bleistift gestrichen), in der Abteilung Tonkunst waren vertreten: Veidl und Szell (letzterer wieder nachträglich mit Bleistift gestrichen), korrespondierendes Mitglied war zum Beispiel Romeo Finke, Direktor i.R. (früher wirkliches Mitglied). Vgl. außerdem ebenda, Mappe: 40–43, 17-01, darin die Schreiben vom 15. 1. 1940 (die geplante Prager Akademie der Wissenschaften darf nicht hinter den Deutschen Akademien zurückstehen), 30. November 1940 (die Gesellschaft soll nach Umwandlung in eine Akademie ebenfalls vom Kurator der deutschen wissenschaftlichen Hochschulen in Prag verwaltet werden), Januar 1942 (Umwandlung der Deutschen Gesellschaft in die Deutsche Akademie mit dem 8., bzw. 29. Dezember 1941) und die Mitgliederliste vom 31. Januar 1942 (Musik: Becking, Veidl u.a.).

<sup>17</sup> Vgl. *Verein Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag. 11. Jahresbericht. Vereinsjahr 1929. Studienjahr 1929/30*, Prag 1930, S. 10 und 14.

<sup>18</sup> Veidl unterrichtete seit 1929, Birk seit 1925 an der Universität. Vgl. *Personalverzeichnis der Deutschen Karls-Universität 1934/35–36/37*, *Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Deutschen Karls-Universität 1942/43–1945* und *Ordnung der Vorlesungen in Prag 1934–40*.

<sup>19</sup> Das Institut war aus dem von Fröhlich seit 1797 geleiteten *Verein musikalischer Akademiker* hervorgegangen. Vgl. Dieter KIRSCH u.a. (Hg.), *Vom Collegium Musicum zur Musikhochschule/Hochschule für Musik in Würzburg: 200 Jahre akademische Musikausbildung in Würzburg; Festgabe für das Jubiläumsjahr 1997*, Würzburg 1997, bes. S. 5, 10, 16–17 und 26. Vgl. auch: Roland HÄFNER, *Hochschule für Musik Würzburg*, Würzburg 1979.

<sup>20</sup> Zelter reichte diese zunächst beim Kurator der Akademie der Künste und Staatsminister Carl August von Hardenberg, später in leicht geänderter Form beim König selber ein, weitere Schriften folgten. Vgl. den Abdruck

Universitäten in Breslau (1815) und Berlin (1822), sowie der bereits bestehenden Albertina in Königsberg (1811/1812/1824)<sup>21</sup> kirchenmusikalische Institute beziehungsweise Seminare eingerichtet. Sie widmeten sich der musikalischen Bildung von angehenden Lehrern und Kirchenmusikern, der Studierenden der jeweiligen Universitäten und zum Teil der örtlichen Gymnasiasten.<sup>22</sup> Während die Berliner *Akademie für Kirchenmusik* sich organisatorisch spätestens nach Zelters Tod von der Universität löste<sup>23</sup> und nachweislich ab 1875 als eine der Unterrichtsanstalten der *Akademie der Künste* geführt wurde,<sup>24</sup> blieben die Institute in

und Kommentar bei: Georg SCHÜNEMANN, *Carl Friedrich Zelter, der Begründer der preußischen Musikpflege*, Berlin 1932, S. 10–19, 23ff. und 37.

- <sup>21</sup> Die Jahre können je nach Interpretation als Gründungsjahr ausgelegt werden. Georg Sowa gibt 1811 an, Schünemann berichtet jedoch, dass am 11. Juli 1811 zunächst eine Eingabe des Dekans „Dr. Wedeke“ um Gesangsunterricht für „Predigt- und Schulamtskandidat[en]“ erfolgte und Unterricht ab Januar 1812 begann. Der erste Musikdirektor des *Instituts für Kirchenmusik*, gleichzeitig Musiklehrer der Universität wurde demnach erst 1824 ernannt. Vgl. Georg SOWA, *Die Anfänge institutioneller Musikerziehung in Deutschland (1800–1843). Pläne, Realisierung und zeitgenössische Kritik. Mit Darstellung der Bedingungen und Beurteilung der Auswirkung*, Regensburg 1973 (Studien zur Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts), S. 120, und SCHÜNEMANN, *Zelter*, S. 39–41. Vgl. auch KOSSMALLY und CARLO [d. i. Carl Heinrich HERZEL] (Hg.), *Schlesisches Tonkünstler-Lexikon*, 4 Hefte in einem Band (Nachdruck Olms) Hildesheim/New York 1982, S. 196–200, hier S. 197; Theodor SIEBS, *Sonderabdruck aus dem zweiten Teile der Festschrift des hundertjährigen Bestehens der Universität Breslau. Das Königliche Akademische Institut für Kirchenmusik bei der Universität Breslau*, Breslau 1911; Karl REHBERG, *Geschichte des Instituts für Kirchen- und Schulmusik in Königsberg/Pr.*, in: *Musik des Ostens* 8, 1982, S. 155–168, und Lucian SCHIWIEZ, *Musikausbildung für den Dienst in Kirche und Schule an der Universität Königsberg in ihrem bildungspolitischen und institutionsgeschichtlichen Kontext*, in: Ekkehard Ochs u.a. (Hgg.), *Universität und Musik im Ostseeraum*, Berlin 2007 (Greifswalder Beiträge zur Musikwissenschaft 17), S. 241–251. Schiwiez geht auch auf die Jahrhundertelange, jedoch zeitweilig verkümmerte Musiktradition an der Albertina ein, an der demnach zahlreiche Königsberger Musiker unterrichtet hatten.
- <sup>22</sup> Vgl. SCHÜNEMANN, *Zelter*, S. 38–45. Lucian Schiwiez nennt außerdem den ab 1828 bestehenden Plan an der dritten preußischen Neugründung, der Universität Bonn (gegr. 1818), ein musikalisches Institut zu errichten. Der Plan scheiterte demnach an der Konkurrenz zwischen dem Akademischen Musikdirektor Breidenstein und Zelter. Vgl. SCHIWIEZ, *Musikausbildung Königsberg*, S. 246.
- <sup>23</sup> Diese Trennung ist mit der Berufung von Adolf Bernhard Marx als Nachfolger Zelters an die Universität verknüpft: man traute ihm offenbar aufgrund seiner jüdischen Abstammung die Leitung der Kirchenmusik nicht zu, womit die Anbindung des Instituts an die Universität durch Personalunion nicht mehr gegeben war. Vgl. Max SCHIPPKE, *Festschrift zur Feier des hundertjährigen Jubiläums des staatlichen Akademischen Instituts für Kirchenmusik in Berlin 1822–1922*, Berlin-Charlottenburg 1922, S. 15.
- <sup>24</sup> Wo genau das Institut nach dem Tode Zelters angesiedelt war, wie und wann sich die Verbindung zur Universität im Detail löste, bedarf noch weiterer Nachforschungen. Die bisherigen Veröffentlichungen beschreiben eine Gründung innerhalb der Universität und die recht bald folgende Selbstständigkeit des Instituts (Schünemann, Dinglinger), allerdings auch eine fortbestehende Verbindung zur Universität bis zu Zelters Tod (Schippe). Vgl. SCHÜNEMANN, *Zelter*, S. 42–45; SCHIPPKE, *Festschrift*, S. 9–10 und 15; Wolfgang DINGLINGER, *Zelters Musikalische Bildungsanstalt und die Gründung des Instituts für Kirchenmusik*, in: Christian Filips (Hg.), *Der Singmeister Carl Friedrich Zelter, 1758–1832*, Mainz 2009, 118–123, hier S. 119 und 121. In den aus den 30er Jahren stammenden Findbüchern des *Geheimen Staatsarchives* ist das *Institut für Kirchenmusik* als Ausbildungsinstitut nur innerhalb der *Akademie der Künste* erwähnt, Transfers nicht mehr erhaltener Akten, die ebenfalls verzeichnet sind, lassen jedoch auf eine Bearbeitung der Angelegenheiten in der Abteilung U III (Volksschulen) schließen, welche sich weder den Universitäten, die unter U I, noch der Akademie der Künste widmete, die unter U IV, „Kunstsachen“, verwaltet wurde. Vgl. Berlin, Geheimes Staatsarchiv, Stiftung Preußischer Kulturbesitz (weiter GStA), *Findbuch Bestand GStA PK, I. HA Rep. 74 Kultusministerium, Va Sekt. 2 Tit. X Nr. 4, Bd. 2, Bestand vom 18. Jahrhundert bis 1934, mit Zusammenlegung des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Kultusministerium) mit dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und ebenda: Rep. 76 Ve, Kunst, Findbuch, Bd. 3, Sektion 17, Kunstakademie Berlin, Abt. IV (Mitglieder, Lehrer), Nr. 32, Kirchenmusikinstitut. Bd. 1–22, (1822–1934), Bd. 1 als fehlend vermerkt, außerdem die Bemerkung: „1913 von U III überwiesen“. Ein verschollenes Aktenstück zur Vorgeschichte des Instituts, welches Schünemann erwähnt, wurde dem Namen nach unter U IV Kunstsachen verwaltet: „U. IV 32, Nr. 1“. Da die Nummerierung (Nr. 32) mit den oben verzeichneten Akten übereinstimmt, könnte man vermuten, dass sie zwischen den Abteilungen hin und hergeschoben wurden.*

Breslau und Königsberg – nunmehr als einzige ihrer Art – mit den Universitäten und besonders den musikwissenschaftlichen Instituten personell eng verbunden. Zuletzt wurden sie sogar durch die jeweiligen Ordinarien geleitet.<sup>25</sup> Die deutschen Kirchenmusikinstitute an den Universitäten erlebten – gemeinsam mit den unabhängig oder an Musikhochschulen bestehenden Einrichtungen – zwei wesentliche Fortentwicklungen: Zunächst wurden sie durch die nach dem Ersten Weltkrieg sich entwickelnde „Kestenbergsche Reform“<sup>26</sup> besonders in ihrer Ausrichtung auf die Musikerziehung neu aufgestellt. Königsberg nahm die Ausbildung der Studierenden des neuen künstlerischen Lehramtsstudiengangs Musik bereits 1924 auf, Breslau begann Pfingsten 1931 zunächst mit einer viersemestrigen Vorbereitung.<sup>27</sup> Die Berliner Akademie für Kirchen- und Schulmusik hatte für sie eine Vorbild- und

Vgl. SCHÜNEMANN, *Zelter*, S. 37. Schippke wiederum nennt die maßgebliche, ebenfalls nicht mehr vorhandene Gründungsakte im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, „U III Berlin Teil V vol Iff“, was auf die Abt. Volksbildung verweist. Vgl. SCHIPPKE, *Festschrift*, S. 9.

<sup>25</sup> Breslau: Das Institut bestand schon vor Errichtung der Professur für Musikwissenschaft, es wurde zunächst geleitet von Oberlandesgerichtsrat von Winterfeldt und Professoren der philosophischen und medizinischen Fakultät. Otto Kinkeldey, ein Lehrer des Instituts, wurde 1910 habilitiert und erhielt den Professortitel. Auf Kinkeldey folgte 1915 Max Schneider als außerordentlicher Musikprofessor, 1920 wurde er Ordinarius bis 1928, 1929 kam Franz Arnold Schmitz. In der Ära Schmitz erfolgte die Gründung des Hochschulinstituts für Kirchen- und Schulmusik, vermutlich nach 1938. Es bestand eine enge Zusammenarbeit zwischen Hochschulinstitut und Universität. Vgl. Theodor STIEBS, *Sonderabdruck*; Fritz FELDMANN, *Das Hochschulinstitut für Kirchen- und Schulmusik in Breslau. Parallelen und Abweichungen im Hinblick auf das Königsberger Institut*, in: *Musik des Ostens* 8, 1982, S. 169–180; Hubert UNVERRICHT, *Musik und Musikwissenschaft in Praxis, Lehre und Forschung an der Universität Breslau*, in: *Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau*, Sigmaringen 1988, S. 259–272; Rudolf WALTER, *Kirchen- und Schulmusik-Studium an der Universität Breslau*, in: *Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau*, Würzburg 2000, S. 357–366. Königsberg: Joseph Müller-Blattau habilitierte sich 1922, erhielt das Promotionsrecht und gründete das Musikwissenschaftliche Seminar, gleichzeitig verwaltete er das Amt des Universitätsmusikdirektors, ab 1924 leitete er das Institut für Kirchen- und Schulmusik. Später suchte für die Leitung andere zu gewinnen: Hugo Hartung, Otto Stoll, Walter Kühn. Im Jahr 1932 wurde er gegen seinen Willen vom Senat wieder zur Leitung berufen. 1935 ging Müller-Blattau, ihm folgte 1937 Hans Engel als außerordentlicher Professor, er wurde 1944 Ordinarius. Vgl. FELDMANN, *Institut Breslau*, S. 171, und REHBERG, *Institut Königsberg/Pr.*, S. 157, außerdem die Überlieferung des Schriftwechsels zwischen Berlin und Breslau, bzw. Königsberg im Archiv der Universität der Künste Berlin und dem Bundesarchiv Berlin. Vgl. Berlin, Archiv der Universität der Künste (weiter UdKA), Bestand 2, Nr. 13 (Institut für Kirchen- und Schulmusik in Königsberg Pr. 1925–1937), Nr. 5 (Musikalisches Institut an der Universität Breslau, 1931–1937), Nr. 7 (Korrespondenz mit dem Breslauer Institut 1937–1939, 1942), Nr. 6, (Korrespondenz der Berliner Hochschule mit Breslau, 1939–1944) und BA, Bestand R 56/II, Nr. 190, darin die Mappe: Korrespondenz Königsberg, 1937–1944.

<sup>26</sup> Benannt wurde die Reform nach ihrem Initiator Leo Kestenbergsche Reform, Vgl. SCHIWIEZ, *Musikausbildung Königsberg*, S. 247. Zur Kestenbergsche Reform vgl. auch Dietmar SCHENK, *Musikhochschule*, S. 88–89, 92 und 160–162; Ullrich GÜNTHER, *Die Schulmusikerverziehung von der Kestenbergsche Reform bis zum Ende des Dritten Reiches*, Darmstadt 1967, und Leo KESTENBERG – Walther GÜNTHER, *Prüfung, Ausbildung und Anstellung der Musiklehrer*, Berlin 1925, 2. Auflage.

<sup>27</sup> Vgl. SCHIWIEZ, *Musikausbildung Königsberg* S. 247, Schiwietz gibt allerdings 1930 als Datum für den Start der neuen Lehramtsausbildung in Breslau an. Er bezieht sich dafür auf Gerhard BRAUN, *Die Schulmusikerverziehung in Preußen von den Falkschen Bestimmungen bis zur Kestenbergsche Reform*, Kassel u.a. 1957 (Musikwissenschaftliche Arbeiten 11), S. 84ff., und REHBERG, *Institut Königsberg/Pr.*, S. 157. Die Erinnerungen Fritz Feldmanns an Breslau im selben Band legen einen früheren Beginn nahe. Vgl. FELDMANN, *Institut Breslau/Königsberg*, S. 169–173. Aufschluss geben die von den bisherigen Veröffentlichungen noch nicht herangezogenen Archivalien im Archiv der Universität der Künste, Bestand 2 (Institut für Kirchen- und Schulmusik), Nr. 33 (Chronik des Institutes 1921–1934, weitere Bände), mit Nennung der Bewerber und Absolventen aus Breslau und Königsberg; außerdem die oben bereits genannten Korrespondenzen zwischen Berlin und Breslau, bzw. Königsberg. Vgl. ebenda, Nr. 13 (Institut für Kirchen- und Schulmusik in Königsberg/Pr.), besonders das Schreiben von Josef Müller-Blattau vom 9. 3. 1934 (Abschrift) an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, in welchem er die Geschichte des Instituts erläutert und gleichzeitig um die Einrichtung von rein künstlerischen Studiengängen bittet. Eugen Bieder, der Direktor der Hochschule für Kirchen- und Schulmusik,

Prüfungsfunktion, da Prüfungen für das höhere Lehramt in Berlin oder durch Berliner Vertreter abgenommen wurden.<sup>28</sup> Nach 1933 waren die Institute in Breslau und Königsberg dann Bestandteil einer Welle von Gründungen bzw. der Umwandlungen oder Umbenennungen bestehender musikalischer Ausbildungsinstitute in Musikhochschulen.<sup>29</sup> Ab 1938 firmierten beide Institute unter dem Namen „Hochschulinstitut für Musikerziehung und Kirchenmusik“.<sup>30</sup> Nach 1941 war für beide Institute auch der Name „Hochschulinstitut für Musikerziehung“ gebräuchlich, was vermutlich mit der Umbenennung der Berliner Hochschule für Musikerziehung und Kirchenmusik in „Hochschule für Musikerziehung“ zu tun hatte.<sup>31</sup> Die Institute in Breslau und Königsberg gingen dem Prager Hochschulinstitut zeitlich voraus. Sie hatten damit zwangsläufig Vorbildcharakter trotz ihrer kirchen- und schulmusikalischen Prägung.

um eine Stellungnahme gebeten, beurteilte das Anliegen ungünstig. Vgl. auch Nr. 5 (Musikalisches Institut an der Universität Breslau, 1931–1937), u.a. mit dem Schreiben Kestenbergs vom 13. 4. 1931, U IV Nr. 20883, U I, in welchem er den Direktor der Akademie für Kirchen- und Schulmusik in Berlin, Hans-Joachim Moser, um seine Stellungnahme zum Antrag der philosophischen Fakultät der Universität Breslau bittet, Studierenden des Musikalischen Instituts der Universität zu genehmigen, die ersten 4 Semester des künstlerischen Lehramtsstudiums in Breslau bei voller Anrechnung absolvieren zu dürfen. Aus den folgenden Schreiben und Gutachten geht eine Eröffnung zu Pfingsten 1931 hervor, zunächst als „Abteilung für Schulmusik“ am „Musikalischen Institut“ der Universität. Vgl. besonders das Schreiben des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 21. Mai 1931, U IV 21238, U I.

<sup>28</sup> Vgl. REHBERG, *Institut Königsberg/Pr.*, S. 157. Ab ca. 1941 wurde versucht, eigene Prüfungsämter in Breslau und Königsberg zu errichten. Die Diskussionen zogen sich bis in den Oktober 1944 und wurden vermutlich nicht zu Ende geführt. Vgl. BA, Bestand R 56/II, Nr. 190, darin die Mappe: Korrespondenz Königsberg, Institut für Kirchenmusik, generelles, 1938–1944, und UdKA, Bestand 2, Nr. 6, Korrespondenz der Berliner Hochschule mit Breslau, 1939–1944. Im Falle Breslaus wurde im Zuge der allgemeinen Verkürzung des Studiums auf 6 statt 8 Semestern erreicht, dass die Ausbildung vollständig dort erfolgen konnte, was schon länger versucht worden war. Vgl. ebenda, Nr. 5, Schreiben vom 20. Juli 1934.

<sup>29</sup> Diese Gründungswelle bedarf noch weiterer Erforschung. Erste Untersuchungen legen die Vermutung nahe, dass größere Ambitionen bestanden, die jedoch nicht realisiert werden konnten. So nennt der Geschäftsverteilungsplan des Amtes V (Volksbildung) im Reichs- und Preußischen Ministerium für Wissenschaft, unter: „Besondere Angelegenheiten, einschließlich Personalien, Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sowie Bauangelegenheiten der Musikhochschulen“ die folgenden Institutionen, getrennt in Reich und Preußen: Reich: Akademie der Tonkunst in München, Landeskonservatorium der Musik in Leipzig, Württembergische Hochschule für Musik in Stuttgart, Bayerisches Staatskonservatorium Würzburg, Hochschule für Musik in Weimar, Städtische Akademie für Tonkunst (Musikschule und Hochschule für Musik in Darmstadt), Städtische Musikhochschule in Mainz, Badische Hochschule für Musik in Karlsruhe, Städtische Hochschule für Musik und Theater und Konservatorium für Musik in Mannheim, Lübecker Staatskonservatorium und Hochschule für Musik in Lübeck; Preußen: Hochschule für Musik in Berlin, Hochschule für Musik in Köln, Hochschule für Musikerziehung und Kirchenmusik in Berlin, Hochschule für Musik (im Entstehen) in Frankfurt a. M., Meisterschulen für musikalische Komposition bei der Akademie der Künste zu Berlin, Institute für Kirchen- u. chulmusik bei den Universitäten in Königsberg und Breslau. Vgl. BA, Bestand 4901, Nr. 12601, Schreiben vom 14. 1. 1937. Ein späterer Plan (1942) nennt in neuer gemeinsamer Gliederung nur noch die: a) staatlichen Hochschulen für Musik Berlin, München, Stuttgart, Karlsruhe, Leipzig, Weimar; b) staatlichen Hochschulen für Musik Köln, Frankfurt, Hochschule für Musikerziehung Berlin; c) Reichshochschulen für Musik Wien, Salzburg, Hochschule für Musikerziehung Graz; d) Hochschulinstiute bei den Universitäten Königsberg i. Pr., Breslau und Würzburg (i. Entst.), Prag. Vgl. ebenda, Schreiben vom 19. Januar 1942 anlässlich der Errichtung einer Abt. VIII Musik.

<sup>30</sup> Vgl. BA, Bestand R 56/II, Nr. 190, darin die Mappe: Korrespondenz Königsberg, Institut für Kirchenmusik, spezielles, 1937–1944, Schreiben vom 13. Mai 1938, und UdKA, Bestand 2 (Institut für Kirchen- und Schulmusik), Nr. 7 (Korrespondenz mit dem Breslauer Institut 1937–1939, 1942), Schreiben vom 26. Januar 1938.

<sup>31</sup> Vgl. UdKA, Bestand 2, Nr. 532, das Schreiben des Evangelischen Oberkirchenrates an den Direktor der staatlichen Hochschule für Musikerziehung vom 29. Oktober 1941 und den Erlass des Reichserziehungsminister vom 2. 8. 1941, Nr. Va 880, Vc, E IV (a) ff.

## Zum Angliederungsprozess der Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag an die Deutsche Karls-Universität

### ***Die Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst und die Deutsche Gesandtschaft 1938–1939***

Der Angliederungsprozess der Akademie für Musik und darstellende Kunst in die Deutsche Karls-Universität nahm seinen Beginn bereits in der Phase, die zwischen dem Münchener Abkommen und dem Einmarsch der Wehrmacht in Prag lag. Obwohl die deutsche Akademie offiziell noch vom tschechoslowakischen Unterrichtsministerium beaufsichtigt wurde, nahmen ihre Vertreter engen Kontakt zur Deutschen Gesandtschaft in Prag sowie zum Reichserziehungsministerium und zum Reichspropagandaministerium in Berlin auf. Der sich daraus ergebende Vorgang spiegelt sich in den Akten wider, die die *Deutsche Gesandtschaft in Prag* für die Deutsche Musikakademie anlegte, zum Teil wird er auch sichtbar in der Überlieferung des tschechoslowakischen Unterrichtsministeriums.<sup>32</sup>

Mit der Deutschen Gesandtschaft hatte die Akademie seit langem Kontakt gepflegt. Die Gesandtschaft war in eine Eingabe der Akademie beim Völkerbund wegen der aus ihrer Sicht ungerecht niedrigen tschechischen Staatssubventionen involviert<sup>33</sup> und hatte auch häufiger Zuschüsse für die sich ständig in Finanznöten befindende Musikakademie bereitgestellt, wie zum Beispiel anlässlich einer Reise zur Musikfachausstellung des *Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer* in Frankfurt<sup>34</sup> oder zum 10-jährigen Jubiläum der Akademie.<sup>35</sup> Als hauptsächliche Ansprechpartner für die *Deutsche Gesandtschaft* fungierten dabei der Direktor der Akademie und der Präsident des *Vereins Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag*, zuletzt Fidelio F. Finke und Franz Wien-Claudi, ein bekannter Wirtschaftsanwalt.<sup>36</sup> Bald nach seiner Wahl zum stellvertretenden Präsidenten des Vereins erscheint auch die Handschrift Beckings in diesen Schriftwechseln und

<sup>32</sup> Vgl. PA-GesP, Karton 23, Paket 27/1 und Karton 24, Paket 28/6 (1926 – Mai 1939), und NA, MŠANO, Karton 3421 (33 Praha, Akad. něm., 1919–1942). Für den Hinweis auf die Quellen im Politischen Archiv danke ich ganz herzlich Hana Vlhová-Wörner (Bangor) und Felix Wörner (Basel).

<sup>33</sup> Vgl. PA-GesP, Karton 23/ Paket 27, Schreiben vom 16. November 1926 ff. Die Gesandtschaft versuchte dabei den Spagat zwischen den Interessen der Akademie und den diplomatisch durchsetzbaren Lösungen, sie nahm insgesamt eine eher reservierte Haltung ein. Die empfundene Ungerechtigkeit der Staatssubventionen ergab sich dadurch, dass der tschechoslowakische Staat die Akademie als regionale Musikschule betrachtete und subventionierte, die Akademie für Musik und darstellende Kunst sich selbst jedoch als überregionale Musikhochschule begriff. Ein Zwiespalt, den der Verein Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst durch Mitgliedsbeiträge und Spenden auszugleichen versuchte, was jedoch nicht oder nur unzureichend gelang und wodurch die Akademie ständig am Existenzminimum wirtschaftete.

<sup>34</sup> Vgl. PA-GesP, Karton 23/ Paket 27, Deutsche Akademie für Musik, Bd. 1. 1926–1937, Schreiben vom 5. Mai 1927 ff.

<sup>35</sup> Vgl. ebenda, Schreiben vom 1. Juni 1930 ff.

<sup>36</sup> Wien-Claudi war nach Angaben von Birgitt Morgenbrod nicht nur Anwalt, sondern auch Großgrundbesitzer und Mitglied der Österreichischen Politischen Gesellschaft, 1916–1919, vgl. Birgitt MORGENBROD, *Wiener Großbürgertum im Ersten Weltkrieg. Die Österreichische Politische Gesellschaft*, Wien 1984 (Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 85), S. 241. Christoph Boyer berichtet von Wien-Claudis Tätigkeit für den Sudetendeutschen Minderheitenausschuss, der die deutschen Bürger der Tschechoslowakei demnach zu Beginn der zwanziger Jahre vor dem Völkerbund vertrat und mit der Deutschpolitischen Arbeitsstelle kooperierte. Vgl. Christoph BOYER, *Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918–1938)*, München 1999 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 42), S. 54.

es häufen sich die Indizien dafür, dass er sehr selbstständig Gespräche führte, was die Gesandtschaft im Februar 1934 dazu veranlasste, ihn als „Leiter der Deutschen Musikakademie“ zu einer Besprechung einzuladen. Es ging um einen Unterstützungsbetrag, den der Deutsche Sängerbund über das Propagandaministerium in Berlin nach Prag gesandt hatte.<sup>37</sup>

Nach dem Münchner Abkommen, der damit verbundenen Abtrennung des Sudetenlandes und der Entrechtung der jüdischen Bevölkerung verschärfte sich die finanzielle Krise akut, da das Sudetenland traditionell Einzugsgebiet der Akademie gewesen war und ihr stets jüdische SchülerInnen und Vereinsmitglieder angehört hatten. Die wichtigen Einnahmen, die die Akademie jahrelang durch die Beiträge der Vereinsmitglieder erhalten hatte, fielen weg. Die SchülerInnenzahl schrumpfte von 200 auf ca. 60, mit ihnen auch die Einnahmen durch das Schulgeld. Die Staatssubventionen für 1938 wurden durch das tschechoslowakische Schulministerium zum Teil ausbezahlt, eine für den Fall einer Verstaatlichung geplante Summe jedoch zurückbehalten. Die Einnahmen waren viel zu gering, um die Gehälter der Lehrer und die Miete für die Räume im Deutschen Mädchenlyzeum zu bezahlen.<sup>38</sup> Die personelle Situation der Deutschen Akademie für Musik stellte sich indessen so dar, dass Fidelio F. Finke Prag verlassen hatte, um nach einem Bericht der *Národní politika* in Reichenberg – also innerhalb der „sudetendeutschen“ Gebiete – auf eine Entscheidung der Deutschen Regierung zu warten, wohin die Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst letztendlich verlegt werden würde. Finke ging zu diesem Zeitpunkt offenbar von einer Verlegung aus.<sup>39</sup> Die Lehrer und der Verwalter der Akademie Friedl Stratil blieben in Prag und nahmen den Unterricht mit den verbliebenen Schülern wieder auf.<sup>40</sup> Der Unterricht konnte überhaupt nur deswegen fortgeführt werden, weil der Präsident des Vereins, Wien-Claudi, sich als Bürge bei der Böhmisches Union-Bank mit ca. 180 000 Kronen verschuldet hatte, eine Praxis, die nach seiner Darstellung schon seit mehreren Jahren andauerte, auch deswegen, weil die bewilligten knappen Subventionen der Regierung nur schleppend flüssig gemacht wurden und bei Mietrückstand für die Räumlichkeiten die Kündigung des Mietvertrages drohte.<sup>41</sup> Ab dem 1. Dezember 1938 konnten die Gehälter der Lehrer nicht mehr ausbezahlt werden.<sup>42</sup>

<sup>37</sup> Vgl. PA-GesP, Karton 24, Paket 28, Schreiben vom 17. Februar 1934.

<sup>38</sup> Vgl. ebenda, den Bericht Friedl Stratils vom 21. Oktober 1938, (mehrere Beilagen, Nr. 1), und 29. Dezember 1938 (Darstellung der finanziellen Verhältnisse, Vereinsmitglieder).

<sup>39</sup> Vgl. ebenda, die Abschrift und Übersetzung des Artikels vom 21. Oktober 1938, in der *Národní politika* Nr. 290, Beilage in einem Schreiben des Verwalters der Akademie Stratil, vom 24. Oktober 1938 (in der Akte unsortiert).

<sup>40</sup> Vgl. ebenda. Eine Praxis, die an das Verhalten der Professoren der Universität erinnert, von denen auch einige Prag verließen. Vgl. Alena Mišková, *Deutsche Professoren aus den böhmischen Ländern. „Flüchtlinge“ in der Zeit vor und nach den Münchner Verhandlungen*, in: Monika Glettler – Alena Mišková (Hgg.), *Prager Professoren 1938–1948. Zwischen Wissenschaft und Politik*, Essen 2001 (Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa 17), S. 27–43; Alena Mišková, *Die Deutsche (Karls-) Universität vom Münchner Abkommen bis zum Ende des zweiten Weltkriegs. Universitätsleitung und Wandel des Professorenregiments*, Prag 2007, S. 54–58.

<sup>41</sup> Vgl. PA-GesP, Karton 24, Paket 28, Memorandum Stratils vom 21. Oktober 1938 (mehrere Beilagen, Nr. 1), 17. Oktober 1938 und 7. Dezember [recte: Februar] 1939 (mit der genauen Aufstellung des Verlaufs der Bürgerschaft Wien-Claudis, die am 27. Juni 1936 ihren Anfang genommen hatte). Vgl. auch die Mahnungen der Böhmisches Union-Bank an Wien-Claudi, ebenda in Abschrift vom 15. Februar 1939 und in NA, MŠANO, Karton 3421, Mappe 2, Nr. 35184 1937, Schreiben vom 8. März 1937 und Nr. 185 111 834 1937 und Schreiben vom 3. Dezember 1937.

<sup>42</sup> Vgl. PA-GesP, Karton 24, Paket 28, Bericht der Deutschen Gesandtschaft an das Auswärtige Amt vom 7. Dezember 1938.

Der zurückgebliebene Verwalter Friedl Stratil hatte schon ab Oktober in regelmäßigen Abständen Berichte über die besonders finanziell schwierige Situation der Lehrer und der Akademie an die Deutsche Gesandtschaft geschickt und dringend um Geld gebeten.<sup>43</sup> Außer ihm war in Prag auch der Ordinarius für Musikwissenschaft Gustav Becking anwesend, der dem Beispiel vieler Professorenkollegen, Prag zu verlassen, nicht lange gefolgt war,<sup>44</sup> obwohl auch der künftige Standort der Universität zu diesem Zeitpunkt noch unklar war.<sup>45</sup> Er schrieb am 21. Oktober darüber in einem Brief an Felix Petyrek:

Jetzt sitzen wir ohne rechtes Ziel in Prag herum und harren der Entscheidungen, die über uns getroffen werden. Doch nehme ich an, dass man eine gute Weile brauchen wird, bis man sich zu Verhandlungen über die Kultur- und Hochschulfragen durchgearbeitet haben wird. Soweit man bisher vermuten kann, soll der Sudetengau eine Universität erhalten in Reichenberg oder Eger. Die Überlieferung der Hochschule Karls des Vierten soll aber darüber in Prag nicht aufgegeben werden und es bleibt hier in Prag wahrscheinlich eine Universität oder ein ähnliches Gebilde, das vielleicht auch Hochschulen anderer Gebiete, also Kunst, Musik usw. einschliessen soll. All das ist aber völlig ungeklärt. Die deutsche Musikakademie hält augenblicklich ihren Betrieb halbwegs aufrecht und wird wohl nach Teplitz-Schönau verlegt werden, trotzdem Finke, der eine Villa in Reichenberg hat, unbedingt nach Reichenberg möchte.<sup>46</sup>

Finke bereitete zu diesem Zeitpunkt in Reichenberg gemeinsam mit den Musikreferenten der Propagandaabteilung des Reichskommissars für den Sudetengau Hugo Kinzel<sup>47</sup> und

<sup>43</sup> Vgl. ebenda, Berichte vom 21. Oktober 1938 (grundsätzlich, mit Listen der Lehrer), 24. Oktober 1938 (Zusatz mit Zeitungsartikeln), 20. Dezember 1938 (Übersicht, Bericht an das Arbeitsamt), 27. Dezember 1938 (Darstellung der Konkurrenz durch das Landeskonservatorium der Musik in Leipzig, Klage über die unklare Situation), 29. Dezember 1938 (Darstellung der finanziellen Verhältnisse, Vereinsmitglieder), 9. Februar 1939 (Klärung der Bankschuld des Vereins, Abschrift), 15. Februar 1939 (Klärung der Erbschaftsangelegenheiten), 7. 3. 1939 (Übersendung einer Mahnung für die Miete).

<sup>44</sup> Vgl. MIŠKOVÁ, *Universität*, S. 54–58.

<sup>45</sup> Vgl. MIŠKOVÁ, *Universität*, S. 46–58.

<sup>46</sup> Vgl. Regensburg, Archiv des Sudetendeutschen Musikinstituts, Ordner Felix Petyrek, Brief vom 20. Oktober 1938 (Kopie). Vgl. auch den Aufsatz von Alena Mišková, in welchem sie den Prozess für die Universität beschreibt, jedoch ohne Erwähnung der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst. Becking war einer der ersten Professoren, die nach Prag zurückkehrten. Vgl. MIŠKOVÁ, „*Flüchtlinge*“ (2001), S. 30, 39 und 42–43.

<sup>47</sup> Hugo Kinzel, geb. 1908 in Großendorf bei Braunau, war Schüler Beckings und Herausgeber der *Musikblätter der Sudetendeutschen*, nach 1945 lebte er in Westdeutschland. Näheres bei Fred K. PRIEBERG, *Handbuch Deutsche Musiker 1933–1945*, Version 1.2-3/2005, S. 3656 (CD-Rom). Die Zusammenarbeit von Finke und Kinzel ist zumindest auffällig: Finke war 1936 von sudetendeutschen Kreisen als Kommunist angeprangert worden (Vgl. /ohne Autor/, *Der Fall Finke*, in: *Musikblätter der Sudetendeutschen* 2, 1937/38, S. 316–317, dort der Bezug auf die Halbmonatsschrift *Der Kämpfer für die Volksgemeinschaft* und Abdruck einer Stellungnahme Finkes, in der er den Kommunismus ablehnt.) Schriftleiter der *Musikblätter* war Hugo Kinzel. Eine Stellungnahme der Akademie gegenüber dem Unterrichtsministerium für Finke nach einem öffentlichen Angriff 1936 lässt die Vermutung aufkommen, dass es bereits 1936 auch Vereinsmitglieder oder Lehrer gab, die ihn kritisch sahen. Eventuell war Becking gemeint, namentlich genannt ist er nicht. Vgl. NA, MŠANO, Karton 3421 33 Praha, Akad. něm., A-B und B1 bis H, Nr. 34574, 10.–12. 3. 1936, darin das Schreiben des Vereins Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst, vom 10. März 1936. Finke trat am 1. Dezember 1938 in die NSDAP ein, Becking am 1. April 1939. Vgl. MIŠKOVÁ, *Universität*, Prag 2007, S. 293 und 298. Finke stellte seinen Eintritt nach dem Krieg als Reaktion auf die Denunziation dar, der er folgen musste, um sein Leben und die Existenz der Akademie zu retten. In den Zeugenberichten, die Finke zu seiner eigenen Entlastung nach 1945 beibrachte, wird besonders Becking als Prager „Kreisredner“ der Sudetendeutschen Partei bezeichnet, der es auf Finke abgesehen hätte, 1937 wird als schlimmstes Jahr der Hetze genannt. Vgl. Berlin, Archiv der

dem dort ebenfalls beschäftigten Peter Brömse die Übernahme der Deutschen Akademie für Musik in die Verwaltung des Reichserziehungsministeriums und ihre Verlegung in den Sudetengau vor.<sup>48</sup> Becking, der sich binnen kurzer Zeit zu einem Berater oder zumindest Informanten der Deutschen Gesandtschaft, besonders gegenüber dem Stellvertreter des Geschäftsträgers der Gesandtschaft Nikolaus von Schleinitz und dem Kulturattaché von Krafft<sup>49</sup> entwickelt hatte, vermittelte zwischen Reichenberg und Prag und steuerte auch seine Kommentare bei. Becking verfolgte dabei zu Beginn das Ziel, die Verlegung der Akademie in den Sudetengau durch das Reichserziehungsministerium zu unterstützen. Ihm war vor allem daran gelegen, alle Hochschulen an einem Ort zu konzentrieren. Becking war der Meinung, dass „*ein Verbleiben der Musikakademie in Prag nach der Verlegung der übrigen Hochschulen nicht in Frage kommt*“.<sup>50</sup> Er wies außerdem darauf hin, dass die Übernahme beschleunigt zu erfolgen hätte, weil „*die Anstalt noch immer Juden, Marxisten und Kommunisten als Lehrer beschäftigt*“.<sup>51</sup> Seinem ersten Bericht vom 1. November 1938 legte er ein Schreiben Stratils bei, in welchem sich dieser einem nicht näher genannten Kuratoriumsmitglied – vermutlich handelt es sich um Becking – anbot und sich auf die Stelle des – jüdischen – Gesangslehrers Konrad Wallerstein bewarb.<sup>52</sup> Kurz darauf am 29. November 1938, die Entscheidung über den Verbleib der Universität in Prag war nun getroffen,<sup>53</sup> lieferte Becking die Abschrift einer Denkschrift Finkes, die dieser gemeinsam mit „*den Sachbearbeitern für musikalische Fragen beim Reichskommissar*“, vermutlich Hugo Kinzel und Peter Brömse, von Reichenberg aus an den Reichserziehungsminister gerichtet hatte. Demnach teilte Finke die neu zu schaffende Hochschule für Musik weiterhin in einen „Grundstock“ mit Instrumentalunterricht, Unterricht in Gesang und Musiktheorie ein, der ein „Oberbau“ angehören sollte mit Meisterklassen für Komposition, Klavier, Violine, Violoncello, Orgel und Gesang (Lied/Oratorium/Oper). Weitere Abteilungen sollen der Hochschule angegliedert sein:

A Orchesterschule

B Chorschule

C Dirigentenschule

D Abteilung für Schauspiel und Oper

E Abteilung für Kirchenmusik

F Abteilung für Choreographie und rhythmische Gymnastik

Akademie der Künste (weiter AdKA), Fidelio F. Finke, 220 – Lebensläufe, 4. 12/3. 12, F.F.: Ergänzung zum Lebenslauf und 219 – Zeugenaussagen.

<sup>48</sup> Vgl. PA-GesP, Karton 24, Paket 28, den Bericht Beckings vom 5. Dezember 1938. Die Propagandaabteilung wurde später mit ihrem Personal in die Propagandaabteilung der NSDAP-Reichenberg übernommen.

<sup>49</sup> Gesandter, bzw. deutscher Geschäftsträger war Andor Hencke. Vgl. seine Erinnerungen: Andor HENCKE, *Augenzeuge einer Tragödie. Diplomatenjahre in Prag 1936–1939*, München 1977 (Veröffentlichung des Sudetendeutschen Archivs in München 11).

<sup>50</sup> Vgl. PA-GesP, Karton 24, Paket 28, Schreiben vom 1. November 1938 (Becking).

<sup>51</sup> Vgl. ebenda.

<sup>52</sup> Vgl. ebenda, Schreiben vom 17. Oktober 1938 (Stratil). Ein ebenfalls enthaltene politisches Curriculum Vitae, preist auch Stratils „Verdienste“ bei der Gleichschaltung des Musikpädagogischen Verbandes schon 1936, was nach dieser Darstellung im Mai 1938 zum Austritt aller „Nichtarier“ geführt hatte.

<sup>53</sup> Vgl. ebenda, Schreiben Kinzels an Becking vom 29. November 1938, worin er ihn zu dem „Erfolg“ beglückwünscht, an dem er doch sicher Anteil habe, dass die Universität in Prag verbleibe. Vgl. auch MIŠKOVÁ, *Universität*, S. 58.

G Seminar zur Heranbildung von Musiklehrern, mit besonderer Berücksichtigung der Erfordernisse für den Unterricht an Volksmusikschulen  
H Übungsschule für das Musiklehrerseminar

Interessant ist, dass nach Finkes Meinung die beiden letztgenannten – musikpädagogischen – Abteilungen hätten wegfallen können. Dieser Wunsch beruhte wahrscheinlich auf der Rücksichtnahme gegenüber dem Musikwissenschaftlichen Institut der Universität, da Gustav Becking hier innerhalb der seit 1931 gegründeten Pädagogischen Akademie den Musikunterricht für LehrerInnen erteilte. Diese Praxis, die möglicherweise nicht nur den Pädagogen die Musikwissenschaft, sondern auch den Musikwissenschaftlern die Pädagogik nahebringen sollte, hing vermutlich mit den schlechten Verdienstmöglichkeiten für Musikwissenschaftler zusammen.<sup>54</sup> Finke schloss die Denkschrift mit den Worten:

Stünden genügend Mittel zur Verfügung, so könnte die Akademie zu einem Zentrum deutschen Kulturstrebens ausgebaut werden; dass [sic] gerade die so viele Schönheiten bietende Stadt Prag mit ihrer jahrhundertealten deutschen Tradition der richtige Standort eines deutschen Kultur-Boll- und Vorwerkes wäre, bedarf keines Beweises.<sup>55</sup>

Becking stimmte dem Plan in seinem Kommentar in gewisser Weise zu. Er betonte nochmals, dass

bei der unbestrittenen Vormachtstellung, die der Musik in der Tschecho-Slowakei und im europäischen Südostraum zukommt, alle Kulturerwerbung sich zuerst auf tonkünstlerische Leistungen stützen muss. So wäre die deutsche Kulturvertretung durch Hochschulen in Prag und Brünn

<sup>54</sup> Die Pädagogische Akademie, gegründet 1931 durch die Initiative des Ordinarius für Pädagogik, Ernst Otto, mit dem Ziel, die Lehrerbildung neu zu gestalten, wurde zunächst als private Institution betrieben, die mit der Universität kooperierte, nachdem die Eingliederung in die Philosophische Fakultät fehlgeschlagen war. Becking unterrichtete Allgemeine Musiklehre, Gesang und Violinspiel. Vgl. *1. Jahresbericht der Deutschen Pädagogischen Akademie Prag* (Teil der Deutschen Pestalozzi-Gesellschaft in der Tschechoslowakei), Studienjahr 1931/32, S. 3 und 6. Die Organisationsform der Pädagogischen Akademien als selbstständige Institute war in Preußen entwickelt worden (Vgl. Karl Heinrich BECKER, *Die pädagogische Akademie im Aufbau unseres nationalen Bildungswesens*, Leipzig 1926, und *Die Landschule*, Berlin 1927 (Mitteilungen der pädagogischen Akademien in Preußen 2). Becking konnte sich jedoch bezüglich der gegenseitigen Befruchtung der pädagogischen und der musikwissenschaftlichen Ausbildung bei seinen tschechischen Kollegen orientiert haben. Felix Wörner und Hana Vlhová-Wörner berichten über die Einbeziehung der Musikwissenschaftler Dobroslav Orel, Vladimír Helfert und Zdeněk Nejedlý in die Reformbestrebungen der Prager Gesellschaft für Musikerziehung, die seit 1934 bestand, auch deswegen, um mit ihrer Hilfe eine Reform der Musiklehrerausbildung durchzuführen. Die Professoren kritisierten die Qualität der Ausbildung der Musiklehrer in der musikpädagogischen Abteilung des Prager Konservatoriums und strebten gleichzeitig eine pädagogische Ausbildung auch der Absolventen der Musikwissenschaft an, weil sie diesen dadurch eine Sicherung ihrer Existenz ermöglichen wollten. Becking stand mit den Professoren in Kontakt, nahm wohl auch Einfluss auf diese. Vlhová-Wörner/Wörner beschreiben ihn als deutsch-nationalistischen Störenfried der Gesellschaft, der auch Fidelio F. Finke angehörte, besonders anlässlich des ersten Internationalen Kongresses für Musikerziehung in Prag. Becking wurde schließlich als aktives Mitglied ausgeschlossen und zu den Vorstandssitzungen nicht mehr eingeladen. Vgl. Felix WÖRNER – Hana VLHOVÁ-WÖRNER, *Leo Kestenberg und die Prager Gesellschaft für Musikerziehung*, in: Susanne Fontaine u.a. (Hgg.), *Leo Kestenberg. Musikpädagoge und Musikpolitiker in Berlin, Prag und Tel Aviv, Freiburg i.Br. – Berlin – Wien 2008*, S. 205–243, hier S. 214–216 und 229–230.

<sup>55</sup> Vgl. PA-GesP, Karton 24, Paket 28, Schreiben o. D., beigelegt dem Schreiben Beckings vom 29. November 1938.

lückenhaft, wenn ihr eine Hochschule fehlte, an der deutsche Meisterlehrer Schüler aus dem Südostraum in die deutsche Tonkunst einführten.<sup>56</sup>

Er riet auch zu einer Verkleinerung der Akademie, bei gleichzeitig hohem Niveau. Außerdem wies er wieder auf die aus seiner Sicht unhaltbare Tatsache der nach wie vor beschäftigten jüdischen Lehrer hin.<sup>57</sup> Zu Kinzel entwickelte sich eventuell durch Beckings Vermittlertätigkeit eine gewisse Distanz. So wies Kinzel Becking Ende November in seine musikwissenschaftlichen Schranken: Er beklagte sich in einem etwas geheimnisvollen Schreiben über eine unzureichende Zusammenstellung deutscher Musikalien in tschechischem Besitz, um die er ihn gebeten hatte. Der Grund des Schreibens bleibt unklar, eventuell handelte es sich um einen geheimen Plan, deutsche Musikalien über die Grenze zu bringen. Kinzel forderte Becking abschließend auf, ein Buch über die „*Sendung der deutschen Musik im Ostraum*“ zu beginnen, da er ja nun im neuen Deutschland sicherlich mehr Ruhe zum Arbeiten hätte; an Planungen für eine Musikfestwoche in Teplitz-Schönau hingegen sollte er sich nicht beteiligen. Becking reagierte verschupft, verteidigte sich.<sup>58</sup>

Noch komplizierter wurde die Situation, als das Propagandaministerium einen Unterstützungsbetrag von 6000 RM in Aussicht stellte, den Kinzel von Reichenberg aus erwirkt hatte, wohl, weil das Reichserziehungsministerium auf seine Bitten und Vorsprachen zu langsam reagiert hatte. Der Geschäftsträger der Deutschen Gesandtschaft Andor Hencke, der den Betrag nach Kinzels Wunsch zur Auszahlung bringen sollte, war verwirrt und erbat sich Weisungen aus Berlin, auch weil in dem Schreiben Kinzels die Verlegung der Musikakademie in den Sudetengau fast sicher zu sein schien. Ein kurz darauf anwesender Referent des Reichserziehungsministeriums in Prag, Ministerialrat Hermann, beschwerte sich bei Becking über die Beteiligung des Propagandaministeriums. Mit einer späteren Anweisung verbat man sich die Auszahlung des Unterstützungsbetrages. Das Reichserziehungsministerium ging zu diesem Zeitpunkt immer noch davon aus, dass der tschechoslowakische Staat weiter Subventionen zahlen würde, war also trotz Kinzels Vorsprachen über die Umstände nicht ausreichend informiert.<sup>59</sup> Es ist unklar, warum. Möglicherweise agierten mehrere Referenten nebeneinander. Das Geld des Propagandaministeriums wurde nach der Intervention nicht ausbezahlt, was aber zur Folge hatte, dass andere Hilfszahlungen anliefen. Das Reichserziehungsministerium stellte 6000 RM zur Unterstützung der Lehrer zur Verfügung, außerdem verhandelte das mit der Deutschen Gesandtschaft verbundene Deutsche

<sup>56</sup> Ebenda.

<sup>57</sup> Vgl. ebenda.

<sup>58</sup> Vgl. ebenda, Schreiben der NSDAP, Gauleitung Sudetenland (Kinzel) an Becking, vom 17. November 1938, Abschrift. Kinzel war wegen der Musikalien auch mit dem Staatlichen Institut für Musikforschung in Kontakt. Es ist relevant zu wissen, dass Becking zumindest nach der Darstellung von Peter Brömse 1937 und 1938 Initiator der Sudetendeutschen Musikfeste in Teplitz-Schönau gewesen war. Brömse stellt Beckings Wirken während der Zeit des Nationalsozialismus sehr positiv dar: Da er jüdische Studierende unterstützt habe, sei er in die Kritik geraten. Vgl. BRÖMSE, *Universität*, S. 28–29. Vgl. außerdem, Schreiben vom 25. November 1938 (Becking) und 29. November 1938 (Kinzel). Im Juni 1939 verfasste Becking einen Aufsatz zum erbetenen Thema, Kinzel war bereits in einer neuen Position: Gustav BECKING, *Vom Reich zum Reich. Der Weg deutscher Tonkunst im böhmisch-mährischen Raum*, in: Hugo Kinzel (Hg.), *Deutsche Kulturwoche Prag 11.–18. Juni 1939*. Unter dem Ehrenschutz des deutschen Reichsprotectors Freiherrn von Neurath, Prag 1939, S. 32–34.

<sup>59</sup> Vgl. PA-GesP, Karton 24, Paket 28, das Schreiben der NSDAP, Gauleitung Sudetenland, Kinzel vom 3. November 1938 und den Bericht Gustav Beckings vom 5. Dezember 1938 (überreicht am 10. Dezember 1938), den Bericht der Gesandtschaft an das Auswärtige Amt vom 7. Dezember 1938 und außerdem das Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 17. Dezember 1938 an die Dienststelle der Deutschen Gesandtschaft in Reichenberg.

Arbeitsamt – dort als Verantwortlicher der Abgeordnete der Sudetendeutschen Partei, Ernst Kundt<sup>60</sup> – mit dem inzwischen zurückgekehrten Finke. Kundt verfügte über Reichsmittel, um die deutschen Kulturinstitute in Prag zu unterstützen. Er hatte zuvor auf die Bitten der Akademie nicht reagiert. Die erste Charge wurde am 17. Dezember 1938 verteilt. Nicht an den Hilfszahlungen beteiligt waren die jüdischen beziehungsweise als „nichtarisch“ stigmatisierten Lehrenden der Akademie. Ein Schreiben Stratils nannte den Pädagogen Albin Goldschmied, die Klavierlehrerinnen Irma Tuschkau und Julie Pollak, den Gesangslehrer Konrad Wallerstein und den Musikgeschichtslehrer Erich Steinhard. Sie versuchten, ihre Forderungen durchzusetzen, es ist jedoch unwahrscheinlich, dass sie ihr Ziel erreichten. Nur die ebenfalls als „nichtarisch“ bezeichnete Sekretärin Henny Schläger, die einzige eingearbeitete Hilfskraft, sollte eine Unterstützung erhalten, bis Ersatz gefunden wäre.<sup>61</sup>

Obwohl Fidelio F. Finke nach Prag zurückgekehrt war, zog sich die Frage des Standortes der Akademie noch einige Zeit hin. Besonders der Reichskommissar Konrad Henlein favorisierte eine Verlegung nach Teplitz-Schönau, welches zur Sudetendeutschen Musikstadt ausgebaut werden sollte.<sup>62</sup> Die Verlegung blieb ständig präsent, noch im Januar 1939 erschien eine Notiz im Prager Tagblatt, die die nun endgültige Eröffnung der Akademie in Teplitz-Schönau verkündete.<sup>63</sup>

Die Deutsche Gesandtschaft hingegen empfahl im November 1938 in zwei Berichten an das Auswärtige Amt nach Berlin die Schließung der *Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst*. Grund hierfür war auch die Tatsache, dass das Deutsche Theater – und damit die Haupteinkommensquelle für nur stundenweise beschäftigte Lehrer der Orchesterinstrumente – zu diesem Zeitpunkt geschlossen war.<sup>64</sup> Sehr wahrscheinlich unter dem Einfluss Beckings befürwortete man eine Lösung im Zusammenhang mit der Universität. Im ersten Bericht hieß es Anfang November 1938:

<sup>60</sup> Kundt war langjähriger Sekretär und Geschäftsführer der Deutschpolitischen Arbeitsstelle, mit der auch die Deutsche Akademie ab 1925 zusammengearbeitet hatte. Vgl. *Verein Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst. 6. Jahresbericht, Vereinsjahr 1924, Studienjahr 24/25*, Prag 1922, S. 7.

<sup>61</sup> Vgl. PA-GesP, Karton 24, Paket 28, Schreiben vom 17. Dezember 1938 (Unterstützung des Deutschen Arbeitsamtes, mit einer Liste der unterstützten Lehrer, die jüdischen Lehrer erhielten demnach nichts. Neu taucht auf der Liste Herbert Hiebsch auf, Hiebsch war nach dem *Österreichischen Biografischen Lexikon 1815–1950*, Bd. 2 (Lfg. 9, 1959), S. 313, Onlineausgabe, Kompositionsschüler Finkes, war 1942–1945 Musikreferent bei der Kulturabt. des Reichsprotektors/deutschen Staatsministers für Böhmen und Mähren). Vgl. außerdem das Schreiben vom 19. Dezember 1938 (Datum der Übergabe an die Deutsche Gesandtschaft) mit der ausführlichen Begründung Finkes für die Unterstützung der Akademie, gerichtet an den Abg. Ernst Kundt, das Gesprächsprotokoll der Gesandtschaft vom 22. Dezember 1938 (Anweisungen des Reichserziehungsministers über das Auswärtige Amt), Interne Anweisung der Gesandtschaft vom 31. Dezember 1938 die Auszahlungen betreffend, verweisend auf die handschriftliche Liste Stratils mit der Aufzählung der „nichtarischen“ Lehrer und die Bestätigungen für Geldeingang durch Stratil: 28. Dezember 1938, 2. Januar 1939 und 16. Januar 1939, außerdem ohne Datum die „Februar-Aushilfe“; am 7. März 1939 die Übersendung einer Bilanz und am 29. Dezember 1938 das Schreiben Stratils an das Kulturreferat der Deutschen Gesandtschaft mit der Darstellung der finanziellen Lage und dem Hinweis auf „Vertragsmäßige Forderungen der Nichtarier“ in Höhe von 50 000 Kč. Vgl. die Tabelle im Anhang 2.

<sup>62</sup> Vgl. ebenda, Schreiben Beckings vom 5. Dezember 1938 (überreicht am 10. Dezember 1938).

<sup>63</sup> Vgl. ebenda, Notiz vom 27. Januar 1939, *Prager Tagblatt* vom 24. Januar 1939 (Ausschnitt). Auch Torsten Fuchs weist in seinem Aufsatz auf eine Meldung der [Neuen] Zeitschrift für Musik vom Februar 1939 hin, die über eine geplante Verlegung der Akademie nach Teplitz-Schönau und den Plan zu einer Musikhochschule berichtet. Vgl. FUCHS, *Die Deutsche Akademie*, S. 75, Anm. 29.

<sup>64</sup> Vgl. ebenda, für die Geschichte des Deutschen Theaters in dieser Zeit vgl. Jitka LUDVOVÁ, *Až k hořkému konci: pražské německé divadlo 1845–1945* (Bis zum bitteren Ende: das Prager deutsche Theater 1845–1945), Prag 2012. Leider ist das Buch bisher nur in tschechischer Sprache erschienen.

Es ist dagegen denkbar, daß im Zuge der Neugestaltung der Prager Universität eine oder mehrere Abteilungen für Musik an der Universität errichtet werden.<sup>65</sup>

Ende November empfahl von Schleinitz nach Schließungsvorschlägen die Akademie betreffend:

Es wäre sicherzustellen, daß im Zuge des Neuaufbaus der Deutschen Universität Prag mindestens zwei Lehrfächer (Violine und Klavier), die erstklassig besetzt sein müssten, eingerichtet werden. Die Aufrechterhaltung des Musikwissenschaftlichen Instituts an der Deutschen Universität Prag ist selbstverständlich.<sup>66</sup>

Der zweite Bericht enthielt auch ausführliche Angaben über die Mitglieder des *Vereins Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag*, der die Akademie seit ihrer Gründung ehrenamtlich verwaltet hatte. Die als „nichtarisch“ bekannten Personen wurden gekennzeichnet: Es waren im Kuratorium sowohl der Präsident, Franz Wien-Claudi, der zweite Stellvertreter Franz Bacher, der Schatzmeister Ludwig Neumann und der Geschäftsführer Leo Schleißner, unter den neun Beisitzern Josef Portheim und Hans Petschek; der Direktor des Deutschen Theaters, Paul Eger, wurde als „philosemitisch“ bezeichnet. Die Informationen dazu stammten möglicherweise von Becking oder dem Verwalter der Akademie, Stratil. Inwieweit Finke sich engagierte, lässt sich nur schwer einschätzen. Becking war jedoch der einzige verbliebene „Arier“ im Kuratorium.

Mit dem Jahreswechsel meldete sich das Reichserziehungsministerium mit konkreten Plänen für den Standort der Akademie zu Wort. Zunächst wurde festgelegt, dass sie in Prag verbleiben sollte, die Möglichkeit einer Verbindung mit der Universität sollte geprüft werden. Die nächste Nachricht, die über das Auswärtige Amt nach Prag gelangte, enthielt dann die Information, „daß die Musikakademie im Verfolg der Weisungen des Führers und Reichskanzlers in Prag verbleibt“.<sup>67</sup> Offenbar reiste der Musikreferent des Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Martin Miederer zwischenzeitlich sogar selbst nach Prag, denn Finke wandte sich in einem Schreiben – unter Bezugnahme auf ein Treffen am 5. Januar, an dem auch Kinzel teilgenommen hatte – direkt an ihn. Darin beschrieb er noch einmal die Notlage der Lehrer, bat um Geld. Er beeilte sich zu erwähnen, dass die jüdischen Lehrer mit dem 9. Januar<sup>68</sup> ihres Dienstes enthoben seien und schloss mit den Worten:

<sup>65</sup> Vgl. PA-GesP, Karton 24, Paket 28, Schreiben der deutschen Gesandtschaft an das Auswärtige Amt vom 7. November 1938, gez. Hencke.

<sup>66</sup> Vgl. ebenda, Schreiben der deutschen Gesandtschaft an das Auswärtige Amt vom 31. November 1938, gez. von Schleinitz.

<sup>67</sup> Vgl. ebenda, Schreiben vom 31. Dezember 1938, Reichserziehungsminister zum Schreiben vom 14. Dezember 1938 an das Auswärtige Amt, V a 3329, Z II a WR (b Schnellbrief) und das Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 15. Januar 1939 (Abschrift), an das Reichspropagandaministerium um damit auch die Frage der Zuständigkeit zu klären.

<sup>68</sup> Die tschechoslowakische Regierung beschloss erst auf einer Sitzung am 27. Januar 1939 die Beendigung des Staatsdienstes aller Lehrenden jüdischer Herkunft, die Universität entledigte sich ihrer jedoch ebenso wie die Akademie schon zuvor. Vgl. MÍŠKOVÁ, *Universität*, S. 62–63.

[...] auf welchen Platz auch immer die Lehrer der Akademie ab dem 1.IV.d.J. gestellt sein mögen, sie werden ihre ganze Kraft aufbieten, dem Führer und unserem Volke Ehre einzutragen. Heil Hitler!<sup>69</sup>

Beinahe postwendend – fünf Tage später – sandte die Gesandtschaft einen empörten Brief an das Auswärtige Amt, sie hatte das Schreiben in Abschrift erhalten:

Der Rektor der Deutschen Musikakademie in Prag hat das in Abschrift beiliegende Schreiben an das Reichserziehungsministerium gerichtet. Die Gesandtschaft darf ergebenst anheimstellen, das Reichserziehungsministerium darauf hinweisen zu wollen, daß unmittelbare Eingaben hiesiger volksdeutscher Institutionen an innerdeutsche Behörden nicht zweckmäßig sind. Der Rektor der Musikakademie und der größte Teil der Lehrer der Musikakademie haben gegenüber reichsdeutschen Stellen eine nicht immer eindeutige Haltung eingenommen. Gerade im Falle der Musikakademie besteht die Gefahr, daß Zusagen gemacht werden, die in Unkenntnis der Stellungnahmen der Gesandtschaft erfolgen.<sup>70</sup>

Zehn Tage danach berichtete das Auswärtige Amt von neuen Plänen des Reichserziehungsministeriums: Es sollten nun im Einvernehmen mit Konrad Henlein sowohl die Prager Akademie erhalten, als auch eine Landesmusikschule in Teplitz-Schönau mit dem Personal der Akademie errichtet werden. Der Verein sollte aufgelöst und ein anderer an seine Stelle gesetzt werden. Als Begründung wurden die vielen „nichtarischen“ Kuratoriumsmitglieder angeführt.<sup>71</sup> Die Frage der Auflösung des Vereins war auch für die immer noch im Raum stehende Verlegung der Akademie in den Sudetengau relevant, da die einfachste administrative Lösung ein Beschluss des Kuratoriums gewesen wäre. Peter Brömse, NSDAP, Gauleitung Sudetenland, bezweifelte jedoch einen solchen Beschluss des Kuratoriums.<sup>72</sup>

Eine neue Denkschrift tauchte Anfang Februar auf. Der Urheber ist nicht ganz klar, da sie weder Datum noch Unterschrift trägt. Sie ist jedoch mehreren Abschriften beigelegt, die Finke am 8. Februar 1939 der Deutschen Gesandtschaft überreichte und die er selbst zuvor „vom Kuratorium“ erhalten hatte. Zumindest eines der Schreiben hatte Franz Wien-Claudi unterzeichnet, es widmete sich der drückenden finanziellen Lage.<sup>73</sup> Die Denkschrift trug den Titel *Denkschrift über die Erhaltung der deutschen Musikhochschule in Prag und ihre Angliederung an die Deutsche Universität*.<sup>74</sup> Darin waren die Konditionen einer möglichen Angliederung der Akademie an die Universität auf fünf Seiten erörtert. Nachdem grund-

<sup>69</sup> Vgl. PA-GesP, Karton 24, Paket 28, Schreiben Finkes an Miederer vom 15. Januar 1939, mit Kostenvorschlag, Abschrift.

<sup>70</sup> Vgl. ebenda, Schreiben (Konzept) vom 19. 1. 1939, abgesandt am 27. Januar 1939.

<sup>71</sup> Vgl. ebenda, Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 31. Januar 1939.

<sup>72</sup> Vgl. ebenda, Schreiben vom 6. Januar 1939 von Peter Brömse, NSDAP, Gauleitung Sudetenland, mit der Abschrift einer Darstellung für das Auswärtige Amt zu der Verlegung der Akademie. Er befürchtet, dass das Kuratorium eine Verlegung eventuell nicht beschließen würde, weitere Überführungsmöglichkeiten mit und ohne Verein werden erörtert. Brömse streift auch die Frage der deutschen Musikalien, die nicht über die Grenze gebracht werden dürften.

<sup>73</sup> Vgl. ebenda, Schreiben Finkes vom 8. Februar 1939, anbei ein Schreiben Wien-Claudis vom 6. Februar 1939, ein Schreiben des Vereins Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst, ohne Unterschrift, vom 2. Februar 1939 und die „Denkschrift über die Erhaltung der deutschen Musikhochschule in Prag und ihre Angliederung an die Deutsche Universität“, undatiert, ohne Unterschrift.

<sup>74</sup> Vgl. ebenda, S. 1.

sätzlich die Notwendigkeit einer Musikhochschule in Prag begründet worden war, hieß es darin:

Aus den folgenden Gründen empfiehlt es sich, die Musikhochschule an die deutsche Universität anzuschliessen.

1. Beide Hochschulen haben stets eine beträchtliche Zahl gemeinsamer Schüler gehabt.
2. Deren Zahl wird erheblich wachsen, da in Zukunft viele Anwärter des höheren Musiklehramtes gebraucht werden, die beide Hochschulen besuchen müssen.
3. Die gegenseitigen künstlerischen und wissenschaftlichen Beeinflussungen der Schüler sind bisher von nachweisbar sehr günstigem Einfluss auf ihre Ausbildung gewesen. Enger organisatorischer Zusammenschluss der Musikstudierenden beider Hochschulen ist daher erwünscht.
4. Ebenso ist einheitliche [sic] kulturpolitische Ausrichtung unter einer Führung notwendig.
5. Bei gemeinsamer Organisation sind erhebliche Ersparnisse an Lehrkräften möglich.
6. Der gemeinsame Chor der Hochschulen wird zu wahrhaft bedeutenden künstlerischen und kulturpolitischen Aufgaben einsatzfähig sein.

Daher wird empfohlen:

- I. Die Musikhochschule ist selbständig zu erhalten. Ihr Lehrplan ist aber eng an den der Universität anzuschliessen [sic]. Sie wird unmittelbar dem Rektor der Universität unterstellt. Ihr ständiger Kurator ist der Professor für Musikwissenschaft der Universität.
- II. Ihr Name lautet: Konservatorium für Musik und darstellende Kunst bei der deutschen Karlsuniversität Prag.<sup>75</sup>

Wahrscheinlich nimmt die Denkschrift Bezug auf den Anfang des Jahres geäußerten Wunsch des Reichserziehungsministeriums, die Angliederung der Akademie an die Universität zu prüfen. Obwohl die Denkschrift nicht signiert ist, weist die Tatsache, dass sie neben einem von Wien-Claudi gezeichneten Schreiben lag, auf die Autorschaft Wien-Claudis hin. Dass Wien-Claudi mit Becking zusammenarbeitete, das Schreiben sogar eventuell mit ihm gemeinsam verfasste, ist ebenfalls wahrscheinlich, da dieser als ständiger Kurator eingesetzt werden sollte. Auch Finke wies nach dem Krieg darauf hin, dass die Eingliederung der Akademie auf Betreiben Beckings geschah, was nahelegt, dass er an der Denkschrift beteiligt war.<sup>76</sup>

Ein nicht namentlich genannter Schreiber, mit sehr großer Wahrscheinlichkeit Gustav Becking,<sup>77</sup> fühlte sich kurze Zeit später dazu berufen, vielleicht wurde er dazu auch aufgefordert, seine Meinung über die noch verbliebenen Lehrer der Akademie zu äußern. Der Zeitpunkt wirkt beinahe, als ob er dafür das Zustandekommen der Denkschrift abgewartet hätte. Er wies auf die aus seiner Sicht politische Unzuverlässigkeit bzw. Unfähigkeit der verbliebenen Lehrer inklusive des Direktors Fidelio F. Finke hin, gab bisher noch nicht

<sup>75</sup> Vgl. ebenda, S. 2.

<sup>76</sup> Vgl. HÄRTWIG, *Finke*, S. 180.

<sup>77</sup> Vgl. PA-GesP, Karton 24, Paket 28, „Die Lehrkräfte der Deutschen Akademie für Musik in Prag“, undatiert, unmittelbar vor dem Bericht der deutschen Gesandtschaft vom 17. Februar 1939. Das Papierformat, die Schreibmaschinenart, die besondere Art der Formulierungen und die Tintenfarbe stimmen mit einem weiteren, von Becking signierten Schreiben überein. Vgl. ebenda, Schreiben vom 5. Dezember 1938.

bekannte Details über ihre Vergangenheit preis, wie zum Beispiel Logenangehörigkeit, Abstammung der Ehegatten und Freundschaften mit tschechischen oder jüdischen Bürgern, kritisierte auch die Fachkompetenz der Einzelnen und unterstellte, Bedürftigkeit vorzutäuschen.<sup>78</sup> Über Fidelio F. Finke heißt es:

1. Nationalpolitische Haltung bis zum Frühjahr 1938 schwankend. Noch über diesen Zeitpunkt hinaus mit Juden eng befreundet /auf Dutzfuss/. In seiner Haltung wohl vom wirtschaftlichen Vorteil bestimmt. Nach schweren Zeitungsauseinandersetzungen vom Kulturrat der SdP im Zuge der allgemeinen Versöhnung anerkannt. Keine Verdienste im nationalen Kampf der Sudetendeutschen.
2. Hat nie ein richtiges Verhältnis zu seinen Schülern gefunden und wird wegen seiner unsozialen Haltung von den Schülern durchweg abgelehnt. Hat es immer verstanden durch Ausnutzung seiner Stellung als Rektor und Vorsitzender der Prüfungskommission sich wirtschaftlich zu sichern und von der Notlage seiner Anstalt und seiner Lehrer fernzuhalten.
3. Angesehener Komponist von hohem Können, doch zählt ein Grossteil seiner Werke zur „entarteten Kunst“.

Zusammenfassung: Für Prag kaum mehr tragbar, vor allem nicht als Rektor. Versetzung ins Reich erscheint mir möglich.<sup>79</sup>

Dieses Schreiben wurde später gemeinsam mit genauen Listen der Lehrer und der Schüler mit ihrer jeweiligen „Abstammung“ beziehungsweise Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgruppe dem im Februar nach Berlin geschickten Bericht der Deutschen Gesandtschaft an das Auswärtige Amt beigelegt. In dem Bericht, der etwas ratlos wirkt, wurde dringend um eine klare Anweisung gebeten. Außerdem geht daraus hervor, dass ein „neues Institut“ geplant war, die Denkschrift des Kuratoriums also bereits Folgen gehabt hatte:

Es darf schon jetzt darauf hingewiesen werden, dass gegen eine sofortige Auflösung der alten Akademie gewisse Bedenken bestehen, solange nicht geklärt ist, was in Prag an ihre Stelle gesetzt werden soll. Der für das neue Institut in Prag notwendige Lehrkörper kann nicht aus dem Reststaat zusammengestellt werden, auch ist vorläufig kein Schülernachwuchs aus der Volksgruppe zu erwarten. Die sudetendeutschen Schüler und die derzeit in Prag tätigen Lehrer würden von der in Teplitz-Schönau zu errichtenden Landesmusikschule aufgesaugt werden. Lehrer und Schüler für Prag müssten also vom Reich berufen werden.

Nach der anliegenden Beurteilung der massgebenden Lehrer der Musikakademie würde es auch von den hiesigen Volksdeutschen nicht verstanden werden können, wenn sie alle in den Reichsdienst übernommen würden.<sup>80</sup>

Vermutlich weil keine klaren Anweisungen eintrafen, suchte ein namentlich nicht genannter Mitarbeiter der Prager Gesandtschaft am 22. Februar 1939 Martin Miederer vom Reichserziehungsministerium in Berlin auf. Den Inhalt des Gesprächs hielt er in einem Vermerk fest: Die Akademie in sehr reduzierter Form in die Karls-Universität zu

<sup>78</sup> Vgl. ebenda.

<sup>79</sup> Vgl. ebenda.

<sup>80</sup> Vgl. ebenda, Schreiben vom 17. Februar 1939, gez. Schleinitz [sic].

integrieren, wurde weiterhin als beste Lösung dargestellt. Die Lehrer der Akademie sollten zunächst weiter unterstützt werden. Allerdings sollte „*schon jetzt geprüft werden, welche Lehrer beurlaubt und ins Reich übernommen werden können*“.<sup>81</sup> Das bedeutete, dass sie nicht dem neuen Institut angehören würden. Ein (weiterer) Bericht Beckings wurde wenige Tage darauf angefordert, und geliefert. Im Wesentlichen bezeichnete er darin wieder Fidelio F. Finke, außerdem Friedl Stratil („*gänzlich überflüssig*“), Willy Schwejda („*durch öffentliche Stellungnahme gegen das Deutsche Reich für die Deutschen untragbar*“) und Eugen Kalix („*Mittelmäßige Qualifikation, ungarischer Herkunft, Halbjüdin zur Frau, Wohlhabend*“) als „entbehrlich“.<sup>82</sup> Becking richtete auch ein Schreiben an das Sozialamt des Deutschen Arbeitsamtes, welches die Auszahlungen der Beihilfen übernommen hatte, um auch hier noch einmal zusammenzufassen, welche Lehrer aus seiner Sicht keiner Unterstützung bedürften.<sup>83</sup> Offenbar ging er zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass seine Einschätzungen ernste Konsequenzen für die Betroffenen haben würden. Ein unsigniertes Papier mit Stellenstreichungen ist auch nachweisbar. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die Streichungen umgesetzt wurden, zumal sich Wien-Claudi, der immer noch als Vereinspräsident im Amt war, weigerte, Kündigungen auszusprechen. Laut einem handschriftlichen Vermerk erhoffte er sich immer noch eine „Subvention“. Es ist möglich dass er damit das tschechoslowakische Unterrichtsministerium meinte, welchem die Akademie offiziell noch immer zugeordnet war.<sup>84</sup> Mit dem Verein und der Subvention hing auch noch die Schulden-, beziehungsweise Vermögensfrage zusammen: Wie oben bereits erwähnt, hatte Wien-Claudi – nun als „nichtarisch“ stigmatisiert – sich hoch verschuldet, um den Weiterbetrieb der Akademie in der Krisenphase zu gewährleisten. Er wurde von der Böhmisches Union Bank mehr und mehr bedrängt, seine Schulden zurückzuzahlen, was er in mehreren Eingaben und genauer Darstellung bei der Deutschen Akademie beklagte. Diese Eingaben wurden von Stratil dann der Deutschen Gesandtschaft weitergeleitet.<sup>85</sup> Als außergewöhnlich muss man vielleicht das Verhalten Fidelio F. Finkes werten, der zu diesem Zeitpunkt ja bereits denunziert worden war, und in einem Brief vom 24. Februar 1939 den Kulturattaché von Krafft darum bat, die Schulden aus „*Mitteln der Reichshilfe zu veranlassen*“. Gleichzeitig wies er auf die Verdienste Wien-Claudis hin:

Herr Dr. Wien-Claudi hat durch seine persönliche Bürgschaft es verhindert, dass die Akademie noch kurz vor der, für den Herbst geplant gewesenen Verstaatlichung aufgelassen worden wäre. Diese, im damaligen Augenblick für die Akademie unschätzbar wertvolle Bürgschaft war für Dr. Wien-Claudi ohnehin bereits mit Kosten, Mühen und Zeitverlust verbunden, da sich die B.U.B. [Böhmische Union Bank] nicht leicht zu einem Kredit, einem so unsicheren Partner gegenüber, wie es die Akademie ist, bereit erklärt hat. Hinzu kommt, dass Herr Wien-Claudi seit

<sup>81</sup> Vgl. ebenda, Vermerk vom 27. Februar 1939.

<sup>82</sup> Vgl. ebenda, Schreiben vom 2. März 1939, Becking an von Krafft: „Auf Ihre Frage, wer von den Lehrern der deutschen Musikakademie im heutigen Betriebe der Anstalt entbehrlich sein, erlaube ich mit folgende Auskunft zu geben [...]“.

<sup>83</sup> Vgl. ebenda, das Schreiben vom 3. März 1939 an Dr. Lerch vom Sozialamt des Deutschen Arbeitsamtes Prag.

<sup>84</sup> Vgl. ebenda, die Streichungen und den Vermerk auf der Liste der Februar-Aushilfe, anliegend am Schreiben Beckings vom 3. März 1931.

<sup>85</sup> Vgl. ebenda, das Schreiben vom 9. November 1939 mit der anliegenden Darstellung Wien-Claudies vom 7. Dezember 1939 und das Schreiben Stratils vom 15. November 1939 mit der anliegenden Darstellung Wien-Claudies vom 13. Februar 1939 (Abschrift).

15 Jahren die Geschäfte des Kuratoriums der Akademie ehrenamtlich leitet und zwar mit einer beispiellosen Arbeitsfreudigkeit. In der ganzen Zeit hat er die Hauptlast der recht umfangreichen Kuratoriumsagenda getragen, seine ganze Kanzlei in den Dienst der Akademie-Angelegenheiten gestellt /was einer nicht unbeträchtlichen Subvention gleichkommt/, seine weitverzweigten gesellschaftlichen Beziehungen stets der Akademie nutzbar gemacht. Dass die Akademie ihren Existenzkampf überhaupt bestehen konnte in einer Zeit, die jeder deutschen Kulturleistung in Prag abhold war, das ist in der Hauptsache der Verdienst Dr. Wien-Claudis.<sup>86</sup>

Als größeres Vermögen verfügte der Verein auch noch über ein Erbe, welches aus Hausbesitz und Aktien bestand und in den folgenden Abschnitten noch zur Sprache kommen wird. Dieses war noch nicht verfügbar, da die Erbschaft angefochten wurde. Ein Versuch, Erträge dieses Erbes für die Deutsche Akademie nutzbar zu machen, ist nachweisbar.<sup>87</sup> Franz Wien-Claudi war von der Erblasserin als alleiniger Testamentsvollstrecker eingesetzt worden, er sollte auch alle Verhandlungen führen, die sich aus etwaigen Erbstreitigkeiten mit der umgangenen Verwandtschaft ergeben könnten. In einem Gutachten vom Februar 1939 für die Deutsche Gesandtschaft bezifferte er die voraussichtliche Dauer des Erbstreits auf drei Jahre.<sup>88</sup>

Beendet wurden Beckings Bemühungen zunächst mit dem Einmarsch der Wehrmacht in Prag. Die Deutsche Gesandtschaft in Prag wurde im Zuge der Errichtung der Behörde des Reichsprotectors abgewickelt. Weder die Frage der von Becking denunzierten Lehrer, noch die Angelegenheiten des Vereins wurden durch die Gesandtschaft abschließend geklärt.

<sup>86</sup> Vgl. ebenda, das Schreiben von 24. Februar 1939. Eine Abschrift der Forderung der Böhmisches Union Bank war beigelegt. Eventuell besaß Wien-Claudi eine Sonderstellung durch seine engen Kontakte zur Sudetendeutschen Partei, als deren jüdisches Aushängeschild er noch im Juli 1938 gegenüber dem amerikanischen Botschafter fungiert hatte. Die Vertreter der Sudetendeutschen Partei hatten bei dieser Gelegenheit betont, dass Juden ein Duldungsrecht zuerkannt werden würde. Vgl. Jörg OSTERLOH, *Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland*, München 2006 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum), S. 163–164. Außerdem, <http://www.borderswithin.info/#!iris-nachum/ce4b> (29. Oktober 2013): Zu Wien-Claudi und seiner besonderen Situation arbeitet derzeit in ihrem Promotionsvorhaben Iris NACHUM, *Nationalbesitzstand – Selbstbestimmungsrecht – Wiedergutmachung. Zur Geschichte dreier Kampfbegriffe in den Böhmisches Ländern in der ersten Tschechoslowakischen Republik* (die Arbeit soll 2014 an der Universität Tel Aviv eingereicht werden).

<sup>87</sup> So bat die Deutsche Gesandtschaft Ende Dezember 1938 in Prag um die Vermittlung des tschechischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, da ihnen vom Oberfinanzpräsidenten in Berlin (Devisenstelle) die Mitteilung gemacht worden war, dass die Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst wegen finanzieller Not einen Transfer von Erträgen ihrer testamentarisch vermachter Vermögenswerten beantragt habe. Die deutsche Gesandtschaft übermittelte die Nachfrage des Oberfinanzpräsidenten, ob der Transfer für die Akademie existenziell notwendig sei, und ob es sich „um jüdische oder nichtjüdische“ Begünstigte handele. Vgl. NA, MŠANO, Karton 3421, 33 Praha Akad. Nēm. A-B und B1-H, darin: 33 Praha Akad Nēm b1-h, darin: b (2), darin: Č. 12 507 1939, Schreiben vom 28. Dezember 1938 und 17. Januar 1939. Das Schreiben erreichte im Januar 1939 das tschechoslowakische Unterrichtsministerium, am 14. Februar meldete der Direktor der Akademie Fidelio F. Finke dorthin dann die Namen der jüdischen Lehrer und Kuratoriumsmitglieder, die „derzeit beurlaubt“ seien. Er nannte nicht den Namen Wien-Claudi. Vgl. ebenda, Nr. 25449 1939, Schreiben vom 14. Februar 1939: „In Erledigung des obigen vertraulichen Auftrages nennen wir folgende Namen: Aus dem Lehrkörper: Dr. Albin Goldschmied, Prof. Julie Pollak, Dr. Erich Steinhard, Irma Tuschkau und Prof. Konrad Wallerstein; alle Genannten sind derzeit beurlaubt. Aus dem Kuratorium; soweit der Direktion bekannt: Dr. Franz Bacher, Dr. Ludwig Czech, Dr. Paul Eger, Dir. Ludwig Neumann, Hans Petschek, Dr. Josef Portheim/?/ und Redakteur Leo Schleissner.“ Vgl. Anm. 86.

<sup>88</sup> Vgl. ebenda, Gutachten Wien-Claudis vom 13. Februar 1939 und Schreiben von Kraftts (Abwicklungsstelle der Deutschen Gesandtschaft) an den Oberfinanzpräsidenten (Devisenstelle) in Berlin, vom 8. Mai 1939 (Konzept, ab am 12. Mai 1939).

Am 16. Mai 1939 berichtete von Krafft an das Auswärtige Amt in Berlin, dass die Angelegenheiten der Akademie zukünftig von der Abteilung Kulturpolitik beim Reichsprotektor behandelt würden, von einer Übersendung der Vorakten habe man abgesehen. Der zuständige Referent der Abteilung war Hugo Kinzel, der von seiner Position als Referent des Gaupropagandaamtes in Reichenberg dorthin gewechselt hatte.<sup>89</sup> Es ist anzunehmen, dass Kinzel, der Becking in Bezug auf die Akademie schon zuvor mit einer gewissen Reserve begegnet war, seine Empfehlungen distanzierter betrachtete.

Festhalten kann man zum ersten Teilabschnitt, dass sich hier in der Interimsphase für die Frage nach dem Angliederungsprozess der Akademie für Musik und darstellende Kunst an die Deutsche Karls-Universität bereits mehrere wichtige Punkte zeigen, bzw. andeuten: die Rivalität oder Abneigung, die zwischen Becking und Finke entstand, augenscheinlich von Becking ausging, Beckings Wunsch, die Akademie in der Nähe der Universität zu halten oder in die Universität zu integrieren und Beckings eigene Ambitionen die Musikausbildung betreffend, ferner die später noch relevante Konkurrenz zwischen den beiden Ministerien. Als Opfer des Prozesses dieser frühen Phase sind die jüdischen Mitglieder des Lehrerkollegiums und des Kuratoriums zu nennen.

### **Die „universale“ Hochschule und der Kurator**

Als zweiter Aspekt der Eingliederung wird nun die zeitweilig in Prag und Berlin im Raum stehende „Vision“ der universalen Hochschule vorgestellt. Nach der Sudetenkrise und dem Münchner Abkommen hatten Diskussionen darüber eingesetzt, wie und wo die gesamte deutsche Hochschullandschaft im neuen „Sudetengau“ zu entwickeln bzw. fortzuführen sei. Als Orte waren traditionell Reichenberg, ferner Aussig, Teplitz-Schönau und Eger im Gespräch.<sup>90</sup> Teil dieser Diskussionen war, wie oben beschrieben, auch die Akademie für Musik und darstellende Kunst, besonders vorangetrieben durch die Person Gustav Beckings, der zeitweilig als Dekan der philosophischen Fakultät amtierte.<sup>91</sup> Becking erwähnte in seinem oben zitierten Brief eine Universität oder ein ähnliches Gebilde, in welches auch Hochschulen anderer fachlicher Ausrichtungen – er nannte Musik – eingeschlossen werden sollten. Diese oder eine ähnliche Diskussion wurde auch noch nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Prag und der folgenden Übernahme der „deutschen Hochschulen in Böhmen und Mähren“ mit Verordnung vom 2. August 1939 in die Verwaltung des Reiches weiter geführt.<sup>92</sup> Zwischen November 1939 und Januar 1940 wurde im

<sup>89</sup> Vgl. ebenda, Schreiben vom 16. Mai 1939. Von Krafft (Abwicklungsstelle der Deutschen Gesandtschaft) an das Auswärtige Amt. Vgl. für den Übergang der Funktion der Gesandtschaft auf die Behörde des Protektors im Fall der Universität: Mišková, *Universität*, S. 76–78. Hier übernahm demnach nach dem 15. März 1939 die „Gruppe Kultur und Wissenschaft“ unter der Leitung des Ministerialrats Helmut Bojunga, der zuvor Kurator der Universität Göttingen gewesen war.

<sup>90</sup> Vgl. Mišková, *Universität*, S. 54.

<sup>91</sup> Becking sagt selbst in seinem Brief vom 21. Oktober 1938, dass er „das Amt des Dekanats wieder übernehmen musste, das jetzt alles andere als angenehm ist“ (Vgl. Anm. 44). Dem entgegen steht die Angabe von Alena Mišková (Vgl. Mišková, *Universität*, S. 46), die für die Zeit des Rektorats von Ernst Otto vom 23. September 1938 – 31. Dezember 1939 für die philosophische Fakultät folgende Dekane angibt: bis zum 1. September 1939 Karl Maria Swoboda, seit dem 1. September 1939 Ernst Schwarz. Eventuell war Becking kurzfristig eingesetzt oder agierte als Stellvertreter, jedenfalls amtierte er nach eigener Aussage im Oktober 1938.

<sup>92</sup> Vgl. ebenda, S. 99. Mit Bezug auf den Art. 11 im Erlass des „Führers und Reichskanzlers“ vom 16. März 1939 (Reichsgesetzbl. I, S. 485). Es handelte sich um die Universität in Prag und die Technischen Hochschulen in

Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung der Plan einer „universalen“ Hochschule in Prag ernsthaft erwogen.<sup>93</sup> In der Diskussion hieß es u.a.:

Es ist ja auch für Berlin im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Hochschulstadt beabsichtigt, und die allgemeinen kulturpolitischen Gründe, die für eine solche Zusammenlegung sprechen, sind in Denkschriften des früheren Amtschefs Wacker zur Frage der neuen Berliner Universität niedergelegt. [...] Es soll ein historischer Fehler korrigiert werden, der darin lag, dass die zu Anfang des 19. Jahrhunderts ausschließlich humanistisch-geisteswissenschaftlich eingestellten Universitäten die heraufkommende Technik wissenschaftlich nicht für voll nahmen und in ihren Kreis nicht aufnehmen wollten; dadurch wurde sie zu einer Sonderentwicklung gezwungen, die gewiß auch Vorteile hatte, aber im Wesentlichen doch wohl verfehlt war. Es soll durch die Vereinigung auch allgemein dem „Fachpartikularismus“ entgegengewirkt werden und der Gedanke der „Universitas“, die alle Wissenschaften umfaßt, herausgestellt werden. Es sollen ferner aber auch auf der Seite der Lehrenden und der Lernenden die Vertreter verschiedener Fächer einander nähergebracht und eine Befruchtung von Lehre und Forschung von Fachgebiet zu Fachgebiet und auf den Grenzgebieten erzielt werden.<sup>94</sup>

In einer gemeinsamen Schrift erläuterten dann die beiden Rektoren der Universität und der Technischen Hochschule, Otto und Brass, sowie der Dozentenbundführer Konrad Bernhauer:

Der Nationalsozialismus strebt nach Vereinheitlichung, nach universaler Gestaltung der gesamten Wissenschaft. Die Erziehung der akademischen Jugend in nationalsozialistischem Sinn verträgt keine Absonderung der Dozenten sowie der Studierenden nach ihren „Fächern“, sondern fordert die Gemeinschaftsarbeit aller Dozenten sowie die Gemeinschaftserziehung aller Studierenden.<sup>95</sup>

Die Zusammenlegung wurde schließlich zu Beginn des Jahres 1940 aus „kulturpolitischen“ Gründen wieder verworfen. Es stand die Angst vor einem Stellenabbau im Raum, der trotz der großen Visionen aus pragmatischen Gründen von den betroffenen Professoren befürchtet wurde. Das Beispiel der Breslauer Universität, bei der eine Zusammenlegung gescheitert war, wurde ebenfalls erörtert und Gutachten aus Breslau herangezogen.<sup>96</sup> Im Frühjahr des Jahres 1940 und wahrscheinlich mit dem Scheitern des großen Plans zusam-

Prag und Brünn. Vgl. auch BA, Bestand R 2, Nr. 12430, Bl. 12–16, hier Bl. 14, Schreiben vom 19. März 1940, WH 720.

<sup>93</sup> Vgl. BA, Bestand R 4901, Nr. 13488, Schreiben vom 21. November 1939 (Oberregierungsrat Führer mit Bezug auf Prof. Gudden, Haushalt Geisteswissenschaften), 23. November 1939 (Stellungnahme Nipper, negativ, Breslau hat aus seiner Sicht nicht funktioniert), 25. November 1939 (Stellungnahme Breuer, positiv, Scheitern in Breslau hauptsächlich durch die TU verschuldet), 29. November 1939 (der kommissarische Dozentenführer Bernhauer meldet: die Rektoren sind einverstanden, die Dekane noch nicht), 14. Dezember 1939 (Bernhauer an Ministerialdirektor Mentzel, Chef im Amt Wissenschaft, „die Schaffung einer universalen Hochschule“, soll beispielhaft werden), 13. Dezember 1939 (gez. Schäfer, phys. Institut der univ. Breslau, schildert Scheitern), 5. 1. 1940 (Mentzel an REM, Zusammenlegung momentan aus kulturpolitischen Gründen unzumutbar).

<sup>94</sup> Ebenda, Schreiben vom 27. November 1939.

<sup>95</sup> Ebenda, Otto (DKU), Brass (TU), Bernhauer (Dozentenbund), Schreiben vom 29. November 1939. Vgl. auch Mišková, *Universität*, S. 88–89.

<sup>96</sup> Vgl. Liste der Schreiben in Anm. 92.

menhängend, zerschlug sich auch der erste konkret nachzuweisende Übernahmeversuch der deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst durch die zu diesem Zeitpunkt als „Reichshochschule“ bezeichnete Universität. In den erhaltenen Akten der philosophischen Fakultät finden sich Hinweise in einer Art Vertrag zwischen der „Reichshochschule“<sup>97</sup> beziehungsweise Universität (die Verhandlungen wurden mit Rektor Ernst Otto geführt) und dem Verein der Akademie. Es wurde über die Übernahme des Vereinsvermögens der Akademie verhandelt. Der Verantwortliche für Organisation beim Reichsprotector, Lothar Schröder, formulierte in seinem Erlass vom 18. November 1939, das Vermögen ginge genau dann in das Eigentum der „Reichshochschule“ über:

Sobald eine deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst im Anschluss an die Reichshochschule errichtet wird [...].<sup>98</sup>

Aus unklaren Gründen wurde die beigelegte Schlussverfügung kurze Zeit später vom Reichsprotector rückgängig gemacht und der Verein Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst aufrechterhalten. Gustav Becking hielt in einer Notiz fest: „*Der Verein behält sein Vermögen.*“<sup>99</sup> Dem Kuratorium des Vereins gehörten nun nach dem Willen des Reichsprotectors der Ordinarius für Musikwissenschaft, Gustav Becking, der Rechtsanwalt Dr. Piffel und als Geschäftsführer Reinhold, der Referent der Gruppe XIV (Unterricht und Kultus) des Reichsprotectors an,<sup>100</sup> die gemäß ihrer Aufgabenbereiche denjenigen des Reichserziehungsministeriums entsprach.<sup>101</sup>

Mehrere wichtige Änderungen waren seit Mai 1939 eingetreten: Der Präsident des Vereins – Wien-Claudi – tauchte nicht mehr auf. Zwei Personen des neuen Kuratoriums hatten ihn beerbt: Becking war aus seiner Eigenschaft als zweiter Stellvertreter, außerdem Piffel, der Wien-Claudis Kanzlei oder zumindest Teile ihrer Aufgaben übernommen hatte.<sup>102</sup>

<sup>97</sup> Damit war zu diesem Zeitpunkt vermutlich ein Zusammenschluss mehrerer Hochschulen gemeint.

<sup>98</sup> Vgl. Prag, Archiv Univerzity Karlovy (weiter AUK), Bestand Rektorát Německé univerzity (weiter RNU), Phil. Fak. – instituty, B5, 1939–1944, Inv. Nr. 291, Karton 106, Schreiben vom 18. November 1939. Der Reichsprotector, i.A. Lothar Schröder, verantwortlich für Organisation, sendet Schlussverfügungen über das Vereinsvermögen an Otto, Vereinbarung der treuhänderischen Abgabe des Vermögens an die „Reichshochschule“, Bedingung: Fortsetzung der Akademie, Schlussverfügung anbei vom 26. September 1939.

<sup>99</sup> Vgl. ebenda, und Schreiben vom 6. Mai 1940. Demnach besteht der Verein Deutsche Musikakademie weiter, der Erlass zur Auflösung und Übertragung des Vermögens an die Universität vom 18. November 1939 Nr. 27 c/Dr. Schö/St, ist rückgängig gemacht. Das Kuratorium besteht aus Dr. Piffel, Prof. Becking und Dr. Reinhold, der auch die Geschäfte führt.

<sup>100</sup> Vgl. ebenda.

<sup>101</sup> Reinhold arbeitete zu diesem Zeitpunkt unter der Leitung des Min. Dir. Bojunga, Vorgänger des späteren Kurators der Universität und der Hochschulen. Vgl. für die Zuständigkeit des Reichserziehungsministers für diese Gruppe die aufschlussreichen Haushaltsverhandlungen des Reichsprotectors für diese Gruppe im BA, Bestand R 2, Nr. 12431, Schreiben vom 10. Juni 1941 – 26. März 1943, bes. das Schreiben vom 1. August 1941 (Reichsprotector an Finanzministerium). Offenbar mussten die Stellen der Gruppe im Haushaltsplan des Reichserziehungsministers vorgesehen werden, der zum Teil aber andere Ansichten über die Stellenbesetzung hatte als der Reichsprotector.

<sup>102</sup> Vgl. AUK, Bestand Kurator, 11-02-01, Hochschulinstitut für Musik, 1941–44, darin (kurz nach dem zusammengehefteten Konvolut zur Stilllegung der Musikhochschulen): G.-Z. 400/A/B [Zahl des HI], bzw. V-7-1-196/41 [Zahl des RP], Schreiben des Hochschulinstituts vom 1. Dezember 1941, in dem es heißt: „derzeit wird das Vermögen von zwei Advokatenkanzleien /ehemalige Kanzlei Dr. Wien-Claudi [sic] und Dr. Piffel/ verwaltet, was natürlich entsprechende Spesen verursacht. Da mit der Verwaltung des Vereinsvermögens keine besondere Arbeit verbunden ist, könnte das Vereinsvermögen ohne weiteres vom Herrn Kurator auf das Konto ‚Verwahrungen‘ übernommen werden.“

Außerdem war die Verwaltung der Akademieangelegenheiten von Hugo Kinzel und der Gruppe „Kulturpolitische Angelegenheiten“ weg zur Gruppe „Unterricht und Kultus“ verlegt worden,<sup>103</sup> vermutlich hing die Verlegung mit der Zuständigkeit der Gruppe „Unterricht und Kultus“ auch für die Universität zusammen.<sup>104</sup> Wie sich die Situation Beckings in seiner neuen Position darstellte, ist unklar. Möglicherweise versuchte er seinen Einfluss auf die Akademie für Musik und darstellende Kunst – und ihr Geld – zu erhalten. Es ist jedoch bisher nicht nachzuweisen, dass er das Scheitern der Verhandlungen provozierte. Sehr wahrscheinlich hing es jedoch mit den Spannungen zwischen Becking und Finke zusammen, der anders als von Becking empfohlen weiter im Amt blieb. In der oben bereits zitierten *Denkschrift über die Erhaltung der deutschen Musikhochschule in Prag und ihre Angliederung an die Deutsche Universität*<sup>105</sup> war der Ordinarius für Musikwissenschaft noch als ständiger Kurator eines neu zu schaffenden Instituts in Aussicht genommen worden. Nach Beckings Denunziationen liegt es jedoch nahe, dass Finke an einer Zusammenarbeit nicht mehr interessiert war, dass er von den Denunziationen wusste, ist anzunehmen, zumal er nach 1945 selbst davon erzählte.<sup>106</sup>

Als Nachklang der Diskussion um die „universale Hochschule“ kann man das Einsetzen eines Kurators werten. Dieser sollte nicht nur die Verwaltungsgeschäfte der Universität, sondern gleich die aller Prager Hochschulen und der Technischen Hochschule in Brünn übernehmen. Für die Funktion wurde mit Erlass vom 30. März 1940 zum 1. April Ministerialrat Karl August Fischer bestellt. Als „ständige örtliche Vertretung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ hatte er folgende Aufgaben:

1. Aufsicht über das ihm als Dienstvorgesetztem unterstellte Personal
2. Ausübung des Rechtes zur Ernennung der Beamten
3. Vereidigung der Hochschulbeamten
4. Aufsicht über Haushalts-, Kassen-, Rechnungswesen
5. Gesamte äußere Verwaltung der Institute, Kliniken, Seminare, sonstige
6. Leitung der Gebäude und Vermögensverwaltung
7. Vertretung in allen Reichsgeschäften vor und außerhalb von Gerichten

Der gesamte Schriftverkehr der Hochschulen an den Reichsminister und den Reichsprotektor ging von nun an „durch die Hand des Kurators“.<sup>107</sup> Schnell kam es zu Machtkämpfen

<sup>103</sup> Die Gruppe XV (Kulturpolitische Angelegenheiten) entsprach dem Propagandaministerium. Sie stand unter der Leitung des Freiherrn von Gregory. Die Abteilung Kulturpolitische Angelegenheiten beim Reichsprotektor war mit dem Propagandaministerium „dienstlich verbunden“, unterstand ihm aber nicht direkt. Vgl. Tim FAUTH, *Deutsche Kulturpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren 1939–1941*, Göttingen 2004 (Berichte und Studien 45), S. 25–26, 83–107, hier S. 89f. Ein Eintrag im Geschäftsbuch der Universität im Juni ist der früheste nachweisbare Hinweis für den Wechsel der Zuständigkeit: er zeugt von einem Schreiben der philosophischen Fakultät an die Gruppe XIV („Unterricht und Kultus“) beim Reichsprotektor angelegentlich der Angliederung der deutschen Kunstakademie an die deutsche Universität (die Kunstakademie und die Musikakademie wurden später gleichzeitig übernommen). Vgl. das Geschäftsbuch der Deutschen Karls-Universität, 1939, Juni–Dezember, Eintrag Nr. 1095, 21. 6. (Phil. Dekanat, 20. 6. 1939, Erl: Wurde im Original dem Reichsprotektor (XIV) überreicht, Erlass am 21. 6. 1939).

<sup>104</sup> Vgl. OTTO, *Bericht*, S. 97. Hier waren die leitenden Angestellten der Gruppe XIV zum „Gefolge“ des Reichserziehungsministers gerechnet worden.

<sup>105</sup> Vgl. Anm. 78.

<sup>106</sup> Vgl. HÄRTWIG, *Finke*, S. 180–181.

<sup>107</sup> Vgl. AUK, Kurator, NU, 11-01-03-26, ebenda, Kurator, Allgemein, 11-01-03 (allgemeine Verwaltung, Behörden und Dienststellen), darin: Blaue Mappe, Kurator 11-02-03 1949 sic-45, Karton 2 (Verwaltungsreform,

zwischen ihm und dem Rektor der Universität.<sup>108</sup> Für die Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst bzw. das Hochschulinstitut für Musik und darstellende Kunst war er zunächst nicht zuständig. Erst am 26. Oktober 1940 wurde rückwirkend zum 1. April – also dem Datum, zu welchem der Kurator bestellt worden war – ein „Hochschulinstitut für Musik und darstellende Kunst bei der Deutschen Karls-Universität“<sup>109</sup> errichtet, gleichzeitig mit einem Hochschulinstitut für bildende Künste. Im Erlass des Reichserziehungsmi-  
nisteriums hieß es:

Ich bin [...] damit einverstanden, daß beiden Hochschulinsti-  
tuten eine weitgehende Selbstän-  
digkeit – namentlich in fachlicher Hinsicht, belassen bleibt, was unter anderem auch bedeutet,  
daß sie nicht dem Rektor der Universität oder anderen akademischen Behörden unterstellt sind.  
Ich bitte mir nach Benehmen mit dem Kurator für jedes der Kunstinstitute eine Geschäftsord-  
nung vorzulegen [handschriftlich eingef.: Vgl. I 10 No. V 6-7-120/41 i.a. Rpr.], in der auch die  
Abgrenzung der Selbständigkeit nach Möglichkeit festzulegen ist. Gegen die von Ihnen vorge-  
schlagene Regelung für die Behandlung der Fragen über die Besetzung der Lehrstühle habe ich  
nichts einzuwenden. Beide Institute haben mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Kräften die  
laufenden Verwaltungsarbeiten selbst zu erledigen. Der dienstliche Schriftverkehr der Institute  
mit mir geht durch den Kurator an Sie. Ebenso werde ich die für die Institute bestimmten Schrei-  
ben an Sie richten, mit der Bitte um Weiterleitung an den Kurator.<sup>110</sup>

Das zitierte Schriftstück markiert den Zeitpunkt der tatsächlichen Übernahme der Deut-  
schen Akademie für Musik und darstellende Kunst in universitäre Zusammenhänge, aber  
wohin genau? Von Seiten der Universität wurde eine unmittelbare Angliederung im Sep-  
tember des Jahres 1941 negiert, wie sie sich ja auch aus der „weitgehenden Selbständigkeit“  
ergab. In der Darstellung beschrieb der amtierende Rektor:

Diese Verhandlungen haben jedoch zu dem Ergebnis geführt, dass die Institute völlig selbständig  
seien und in keinerlei Beziehung zur Universität stehen. Die Tatsache einer zunächst erfolgten

Vereinfachung), Schreiben vom 10. 6. 1940, K.P. 11-01: An die Herren Dekane, Vorstände der Institute, Se-  
minare und Kliniken, Lehrstuhlinhaber der Deutschen Karls-Universität (am Ende der Mappe, nicht paginiert,  
zum Teil chronologisch).

<sup>108</sup> Vgl. für die Rivalitäten des Kurators mit dem Rektor und auch die Aufgaben des Kurators A. MÍŠKOVÁ, *Uni-  
versität*, S. 101–104 und 76–78. Nach Alena Míšková trat der Kurator seinen Dienst am 18. April an. Nach  
dem Antrag auf Abberufung Fischers vom Oktober 1941 folgte ihm mit Berufung zum 1. Januar 1942 Gustav  
Ehrlicher aus Bonn, der zunächst noch die Bonner Universität mitbetreute und zum 1. April 1943 fest nach  
Prag versetzt wurde. Vgl. ebenda, S. 101–104.

<sup>109</sup> AUK, Kurator, 13-02-22-02, Hochschulinstitut für Musik, Personalien, Bd. 1, 1940–44 (nicht chronologisch,  
nicht paginiert), 13-02-22, Schreiben vom 6. November 1940 (Va 1910, Vc, WH b), vgl. Abdruck im Anhang.  
Der Name entsprach den Namen der bereits bestehenden Hochschulinsti-  
tute in Breslau und Königsberg.

<sup>110</sup> Vgl. ebenda. Offenbar zog sich der konkrete Prozess der Übernahme in die Deutsche Verwaltung bis in das  
neue Jahr hinein, wie einem Briefwechsel zwischen dem Reichsprotector (i.A. Hansel) und dem tschechischen  
Unterrichtsministerium vom 28. Januar 1941, bzw. 31. Januar 1941 zu entnehmen ist: „Nach Abschluss der  
über einen längeren Zeitraum ausgedehnten Verhandlungen“ wird die rückwirkende Übernahme dem tschechischen  
Unterrichtsministerium gemeldet, welches daraufhin anfragt, ob es die Rentenzahlungen für die  
Gesangslehrerin Else Brömse-Schünemann einstellen soll. Vgl. NA, MŠANO, Karton 3421 (MŠANO 33),  
Mappe: 33 Praha Akad. Nēm. A-B und B1-H, darin: Mappe: 33 Praha Akad. Nēm. b1-h, darin: Mappe: 33 a1,  
darin: Nr. 11924/1941.

gewissen haushaltsmäßigen Verbindung, sowie die Zuständigkeit des hiesigen Kurators auch für die beiden Institute, begründen tatsächlich und rechtlich keine Beziehung zur Universität.<sup>111</sup>

Der Kurator legte für die Belange des Hochschulinstituts mehrere Aktenordner an, darunter zahlreiche Personalakten. Er verwaltete, wie es seinem Aufgabenbereich entsprach, das Hochschulinstitut. Die Lehrer wurden zunächst übernommen, Finke und einige seiner von Becking denunzierten Kollegen hatten jedoch Schwierigkeiten, standen auf Abruf und sollten ausgewechselt werden.<sup>112</sup> In den Aktenübersichten des Kurators sind die beiden Kunstinstitute als eigenständige Nummern nach der Universität und den Technischen Hochschulen in Prag und Brünn aufgeführt.<sup>113</sup> Es lässt sich damit tatsächlich Ende 1940 die Konstruktion einer größeren zusammenhängenden Hochschullandschaft in Prag feststellen, deren Bestandteil schon in den anfänglichen Planungen die Musikausbildung gewesen war. Als Hochschulinstitut für Musik gehörte die frühere Akademie für Musik und darstellende Kunst dieser vom Kurator verwalteten Hochschullandschaft an.

### ***Die Strategien des Ministeriums: Universität und Schulmusik***

Die Tatsache, dass die Akademie für Musik und darstellende Kunst unter die Aufsicht des Kurators eingeordnet wurde und über eine „weitgehende Selbständigkeit“ verfügte, bedeutete nicht gleichzeitig, dass sie einen eigenen Haushalt besaß. Sie wurde im Haushalt der Universität geführt. Das war Ergebnis eines längeren Prozesses der Aushandlung, bzw. des Streits zwischen dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (geleitet von Joseph Goebbels) und dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (geleitet von Bernhard Rust), der sich bereits in der Phase angedeutet hatte, als die Deutsche Gesandtschaft in Prag agierte. Bereits 1933 war die Reichskompetenz für die Kunstverwaltung – bis auf Kunst- und Musikhochschulen, Museen, Denkmalpflege, Naturschutz und Volkshochschulen – vom Innenministerium dem Propagandaministerium übertragen worden. Das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung behielt jedoch seine Kunstverwaltung, die traditionell auch die Musikhochschulen

<sup>111</sup> Vgl. AUK, RNU, Phil. Fak. – instituty, B5, 1939-1944, Inv.-Nr. 291, Karton 106, Schreiben vom 25. September 1941, Tgb. Nr. 1713/41. Der Rektor der DKU an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

<sup>112</sup> Dieses Vorhaben zog sich wegen der Tatsache in die Länge, dass aus dem „Altreich“ keine qualifizierten Kräfte nach Prag gehen wollten. Finke sollte nach dem Willen des Reichserziehungsministeriums ausgetauscht werden, außerdem waren besonders betroffen der Pianist Eugen Kalix, der wegen seiner „jüdischen“ Ehefrau, der Geiger Willy Schweyda, der wegen seiner Mitwirkung in einem „tschechischen“ Quartett, und der Theorielehrer Theodor Veidl, der wegen seiner früheren Logenangehörigkeit Probleme hatte. Vgl. UdKA, Bestand 1, Konzept, Bl. 175r, auf der Rückseite des Schreibens vom 8. April 1942. Fidelio F. Finke an Franz Rühlmann, den stellvertretenden Direktor der Hochschule für Musik in Berlin: „Ich entnehme aus Ihrer Anfrage, daß Sie nun auch Ihren Herrn Schweyda verlieren sollen, was sicher ein schmerzlicher Verlust für Sie sein wird. Freilich habe ich in Bezug auf ihn immer Befürchtungen gehabt. Der Fall K.[alix] tut mir besonders leid, ich kann hier der gezogenen Konsequenz kein volles Verständnis entgegenbringen, allerdings kenne ich die näheren Umstände, die zu ihr geführt haben, nicht. Auch ich glaube, daß sein Einsatz an anderer Stelle, wenn er sich hat scheiden lassen, durchaus im Bereich des Möglichen liegt.“ Vgl. für Veidl: FUCHS, *Die Deutsche Akademie*, S. 83–86. Fuchs zitiert auch einen Brief von Becking an Petyrek vom 27. August 1944, der sich anlässlich von Veidls Entlassung über Finke dahingehend äußerte, dass dieser der Entlassung nichts entgegengesetzt hätte. Offenbar war ihm zu diesem Zeitpunkt nicht mehr bewusst, dass er selbst der erste gewesen war, der Veidl als Freimaurer denunziert hatte.

<sup>113</sup> Vgl. die Aktenübersicht des Kurators im AUK, ohne Signatur.

umfasste. Im Jahr 1934 gab das Reichsministerium des Innern dem neuen Reichs- und Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die Aufsicht über die Kunstverwaltungen der Länder für den Bereich seiner Reichsbefugnisse, was in Bezug auf die Kunsthochschulen ständiger Streitpunkt blieb.<sup>114</sup> Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bestand zunächst ab dem 1. Mai 1934 in Personalunion neben dem Preußischen Ministerium für Wissenschaft Kunst und Volksbildung und bildete seit dem 1., bzw. 20. Dezember in „Realunion“ das Reichs- und Preußische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Aus diesem ging dann am 9. Mai 1938 das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hervor. Wegen dieser Vorgeschichte des Reichserziehungsministeriums, wie es ab dem 9. Juni 1936 auch offiziell in Kurzform genannt wurde,<sup>115</sup> waren die „preußischen“ Institute traditionell fester in seiner Hand. Neu hinzukommende Gebiete waren dafür prädestiniert, neuen Streit hervorzurufen. Wichtiger Aspekt dieser Verhandlungen war die Schulmusik, bzw. die Ausbildung von Kunst- und Musiklehrern. Auf einer Chefbesprechung am 19. Juni 1934 waren dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zwar „Erziehung und Ausbildung auf dem Gebiete der Kunst“ zugeteilt worden, Teil der Verabredung war jedoch, dass „Reichsminister Dr. Goebbels und Dr. Rust möglichst bald in persönlicher Aussprache eine Einigung herbeiführen“ würden.<sup>116</sup> In einer Note hatte Rust am 27. Juni um eine Ergänzung gebeten:

Erziehung und Ausbildung auf dem Gebiet der Kunst gehen samt den ihnen dienenden Anstalten grundsätzlich auf das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda über; zu den Angelegenheiten der Kunsterziehung gehört nicht die Ausbildung der Lehrer für die künstlerischen Fächer, also insbesondere für Musik-, Zeichnen- und Werklehrer.<sup>117</sup>

<sup>114</sup> Vgl. BA, D. BRATHER, *Bestandsgeschichte*, in: Findbuch Bestand R 4901, Bd. 1, Potsdam 1960, S. 1–46, hier S. 7–8 und 35–36, außerdem Anne C. NAGEL, *Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945*, S. 138–149 (Ein spezieller Feind des Ministers: Joseph Goebbels und der Streit um die Kunst).

<sup>115</sup> Vgl. Bernhard vom BROCKE, *Kultusministerien und Wissenschaftsverwaltungen in Deutschland und Österreich: Systembrüche und Kontinuitäten 1918/19–1933/38–1945/46*, in: Rüdiger vom Bruch – Brigitte Kaderas (Hgg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik: Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002 (Wissenschaftsgeschichte), S. 193–214, hier S. 201; NAGEL, *Bildungsreformer*, S. 66–69, und BRATHER, *Bestandsgeschichte*, S. 7–8. Brather vermerkt, dass die korrekte Bezeichnung ab dem 1. Dezember 1934 zunächst: „Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ lautete und mit Erlass vom 20. Dezember die Bezeichnung „Reichs- und Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ eingeführt war.

<sup>116</sup> Vgl. BA, Bestand R 2, 4758, Bl. 115, Auszug aus der Niederschrift vom 19. Juni 1934 (Abschrift).

<sup>117</sup> Vgl. BA, R 2, 4758, Bl. 117, Schreiben des Staatssekretärs der Staatskanzlei an das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda vom 27. Juni 1934, RK. 5641, mit Bezug auf die Besprechung am 19. Juni 1934. Vgl. für den Streit auch: UdKA, Bestand 1, Nr. 471 (Korrespondenz mit anderen Musikhochschulen 1890–1934), darin das Schreiben vom 13. Juni 1934, Fritz Stein (Direktor der Hochschule für Musik Berlin) an Carl Wendling (Direktor der Hochschule für Musik in Stuttgart): „Wir stehen gerade jetzt dicht vor der Entscheidung, ob die Hochschule und die Schulmusik *in Toto* zum Propagandaministerium kommt, oder ob die Schulmusik nicht vielleicht beim Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Reichsunterrichtsministerium) bleibt. [...] Im Augenblick bleiben ja noch die Hochschulen den einzelnen Länderregierungen unterstellt. Später dann einheitlich durch Reich und Konferenz.“ Außerdem: BRATHER, *Bestandsgeschichte*, S. 35. Und BA, Bestand 4901, Nr. 12768 (Korrespondenz des Staatssekretärs Zschintsch, Bd. 3, Schreiben und Vorlagen an Reichsminister Rust, 1936–1945), Schreiben vom 24. Juni 1936, Bl. 11–12, Zschintsch an Rust in Badenweiler, Hotel Römerbad, durch einen Eilboten „[...] Herr Reichsminister Goebbels, der auch mich

Die Einigung kam nie zustande, auch wenn sämtliche, also auch die außerpreußischen Musikhochschulen faktisch vom Reichserziehungsministerium verwaltet wurden.<sup>118</sup> Wahrscheinlich ist jedoch, dass dennoch von der Schulmusik, bzw. der Ausbildung der Lehrer infolge der Note eine gewisse strategische Bedeutung ausging. Während sich der erste Teil dieses Abschnitts nun auf den Prozess konzentrieren wird, der die Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst im Rahmen der Verhandlungen mit dem Finanzministerium in den Haushalt der Deutschen Karls-Universität integrierte, bezieht sich der zweite Teil hauptsächlich auf entsprechende Aspekte der Schulmusik.

### ***Hochschule für Musik oder Hochschulinstitut – die Universität als rettender Anker im Zuständigkeitsstreit***

Eine nicht mehr erhaltene Akte mit dem Titel „Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag“, bzw. ihre Erwähnung im Findbuch des Geheimen Staatsarchivs in Berlin, deren Laufzeitbeginn mit 1938 angegeben ist, zeugen von einem realen Beginn der Verwaltungstätigkeit innerhalb des Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, was auch den oben beschriebenen Vorgängen entspricht.<sup>119</sup> Auch das

gestern zu sich gebeten hatte, hat den dringenden Wunsch, daß in Heidelberg zwischen Ihnen, Herr Minister, und ihm die Frage der Abgrenzung der Zuständigkeiten der Ministerien abschließend erörtert werde. Er verlangte mir gegenüber insbesondere die Übertragung der gesamten Kunsterziehung auf sein Ressort und neuerdings auch derjenigen Museen, in denen Bilder und Werke der lebenden Kunst ausgestellt seien, z.B. Kronprinzenpalais. Ich habe Herrn Minister Goebbels lediglich erklärt, daß es mir unmöglich sei, Dinge aus dem Ressort des Reichserziehungsministers abzugeben, auf deren Verbleib der Herr Minister persönlich bereits schriftlich entscheidenden Wert gelegt hat. Herr Minister Goebbels kam auf die schon wiederholt erörterte Besprechung beim Führer selbst zu sprechen, deren Ergebnis er dahin zusammenfaßte, daß dem Propagandaministerium alle Angelegenheiten der lebenden Kunst einschließlich der gesamten Kunsterziehung zu übertragen seien. Soweit es sich dabei um preußische Anstalten, z.B. staatliche Musikhochschule, Kronprinzenpalais u. a. handelt, kann dies von uns nur erfolgen mit Zustimmung des preußischen Finanzministers und des Herrn preußischen Ministerpräsidenten, es sei denn, daß der Herr Reichsminister Goebbels zugleich preußischer Minister wird. Ich werde die Unterlagen für eine solche Besprechung mit Herrn Minister Goebbels mit nach Heidelberg bringen und Vortrag halten.“

<sup>118</sup> Vgl. Anm. 28 (Geschäftsverteilungspläne) und außerdem als Beispiel für einen außerhalb Preußens liegenden Bereich: Maren GOLTZ, *Musikstudium in der Diktatur. Das Landeskonservatorium der Musik/die Staatliche Hochschule für Musik Leipzig in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945* (Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 46), S. 57: „Doch blieb lange Zeit ungelöst, ob das Propagandaministerium, oder das neu gebildete Reichserziehungsministerium für die Musikhochschulen zuständig sei. Das änderte sich erst, als man im Jahr 1934 das gesamte ‚Musikerziehungswesen‘ dem von Bernhard Rust geleiteten Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unterstellte, und im darauf folgenden Jahr auch die Musikschulen und Musikhochschulen mit in diese Zuständigkeit einband.“

<sup>119</sup> Vgl. GStA, Rep. 76 (Kultusministerium) Ve (Kunstsachen), *Findbuch* Bd. 1, Sektion 1 (Generalia), Tit. II (Musik), Nr. 164, unmittelbar nach Punkt 163 „Musikschulen, Konservatorien im Ausland“. Erste Berichte über die Akademie in deutschen Regierungskreisen reichen bereits in die zwanziger Jahre zurück und waren nicht besonders euphorisch. Die Deutsche Gesandtschaft in Prag schrieb im November 1925 über die traurige finanzielle Situation der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst. Sie beurteilte jedoch die Gründung der Akademie als übereilt, bezweifelte sogar die Notwendigkeit einer Musikakademie in Tschechien und äußerte die Befürchtung, dass ihre Absolventen den ohnehin schon überbevölkerten Arbeitsmarkt in Deutschland und Österreich überschwemmen würden. Da sie jedoch bestehe, müsste man sie auch unterstützen, um das Ansehen der Deutschen nicht zu gefährden. Vermutlich erfolgte der Bericht auf Anfrage des Auswärtigen Amtes mit Bezug auf einen Bericht in der *Vossischen Zeitung* vom 25. November 1925, Nr. 567. Vgl. Walter KOCH – Manfred ALEXANDER, *Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag, Teil II, Vom Kabinett Beneš bis zur ersten internationalen Regierung unter Švešla 1921–1926*, München 2004 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 49/II), S. 449–450 (Nr. 170, 24. Dezember 1925, „Finanzielle Schwierigkeiten der

Propagandaministerium hatte einen Zuschuss von 6000 RM aus den Goebbels „zur Verfügung gestellten Fonds“ an die Akademie gesandt, der nach der oben bereits genannten Intervention des Reichserziehungsministeriums nicht zur Auszahlung kommen durfte. Offenbar verzögerte die Kompetenzfrage die Übernahme.<sup>120</sup> Gustav Becking machte seinem Unmut über dieses Kompetenzgerangel am 2. Mai 1939 in einem Brief an Felix Petyrek Luft:

Das Schicksal der Musikakademie ist noch völlig dunkel. Bisher haben – 7 Monate lang – zwei Behörden die Kompetenzfrage zu lösen versucht. Wenn sie geklärt ist – ich weiß nicht, wann das geschehen wird – wird man sich wohl auch um den Patienten kümmern, um die Anstalt, die total auf dem Hund ist, mehr noch als früher, um die Lehrer, die am Verhungern sind, und um die Schüler, an denen die Sache wohl am Schlimmsten hinausgeht.<sup>121</sup>

Im April 1939 hatte Staatssekretär Zschintzsch noch vermerkt:

Herr Reichsminister hat mir mitgeteilt, daß nach einer Aussprache, die er mit Staatssekretär Hanke vom Reichspropagandaministerium gehabt habe, eine Einigkeit erzielt sei dahingehend, daß das Propagandaministerium die Übertragung der Kunsthochschulen und -schulen auf das Propagandaministerium nicht mehr beanspruche, sondern daß sie im Bereich unseres Ressorts verbleiben sollen. Das Propagandaministerium habe lediglich den Wunsch, an der Aufstellung der Lehrpläne beteiligt zu werden. Diesem Wunsche soll entsprochen werden.<sup>122</sup>

Im November jedoch beschwerte sich der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda – Joseph Goebbels – mit Bezug auf die Staatsakademie in Wien und die Musikakademie in Prag beim Reichsminister des Innern:

Ich habe nicht die Absicht, die grundsätzliche Frage der Zuständigkeit für die Anstalten zur Erteilung von Unterricht in der Musik und den bildenden Künsten zum gegenwärtigen Zeitpunkt einer Lösung zuzuführen und damit die Regelung für die Ostmark aufzuhalten. Meine Ansprüche in dieser Frage behalte ich mir vor und muß in Abrede stellen, daß Staatssekretär Hanke in der Besprechung im April 1939 einen Verzicht erklärt hat. Hier müssen Mißverständnisse vorliegen. Lediglich um die Meinung zu entkräften, als ob bisher eine Zuständigkeit des Herrn Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vorliege, muß ich in Kürze die gegenwärtige Lage darstellen.

Zwischen dem Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und mir herrscht eine Meinungsverschiedenheit über das wechselseitige Verhältnis der Verordnungen, die unsere Zuständigkeit regeln (für mein Ministerium vom 30. Juni 1933 – RGBl. I S. 449 –, für das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 11. Mai 1934 – RGBl. I S. 375 –). Ausdrücklich genannt waren die in Rede stehenden Akademien in keiner

Deutschen Musikakademie in Prag“, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt). Ab 1926 beginnen dann die oben schon genutzten Archivalien.

<sup>120</sup> Vgl. BA, Bestand R 2, Nr. 4758, Bl. 112–113r, hier Bl. 113, Schreiben von Joseph Goebbels an das Reichsministerium des Innern vom 21. November 1939, R 1419-01/2.11 39, Abschrift für den Reichsfinanzminister.

<sup>121</sup> Vgl. FUCHS, *Die Deutsche Akademie*, S. 76; dort zitiert nach: Biografische Sammlung des Sudetendeutschen Musikinstituts in Regensburg.

<sup>122</sup> Vgl. BA, Bestand R 4901, Nr. 12774, Bl. 9, Vermerk Zschintzsch's vom 22. April 1939.

dieser Verordnungen; es kommt darauf an, ob sie zum Schul- oder zum Kunstwesen gehören. Die Auslegung, deren es bedurfte, wurde bewirkt: erstens durch die Chefbesprechung vom 19. Juni 1934 [...] und zweitens durch das Ergänzungsgesetz zum Reichskulturkammergesetz vom 15. Mai 1934 (RGBl. I S. 413). Im Jahre 1937 kam es auch zu einem vom Herrn Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei aufgestellten Entwurf einer Verordnung, die die Frage im Sinne meiner Auffassung löste; eine Einigung über den Inhalt dieser Verordnung konnte aber nicht erzielt werden. Ich lasse im einzelnen [sic] unerörtert, wie unbefriedigend die durch diese Unklarheit geschaffene Lage im Altreich seit Jahren ist. In den außerpreußischen Ländern fehlt es an einer geschlossenen Reichsaufsicht und -führung; für die preußischen Anstalten übt der Herr Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die Verwaltungsbefugnisse in seiner Eigenschaft als preußischer Minister aus. Für die unmittelbaren Reichsanstalten, die nunmehr als erste dieser Art in der Ostmark entstehen, hat sich das Fehlen einer klaren Verwaltung und Führung als Nachteil schwerster Art ausgewirkt.<sup>123</sup>

Mit Bezug auf Wien versuchte Goebbels seine Zuständigkeit aus der traditionellen Verbundenheit der Anstalt mit der Wiener Staatsoper und dem Burgtheater zu begründen, mit Bezug auf Prag erläuterte er:

Nicht anders liegen die Verhältnisse, um das schon hier zu bemerken, an der Prager Musikakademie. Es handelt sich bei ihr um eine der ältesten Musikanstalten Europas; sie stammt aus dem 14. [sic] Jahrhundert. Auch dort sind die Gehälter der Lehrkräfte durchaus unzulänglich und monatelang überhaupt nicht zur Auszahlung gelangt. Die dadurch entstandenen Verhältnisse schildert anschaulich das in Abschrift beigefügte Schreiben, das die Frauen der Lehrer in ihrer Not an mich gerichtet haben. [...]<sup>124</sup>

Abschließend bemerkte er:

Einer Zuweisung der Anstalten an den Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung kann ich nicht zustimmen.<sup>125</sup>

Das Erziehungsministerium plante dessen ungeachtet die Übernahme der Prager Akademie. Am 13. März 1940 reichte es einen Haushaltsentwurf für die übernommenen Hochschulen in Prag und Brünn bei Ministerialrat Baccarich vom Finanzministerium ein, die Musikakademie war im Haushalt der Universität bereits vorgesehen:

Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß in dem Haushaltsentwurf der Universität Prag auch die Ausgaben für das Hochschulinstitut für Leibesübungen, für die frühere deutsche

<sup>123</sup> Vgl. BA, Bestand R 2, Nr. 4758 (Haushalt, Propagandaministerium), Bl. 112, Schreiben vom 21. November 1939, R 419-01/2.11.39 auf das Schreiben des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 2. November 1939, Z II a 3436/39 (b).

<sup>124</sup> Vgl. ebenda. Das Schreiben ist leider nicht anbei, befindet sich vermutlich irgendwo in den Akten des Innenministeriums (BA), die für diesen Aufsatz allerdings nicht durchsucht werden konnten.

<sup>125</sup> Vgl. ebenda, Unterstreichung im Original.

Musikhochschule in Prag, für die frühere deutsche Hochschule für die bildenden Künste [...] enthalten sind [...].<sup>126</sup>

Einen Monat später, am 18. April, erreichte den Ministerialrat im Finanzministerium Dr. Schmidt-Schwarzenberg ein Haushaltsentwurf des Propagandaministeriums für die Deutsche Akademie, die offenbar in ihrer damaligen Form aufrechterhalten werden sollte.<sup>127</sup>

Sieben Tage später sandte wiederum der Reichserziehungsminister genauere Pläne. Er schickte den ausführlichen Bericht eines Sachverständigen über die Akademie und bezog sich ansonsten auf eine Haushaltsberatung im Reichsfinanzministerium, bei der neben der grundsätzlichen Aufklärung über die Akademie die Frage aufgeworfen worden war,

ob die ehemalige Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag als Hochschulinstitut für Musik der Universität angegliedert, oder als selbständige Hochschule für Musik mit eigenem Haushalt und Stellenplan künftig weiter geführt werden soll.<sup>128</sup>

Er bemerkte hierbei:

Die Fortführung der ehemals bedeutenden Akademie für Musik und darstellende Kunst durch Angliederung eines Hochschulinstitutes für Musik an die Universität erscheint mir mit Rücksicht auf die besonders gelagerten Verhältnisse im Protektoratsgebiet als unzumutbar und in einer solchen Form gegenüber dem bereits bestehenden tschechischen Staatskonservatorium nicht ebenbürtig. Denn die Angliederung an die Universität muss nach außen hin den Eindruck erwecken, daß es sich nicht um eine selbständige Hochschule, sondern um ein der Universität untergeordnetes Institut handelt.

Durch die Eingliederung des böhmisch-mährischen Gebietes in das Großdeutsche Reich ist es aber notwendiger denn je, in diesem Kulturraum eine Kunstmetropole zu schaffen, die fähig und bereit ist, die Erbschaft des alten Prager Konservatoriums, das einst Weltruf hatte, erneut zu übernehmen und damit die Führung auf musikerzieherischem Gebiet in diesem Raume wieder in deutsche Hand zu bringen. Eine solche Kunstmetropole, die mit einer so wichtigen Aufgabe betraut werden soll, kann aber nur entstehen in Form einer selbständigen Musikhochschule, die den Hochschulen des Altreiches gleichsteht.<sup>129</sup>

Es kam dann Ende Mai zu Beratungen im Finanzministerium, bei denen klar wurde, dass das Finanzministerium oder zumindest die teilnehmenden (namentlich nicht genannten)

<sup>126</sup> Vgl. BA, Bestand R 2, Nr. 12430, Bl. 12–16, hier Bl. 14, Schreiben vom 19. März 1940, WH 720. Schreiben des Referenten des Reichserziehungsministers i.A. Mentzel an den Finanzminister, z.Hd. Ministerialrat Baccharich. Haushalt der drei Hochschulen in Böhmen und Mähren.

<sup>127</sup> Vgl. BA, Bestand R 2, Nr. 4758, Schreiben vom 18. April 1940, M/10941/18.4.40/41 1/3.

<sup>128</sup> Vgl. ebenda, Nr. 12430, Bl. 18–19, Schreiben des Reichserziehungsministers vom 26. April 1940 (handschriftlich 13. 7. 1940) Va Nr. 320, im Auftrag Hermann, z. Hd. Baccharich, Schnellbrief betreffend die Errichtung einer Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Prag. Er übersendet auch den Bericht Rühlmanns, über den Besuch der Akademie, der deutschen Musikschulen in Budweis, Brünn, Olmütz und Mährisch Ostrau.

<sup>129</sup> Vgl. ebenda. Weiterhin wird auf die künftige Struktur der Hochschule nach Grazer, bzw. Salzburger Modell eingegangen, eine Gliederung in drei Abteilungen: Abteilung Jugend- und Volksmusik, Fachschule und Hochschule.

Sachbearbeiter vom Angliederungsplan noch nichts gehört hatte/n, was angesichts der vorangegangenen Schreiben verwundert. Die Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung mussten zunächst erläutern, „welche Bewandnis es mit diesen Instituten habe“. Die Vertreter des Finanzministeriums notierten:

Die früher von einem Verein unterhaltene „Akademie für Musik und darstellende Kunst“ und die der staatlichen tschechischen Hochschule für die bildenden Künste angegliederte „Deutsche Abteilung“ müssen aus politischen Gründen als Ausgleich für derartige tschechische Anstalten weiter erhalten bleiben. Da eine Verreichlichung<sup>130</sup> der vorerwähnten Anstalten nicht erfolgt sei, habe der RMinfWiss. zunächst den Ausweg gewählt, sie der Universität Prag als Institute einzugliedern. In Zukunft sei die Errichtung selbständiger Anstalten aus diesen Instituten geplant. Da es sich hier um eine Angelegenheit handelt, mit dem das RFM bisher noch in keiner Weise befasst worden ist, wurde diese Frage aus den Haushaltsberatungen ausgeschieden und RminfWiss. ersucht, hierüber mit RFM abgesondert unter ausführlicher Darstellung der Sachlage in Verhandlung zu treten.<sup>131</sup>

Weitere Darstellungen wurden vom Reichserziehungsministerium nachgereicht. Sie umfassten einen kompletten Haushaltsplan der Hochschule für Musik und darstellende Kunst, den neuerlich abgeschriebenen Bericht des Sachverständigen und ein längeres Begleitschreiben des Reichserziehungsministers Rust.<sup>132</sup> Rust betonte:

Bei der kulturellen Bedeutung und Tradition des böhmisch-mährischen Raumes halte ich es für unbedingt notwendig, die beiden Institute als selbständige Hochschulen fortzuführen.<sup>133</sup>

Abschließend nahm er auf die Zuständigkeit Bezug:

Zum Schluss möchte ich noch kurz die Frage der Zuständigkeit streifen. Auch die beiden Prager Kunsterziehungsanstalten gehören zu meiner Zuständigkeit. Ich verweise hierzu auf mein Schreiben vom 18. April 1940 – Va 600 z II a – und stelle fest, daß das Kunsterziehungswesen im ganzen Reich de fakto seit 1934 und nach meiner Auffassung seit Frühjahr vorigem Jahre auch de jure zu meiner Zuständigkeit gehört.<sup>134</sup>

<sup>130</sup> Hiermit ist vermutlich die Übernahme der Länderkompetenz auf das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung gemeint.

<sup>131</sup> Vgl. ebenda, Bl. 20, Vermerk vom 28. Mai 1940 (handschriftlich: 15. 7. 1940) Beratungen über den Haushalts- und Stellenplan der Hochschulen im Protektorat Böhmen und Mähren 16.–18. 4. 1940.

<sup>132</sup> Vgl. ebenda, Schreiben vom 6. Juni 1940, Bl. 186, der Reichserziehungsminister (i.a. Hermann) übersendet dem Reichsfinanzminister (z.Hd. Baccarich) die „Entwürfe für die deutsche Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Prag [...]“, Bericht ab Bl. 191 (S. 1–31).

<sup>133</sup> Vgl. ebenda, Bl. 187–189, Schreiben vom 6. Juni 1940 Va 1160, WH, ZII (a), (handschriftlich 15. 7. 1940). Der Reichserziehungsminister, gez. Rust, im Anschluss an das Schreiben vom 26. April 1940.

<sup>134</sup> Vgl. ebenda. Mit „de fakto“ meint Rust die mit der Gründung des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung tatsächlich übernommenen Hochschulen. Mit „de jure“ die bereits oben schon erwähnte Besprechung mit Staatssekretär Hanke. Vgl. auch NAGEL, *Bildungsreformer*, S. 140–147.

An der Diskussion beteiligte sich auch der Unterstaatssekretär beim Reichsprotector Kurt von Burgsdorff in einem Schreiben an den Reichserziehungsminister.<sup>135</sup> Auch er befürwortete eine selbstständige Anstalt, wenn sie sich ermöglichen ließe. Aus seiner Formulierung lässt sich sogar eine gewisse Wahrscheinlichkeit für ein selbstständiges Institut ableiten:

Ich begrüße es, daß der Herr Reichsminister der Finanzen die Errichtung je einer selbstständigen Kunsthochschule [also auch das spätere Hochschulinstitut für die bildenden Künste] in Erwägung zieht.<sup>136</sup>

Burgsdorff ist es auch, der auf die ihm ebenfalls in Kopie zugegangenen Entwürfe bereits Ende Juni 1940 mit Sorge reagiert, denn nach einer Prüfung habe er festgestellt, dass „*die in Aussicht gestellten Mittel – auch bei sparsamster Bewirtschaftung – nicht ausreichen* [...]“.<sup>137</sup> Dieses Schreiben wurde bei der dann ausschlaggebenden Haushaltsverhandlung jedoch offenbar nicht beachtet, oder lag nicht vor. Bei der am 15. Juli 1940 im Finanzministerium stattfindenden Sitzung wurde der Antrag des Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung auf eine eigenständige Hochschule besprochen, eine Abweichung der zuletzt eingereichten Haushaltspläne von offenbar schon vorhandenen registriert. Das Hauptproblem war jedoch ein anderes, wie aus dem Vermerk des Sachbearbeiters im Finanzministerium, Baccarich, hervorgeht:

Bei der Verhandlung mit den Vertretern des Reichsmin.f.Wiss. pp. am 7. Juni 1940 hat der unterzeichnete Referent auf den Umstand hingewiesen, daß auch das Propagandaministerium einen Haushaltsentwurf für die Hochschule für Musik und darstellende Kunst eingereicht hat [...]. Für den Fall, dass der Reichsmin.f.Wiss. darauf bestände, die in Rede stehenden Hochschulen als selbstständige Anstalten zu führen, müßte daher zunächst die Zuständigkeitsfrage zwischen dem Reichsmin.f.Wiss. und dem Propagandaministerium ausgetragen werden. Hingegen lägen keine Bedenken vor, über die Errichtung von Hochschulinstituten für Musik und darstellende Kunst sowie für bildende Künste mit dem Reichsmin.f.Wiss., dem die Universität Prag untersteht, zu verhandeln. Eine solche Lösung müßte vom Standpunkt des RFM auch wegen des wesentlich geringeren Aufwandes, der Vorzug gegeben werden. Die Verhandlungen wurden nun auch auf dieser Grundlage geführt [...].<sup>138</sup>

<sup>135</sup> Vgl. ebenda, das Schreiben vom 4. Juli 1940 (handschriftlich 15. 7. 1940), Bl. 179–181, Reichsprotector, V/7-6 a-101/40. Betreffend die Errichtung einer deutschen Hochschule für Musik und darstellende Kunst und einer deutschen Akademie der bildenden Künste, im Anschluss an den Schnellbrief vom 22. Mai 1940.

<sup>136</sup> Ebenda, Schreiben vom 22. Mai 1940 (handschriftlich 15. 7. 1940), Protector, Auszugsweise Abschrift, Bl. 181–185, V/-6a-101/40, Betreffend die Errichtung einer Hochschule für Musik und darstellende Kunst und einer Akademie der bildenden Künste in Prag (zum Schreiben vom 26. April 1940 Va Nr. 320). Von Burgsdorff geht ausführlich auf noch notwendige Maßnahmen zur Errichtung des Instituts ein, befürwortet auch die Dreigliedrigkeit.

<sup>137</sup> Vgl. ebenda, Bl. 397–398, Schreiben vom 27. Juni 1940 (handschriftlich 19. 8. 40), Nr. V/-6d-102/40, Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

<sup>138</sup> Vgl. ebenda, Bl. 392–393, Vermerk vom 15. Juli 1940, Referent Ministerialrat Baccarich. Bereits am 5. Juli 1940 hatte das Finanzministerium (gez. von Manteuffel) dem Propagandaministerium berichtet und in Abschrift an das Reichserziehungsministerium gesandt („Abschrift übersende ich unter Bezug auf die Besprechung meines Referenten mit Ministerialrat Hermann“): „Zu Ihrer Haushaltsanmeldung zu Einzelplan V a Kapitel 2 Titel 16 (Musikschule in Prag) teile ich Ihnen mit, daß für die deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag und für die deutsche Abteilung der tschechischen Akademie der bildenden Künste in Prag vom Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung im Rahmen des Haushaltes

Zu diesem Standpunkt hatte sich das Reichsfinanzministerium nach interner Besprechung und pragmatischer Betrachtung der Sachlage durchgerungen. Der Plan des Ministerialrats Schmidt-Schwarzenberg, das Propagandaministerium zu einer Einigung mit dem Erziehungsministerium zu veranlassen lief dabei parallel zu der Strategie des Ministerialrats Baccarich, den Haushaltsplan des Erziehungsministeriums für das Hochschulinstitut, bzw. die Hochschule unter dem „Schutz“ der Universität durchzuwinken.<sup>139</sup> Das Finanzministerium war dabei gezwungen irgendeine Entscheidung zu treffen, da nach dem Wunsch Hitlers „Zuständigkeitsstreitigkeiten während des Krieges unterbleiben“ sollten.<sup>140</sup>

Mit Beendigung der Verhandlungen war der Haushalt beschlossen und die Akademie für Musik und darstellende Kunst als Hochschulinstitut dem Haushalt der Deutschen Karls-Universität angegliedert. Erst Ende des Monats fand dann das oben beschriebene besorgte Papier des Reichsprotektors Aufmerksamkeit. Das Reichserziehungsministerium bat um Nachbesserung, bzw. nachträgliche Erhöhung der Mittel.<sup>141</sup> Offensichtlich ungehalten erwiderte der Sachbearbeiter des Reichsfinanzministeriums, dass die Mittel im Einvernehmen mit den Mitarbeitern des Reichserziehungsministers beschlossen und zur Grundlage des Haushalts erklärt worden seien. Er müsse:

[...] nun im Interesse einer baldigen Feststellung des gesamten Reichshaushaltes 1940 bitten, daß es für diesen Teil des Haushalts bei den getroffenen Abmachungen verbleibt.<sup>142</sup>

Das Hochschulinstitut wurde zwei Monate später zwar wie beschrieben dem Kurator unterstellt, die Mittel reichten jedoch von vornherein nicht aus.

Aus dem hier beschriebenen Streit zwischen den beiden Ministerien ging aus pragmatischen Gründen zwangsläufig hervor, was Gustav Becking schon zu Beginn gewünscht hatte: eine Form der Angliederung der Akademie für Musik und darstellende Kunst an die Deutsche Karls-Universität. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass die Art und Weise, in der die Angliederung erfolgte, nicht seinen Vorstellungen entsprach.

### ***Rühmanns Berichte, die Strategie Miederers und die Schulmusik***

Eine wichtige Rolle bei den Vorbereitungen der Verhandlungen spielte der oben bereits kurz erwähnte Sachverständige, der einen ausführlichen Bericht über die Akademie für Musik und darstellende Kunst und ihre Angliederungsmöglichkeiten an die Deutsche

der Universität Prag, bei der sie als Hochschulinstitute geführt werden, Mittel angefordert worden sind. Die Mittel für diese Institute werden bei Einzelplan XIX zur Verfügung gestellt.“ Vgl. außerdem ebenda, Nr. 12617 (1940–43, Handakten Oberregierungsrat Gottschalk, Durchführung des Reichshaushaltsplans 1940–45, Bd. 1).

<sup>139</sup> Vgl. BA, Bestand R 2, Nr. 4758, Bl. 106ff., Schreiben des Reichsfinanzministers vom 5. Juli 1940 (auch andere Konservatorien u.Ä. betreffend), Pro.1010.40-3I; Bl. 102–104, Erwiderung des Propagandaministeriums vom 9. Juli 1940, H 1146-26/9.7.40; Generalreferat Abt. I (Reichsfinanzministerium) vom 24. Juni 1940, zu dem Schreiben mit dem Zeichen Wis 3003-55 I.

<sup>140</sup> Vgl. ebenda, Bl. 102r, Schreiben des Reichspropagandaministeriums vom 9. Juli 1940, H 1146-26/9.7.40, gez. Greiner.

<sup>141</sup> Vgl. BA, Bestand R 2, Nr. 12430, Schreiben des Reichserziehungsministers vom 29. Juli 1940 (handschriftlich 19. 8. 40), Bl. 395–396, an das Reichsfinanzministerium, gez. Krümmel, Nr 1440 II, WH, UII a, Z III (b). Der Reichsprotektor hat mitgeteilt, dass die Mittel nicht ausreichen.

<sup>142</sup> Vgl. ebenda, Bl. 399, Schreiben vom 19. August 1940, der Reichsfinanzminister an den Reichserziehungsminister, Wis 3000 Prt. 61-I.

Karls-Universität geschrieben hatte. Aus seinen später noch vermehrten Berichten lassen sich einige Erkenntnisse über die Planungen des Reichserziehungsministeriums und auch die Funktion der Schulmusik als Teil eines größeren musikalischen Bildungsplans gewinnen, die für die Angliederung an die Deutsche Karls-Universität besonders interessant sind. Die Berichte werden hier als Ausgangspunkt für weitere Erörterungen dienen.

Rühlmann hatte in seiner Sachverständigentätigkeit eine Art Vor-Ort-Funktion für die Sicherung der Ansprüche des Erziehungsministeriums. Ende Oktober 1939 hatte der Musikreferent im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Martin Miederer, ihn das erste Mal nach Prag gesandt.<sup>143</sup> Franz Rühlmann war zu diesem Zeitpunkt Professor an der Berliner Hochschule für Musik und agierte auch als Stellvertreter des Direktors der Hochschule, Fritz Stein.<sup>144</sup> Im ministeriellen Auftrag reisten er oder Stein häufig zu musikalischen Ausbildungsinstituten, um Bericht zu erstatten.<sup>145</sup> Besonders Rühlmann arbeitete eng mit Miederer zusammen.<sup>146</sup> Laut Rühlmanns Reisekostenabrechnung besprach er bei seinem ersten Besuch in Prag im Oktober 1939 mit dem Referenten der Gruppe XIV (Unterricht und Kultus) der Protektoratsregierung, Reinhold, die Belange der Akademie und ihre „Etatisierungsmöglichkeiten“.<sup>147</sup> Sein Besuch, der gemeinsam mit einem Mitarbeiter des Reichserziehungsministeriums erfolgte, wurde als nützlich empfunden:

Der zweitägige Besuch Ihres Beauftragten, des Professors Dr. Rühlmann von der Hochschule für Musik in Charlottenburg und des Amtrates Graeser aus ihrem Haus am 19. und 20. Oktober hat die beabsichtigte Überführung der Deutschen Musikakademie in ein Hochschulinstitut für Musik in erfreulicher Weise sehr gefördert.<sup>148</sup>

<sup>143</sup> Vgl. UdKA, 1/5061, Dienstreisabrechnung vom 23. Oktober 1939 und Schreiben der Protektoratsregierung vom 16. November 1939 (Abschrift).

<sup>144</sup> Vgl. UdKA, 1/5060 (Personalakte Franz Rühlmann), Schreiben vom 8. Dezember 1939, Va 2992, Stein darf Rühlmann erst jetzt unter dem Vorbehalt des Widerrufs mit der ständigen Vertretung beauftragen. Zum Einstellungsprozess, vgl. ebenda, Bl. 8–55, die Schreiben vom 27. Juni 1933 bis 27. September 1934 (Berufung).

<sup>145</sup> Vgl. für die Berichte: UdKA, 1/2597, 25. Februar 1936 (Stein: Hochschule für Musik Weimar, Chorleiterprüfung); 9. Mai 1936 (Stein/Bieder: Hochschule für Musik Köln); 1/5060 (nur Rühlmann), 5. Februar 1941 (Prag, u.a. Haushalt des Hochschulinstituts); 1/5061 (nur Rühlmann), 3. Februar 1937 (Militärmusikschule Bückeburg), 7. September 1938 (Kulturtag der HJ in Salzburg), 25. März 1939 (Staatsakademie Wien), 3. Januar 1940 (Hochschulinstitut Prag u.a.), 23. Februar 1940 (Musikakademien in Posen und Danzig), 8. Juli 1940/27. Juni 1940 (Hochschulinstitut Prag – Bauangelegenheiten), 8. Februar 1941 (Hochschulinstitut Prag – Haushaltsentwurf), 27. Mai 1941 (Detmold, Wagner Schule), 4. Februar 1942 (Hochschule für Musik Weimar).

<sup>146</sup> Vgl. für diese Zusammenarbeit zum Beispiel: Martin MIEDERER – Franz RÜHLMANN, *Die Notwendigkeit der Gründung von Orchesterschulen mit Schülerheimen zur Heranbildung des musikalischen Nachwuchsbedarfs für die Kulturorchester, die Wehrmacht, Waffen-SS und den Reichsarbeitsdienst*, für den Dienstgebrauch, [Berlin 1942]. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Musikreferenten im Kultusministerium und dem stellvertretenden Direktor der Hochschule für Musik hatte eine Tradition, die besonders in den zwanziger Jahren durch die Zusammenarbeit von Leo Kestenbergs (Musikreferent) und Georg Schünemanns (stellvertretender Direktor der Hochschule für Musik in Berlin) gepflegt worden war. Vgl. Dietmar SCHENK, *Die Hochschule für Musik zu Berlin. Preußens Konservatorium zwischen romantischem Klassizismus und neuer Musik, 1869–1932/33*, Stuttgart 2004 (Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 8), S. 88–89, 92 und 160–162, und Heike ELFTMANN, *Georg Schünemann (1884–1945). Musiker, Pädagoge, Wissenschaftler und Organisator. Eine Situationsbeschreibung des Berliner Musiklebens*, Sinzig 2001 (Berliner Musikstudien 19), S. 64–77 (Kap. 2.2.1, Die staatliche Hochschule für Musik als Mittelpunkt staatlicher Musikpflege).

<sup>147</sup> Vgl. UdKA, 1/5061, Dienstreisabrechnung vom 23. Oktober 1939 und Schreiben der Protektoratsregierung vom 16. November 1939 (Abschrift).

<sup>148</sup> Vgl. ebenda, Schreiben (Abschrift ohne Unterschrift) vom 16. November 1939, XIV, Nr. V/7-6-a.

Der Protektor bat um einen Bericht und einen weiteren, längeren Besuch Rühlmanns. Er brachte außerdem seinen starken Wunsch zum Ausdruck, das Institut nach Kräften zu unterstützen. Oberregierungsrat Miederer übersandte die Abschrift an die Berliner Musikhochschule mit der Bemerkung:

Ich lege Wert darauf, daß die Reise nach Möglichkeit beschleunigt wird.<sup>149</sup>

In dem ausführlichen Bericht vom Februar 1940, den Rühlmann nach der zweiten Reise vorlegte, untersuchte er Vorgeschichte, Lehrer und Raumverhältnissen vor Ort.<sup>150</sup> Er nahm auf die Frage, ob ein selbstständiges Institut oder ein angegliedertes vorteilhafter wäre, nicht Bezug, untersuchte jedoch die Möglichkeiten und Probleme der Überführung in ein Hochschulinstitut. Zum einen wies er auf die schlechten Beziehungen zwischen Finke und Becking hin und machte Vorschläge für eine Neubesetzung des Direktorenpostens:

Auch scheint das Verhältnis zu dem Ordinarius für Musikwissenschaft an der Universität, Prof. Becking, bislang stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der Akademie, nicht das Beste, wobei ich aber die Schuldfrage ganz offen lassen möchte; da sich nach dem Anschluss der Akademie an die Universität zwangsläufig eine enge Zusammenarbeit mit dem musikwissenschaftlichen Institut ergeben wird, ist ein harmonisches Verhältnis zwischen den Personen erwünscht.<sup>151</sup>

Außerdem befürchtete er, dass sich

[...] bei der Überführung der Akademie in ein Hochschulinstitut der Universität Unzuträglichkeiten ergeben, da bei der Mehrzahl der Schüler von einer Hochschulreife weder in geistiger, noch in künstlerischer, bzw. technischer Hinsicht die Rede sein kann.<sup>152</sup>

Als Lösung des zweiten Problems schlug Rühlmann im Verlauf seines Berichts die Angliederung einer Musikschule bzw. einer Orchesterschule vor, außerdem sollte eine Schulmusikabteilung entstehen. Rühlmann nannte aber auch gleich weitere Schwierigkeiten: Bezüglich der Musikschule empfand er die bereits vorhandene *Musikschule der Volksbildungsstätte*, die auch mit der HJ zusammenarbeitete, als problematisch. Sie war der *Deutschen Arbeitsfront* unterstellt, welche wiederum dem *Deutschen Volksbildungswerk* zugeordnet war, das direkt der NSDAP unterstand. Dies war aus Rühlmanns Sicht ungünstig, da der Zustand angestrebt werden sollte:

<sup>149</sup> Vgl. ebenda, Rückseite. Außerdem sollte Rühlmann die deutschen Musikschulen in Brünn, Olmütz und Mährisch-Osttau untersuchen.

<sup>150</sup> Vgl. ebenda, Bericht vom 5. Februar 1940, S.1–22, hier S. 5. Rühlmanns umfassender Bericht, der vielleicht in einer anderen Studie noch ausführlicher betrachtet werden könnte, gliedert sich in die Abschnitte I. Zweck und Verlauf der Reise, II. Das deutsche Musikwesen im Protektorat, III. Die Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag, a. Schülerbestand, b. Lehrkörper, c. Lücken in Lehrplan und Lehrkörper, d. Stellenverteilung, e. Lösung der Raumfrage, f. Die Leitung.

<sup>151</sup> Vgl. BA, R2, Nr. 12430, Abschrift zu Va 1160, WA, Z II a Reisebericht Rühlmann o.D. (handschriftlich nachträglich eingefügt: 15. 7. 1940), Bl. 191–208, (Teilkopie des Berichts aus Rühlmanns Personalakte), S. 1–31, hier S. 27 (die vermehrten Seitenzahlen ergeben sich aus der gedrängteren Schrift). Als Kandidaten schlug er Paul Höffer, Karl Höller und Hugo Distler vor, als problematisch aber möglich nannte er Paul Hindemith.

<sup>152</sup> Vgl. ebenda, S. 9.

[...] das gesamte künstlerische Unterrichtswesen unter die Zuständigkeit des Reichserziehungsministeriums zu bringen [...] <sup>153</sup>

Die Vorstellung von einer „Hochschule als Ausbildungsstätte für Künstler und Musikerzieher“, in der die Ausbildung der Lehrer für höhere Schulen, die Fortbildung von Musikerziehern an Volksschulen, Haupt-, und Mittelschulen und den Lehrerbildungsanstalten erfolgen sollte, legte der mit Rühlmann eng zusammenarbeitende Referent des Reichserziehungsministers Martin Miederer später in einem ausführlichen Referat auf dem Deutschen Gemeindetag im Mai 1942 noch einmal dar. <sup>154</sup> Dabei entwickelte er seinen Plan von vier geordneten aufeinander aufbauenden Grundformen musikalischer Ausbildung in 1. städtischen Musikschulen, 2. städtischen Musikfachschulen, 3. Landesmusikschulen und 4. den Hochschulen für Musik und argumentierte:

Zur Wahrung einer einheitlichen Linie in der Musikerziehung des gesamten Volkes ist es aber ein unabwiesbares Erfordernis, daß Laienbildung und Berufsausbildung bis zur künstlerischen Höchstleistung zu dieser geschlossenen Einheit zusammengeführt werden. Die Loslösung eines Teilgebietes aus dem geschilderten Gesamtrahmen müsste zwangsläufig zu einer Zersplitterung und Unübersichtlichkeit der gesamten Volksbildungsarbeit führen, was unter allen Umständen zu verhindern ist. <sup>155</sup>

Bezüglich der Schulmusik stieß Rühlmann auf ein anderes Problem: auf die mit der Akademie bzw. dem geplanten Hochschulinstitut konkurrierende Ausbildung von Lehrern innerhalb der bereits vorhandenen Pädagogischen Akademie durch Gustav Becking in Kooperation mit dem durch Gustav Becking geleiteten Musikwissenschaftlichen Institut (vgl. den Abschnitt über die Deutsche Gesandtschaft). Rühlmann berichtete:

Der Nachwuchs für die Grundschulen wird von Lehrerbildungsanstalten gedeckt, von denen eine auch im Anschluss an die deutsche Karls-Universität besteht. Sie nennt sich noch „pädagogische Akademie“, und wie mir von Prof. Becking dargelegt wurde, betreibt er in seinem musikwissenschaftlichen Institut auch die Ausbildung dieser Musiklehrer im Rahmen dieser pädagogischen Akademie. Soweit sich dies auf Lehrkräfte für Grundschulen beschränkt, wäre dagegen wohl auch nichts einzuwenden. Nun besteht aber Grund zu der Annahme, daß an der Universität auch eine Einbeziehung der Musiklehrer-Ausbildung für die Oberschule angestrebt wird oder gar schon erfolgt ist. Hiergegen müsste Einspruch erhoben werden. Vorgänge im Reichsgebiet (Königsberg, Breslau) können nicht herangezogen werden, da in Prag eine Musikakademie als gegebener Träger dieser Ausbildung vorhanden ist und daher jeder Grund für eine behelfsmäßige Regelung entfällt. Da zweifellos wohl auch ein Interesse besteht, die deutschen Oberschulen im Protektorat mit fachlich geschulten Musiklehrern zu versorgen, bin ich der Ansicht, daß an

<sup>153</sup> Vgl. ebenda, S. 15.

<sup>154</sup> Vgl. NA, Bestand Úřad říšského protektora (weiter ÚŘP), Karton 1146, Mappe RP IV -2M- 1942-1945, Abschrift des Referats, gehalten im *Deutschen Gemeindetag* an 22. Mai 1942, Nr. 17/18 S. 1–20, hier S. 12–13.

<sup>155</sup> Vgl. ebenda, S. 16–17. Vgl. für die Pläne des Reichserziehungsministers Rust auch die Darstellung von GOLTZ, *Musikstudium*, S. 258, die den Inhalt der Rede Rusts anlässlich der Verstaatlichung und Erhebung zur Hochschule des Landeskonservatoriums Leipzig wiedergibt: Neben den Musikschulen für Jugend und Volk und den Fachschulen als Teil eines Gesamtkonzepts spricht Rust auch hier von der Aufgabe der staatlichen Musikhochschulen, sowohl Künstler, als auch Musikerzieher heranzubilden.

der Akademie eine Schulmusikabteilung nach dem Muster von München, Köln, Stuttgart Weimar u.a. aufgebaut werden muss, durch die auch die Studenten der pädagogischen Akademie musikalisch zu betreuen wären. Es darf angenommen werden, daß die Universität diese Entlastung von Pflichten durch die sie nur in der Verfolgung ihrer angestammten wissenschaftlichen Aufgaben behindert wird, begrüßen wird. In dem seinerzeit aufgestellten Etatsentwurf sind Mittel für eine solche Schulmusikabteilung noch nicht vorgesehen.<sup>156</sup>

Rühlmann erwähnte die Beispiele Königsberg und Breslau im negativen Sinne. Wie oben bereits beschrieben, waren sie als Vorbereitungsinstitute den jeweiligen Universitäten angegliedert. Zur Zeit der Angliederung des Prager Hochschulinstituts unterstanden beide bereits seit Jahren der Leitung des jeweiligen ordentlichen, bzw. außerordentlichen Professors für Musikwissenschaft der Universitäten in Breslau und Königsberg.<sup>157</sup> Vermutlich hatte Becking sich eine ähnliche Lösung gewünscht. Vielleicht hatte er gegenüber Rühlmann diese Position auch vertreten. Sehr wahrscheinlich wollte er seine bereits ausgeübte Tätigkeit für die Pädagogische Akademie ausbauen, nachdem die Angliederung der Akademie an die Universität nach dem Plan der oben genannten Denkschrift fehlgeschlagen war (vgl. den Abschnitt über die Deutsche Gesandtschaft). Dass er sich selbst in Bezug auf die Akademie zumindest zeitweilig als in leitender Position befindlich empfand, darauf deutet eine nach dem Krieg geschriebene, und daher nur bedingt zuverlässige Quelle hin: der Aufsatz *In Memoriam Gustav Becking* von Karl Dèzes. Er schreibt:

Mit der Begründung einer „Deutschen Pädagogischen Akademie“<sup>158</sup> bekam er die musikalische Ausbildung eines großen Teils der sudetendeutschen Volksschullehrerschaft in die Hand, eine pädagogische Aufgabe, deren Bedeutung er schon lange erkannt hatte. [...] Das Ergebnis seiner pädagogischen Bemühungen war ein musikalisch ausgezeichnet vorgebildeter Junglehrerstand, der sich für die Volksmusikbewegung mit ganzer Kraft einsetzte. [...] Ein eigenes Seminar für die Ausbildung der Musiklehrer an höheren Schulen errichtete er an der Prager Musikakademie, deren zweiter Direktor er war, nach langwierigen Bemühungen erst nach Kriegsausbruch.<sup>159</sup>

<sup>156</sup> Vgl. BA, Bestand R 2, Nr. 12430, Bl. 191–208, S. 1–31, hier S. 20, Abschrift zu Va 1160, WA, Z II a, Reisebericht Rühlmann o.D. (6. 7. 1940), handschriftlich nachträglich eingefügt: 15. 7. 1940, Unterstreichung im Original.

<sup>157</sup> In Breslau war es der Musikwissenschaftler Arnold Schmitz, in Königsberg nach dem Weggang von Joseph Mülle-Blattau, Hans Engel. Vgl. am besten die Archivalien im UdKA und im BA, die die direkten Briefwechsel zwischen den Instituten und der Hochschule für Musikerziehung (Hochschule für Kirchen- und Schulmusik) in Berlin enthalten: UdKA, Bestand 2, Nr. 13 (Königsberg 1925–1937), Nr. 5 (Breslau 1931–1937), Nr. 7 [sic] (Breslau 1937–1939), Nr. 6 (Breslau 1939–1944); BA: Bestand R 56 II (Reichsmusikkammer), Nr. 190 (Königsberg 1937–1944). Joseph Müller-Blattau hatte sogar einmal einen Antrag beim preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gestellt, das Königsberger Institut um künstlerische Ausbildungsklassen zu erweitern, war damit aber gescheitert. Wesentlich war dafür mitverantwortlich das negative Gutachten des Direktors des Instituts für Kirchen- und Schulmusik in Berlin, Eugen Bieder. Vgl. UdKA, Bestand 2, Nr. 13, Schreiben vom 9. März 1934ff.

<sup>158</sup> Gründer der zunächst privaten Deutschen Pädagogischen Akademie war Ernst Otto, Rektor der Deutschen Karls-Universität zwischen 1938 und 1939. Vgl. *1. Jahresbericht der Deutschen Pädagogischen Akademie Prag*, (Teil der Deutschen Pestalozzi-Gesellschaft in der Tschechoslowakei), Studienjahr 1931/32.

<sup>159</sup> Karl DÈZES, *In Memoriam Gustav Becking*, in: Walter Kramolisch (Hg.) *Gustav Becking zum Gedächtnis. Eine Auswahl seiner Schriften und Beiträge seiner Schüler*, Tutzing 1975, S. 341–351, hier S. 348.

Da Becking 1945 starb, vermutlich in den Nachkriegswirren erschossen wurde,<sup>160</sup> müsste er also schon vorher irgendwo über seine musikpädagogische Tätigkeit gesprochen haben. Die Behauptung, dass Becking als „zweiter Direktor“ des Instituts an der Prager Musikakademie amtiert hätte, lässt sich in den Archivalien jedoch an keiner Stelle nachweisen, lediglich die – gescheiterte – Denkschrift von 1938 hatte ihn als ständigen Kurator der anzugliedernden Akademie in Aussicht genommen. Becking war auch bei keiner der folgenden Besprechungen zwischen Rühlmann und den Prager Vertretern anwesend, von denen noch zwei weitere Berichte eingingen.<sup>161</sup> Im August 1940 besprach Rühlmann mit dem Universitätskurator Ministerialdirektor Karl Fischer – „*dessen Verwaltung des Hochschulinstitut als solches mit unterstehen wird*“ – und dem Leiter des Deutschen Volksbildungswerkes in Prag, Dr. Herbert Hiebsch, die Angliederung der bereits erwähnten Volksmusikschule an das künftige Hochschulinstitut und damit in gewisser Weise auch an die Karls-Universität. Seine Verhandlungen bezweckten „*die gesamte Verantwortung eindeutig bei der Leitung des Hochschulinstituts*“ zu verankern. Außerdem drang er bei dem schon bekannten Sachbearbeiter Reinhold und dem Verwalter der Deutschen Musikakademie Friedl Stratil darauf, schon bald einen Antrag auf Errichtung der Schulmusikabteilung zu stellen.<sup>162</sup> Im zweiten Bericht vom 2. Mai 1941, in dem es besonders um den Haushaltsentwurf für 1941/42 und Bauangelegenheiten ging, war die Angliederung des Hochschulinstituts in der oben beschriebenen Weise schon erfolgt, auch die Musikschule war der Oberleitung des Institutsdirektors Fidelio F. Finke unterstellt. Bei den Besprechungen waren neben Finke, Reinhold und Hiebsch dieses Mal auch Stadtrat Zimmermann und der Musikschulleiter Karner, außerdem Prof. Paul Schenk vom Landeskonservatorium Leipzig anwesend.<sup>163</sup> Rühlmann empfahl in diesem Bericht noch einmal besonders die Gliederung des Hochschulinstituts in Jugend- und Volksmusikschule, Fachschule und Hochschule; zum einen um klare Strukturen vor der Übersiedlung ins Rudolfinum zu schaffen, das als Hauptgebäude für das Hochschulinstitut genutzt werden sollte, zum anderen, weil es in Prag zu diesem Zeitpunkt noch immer zu wenige Schüler mit Hochschulniveau gab. Er vermutete außerdem einen Nachwuchsmangel an Musiklehrern für die Oberschulen, und gab wahrscheinlich aus stra-

<sup>160</sup> Vgl. ebenda, S. 351.

<sup>161</sup> Zusätzlich war er auch in anderen östlichen Gebieten unterwegs: Offenbar war das Reichserziehungsministerium mit der Vor-Ort-Wirkung, die Rühlmann im Machtkampf Propagandaministerium/Erziehungsministerium entfaltetete, sehr zufrieden. Mit Schnellbrief und ohne Vorbereitung sandte man ihn kurz nach seiner zweiten Heimkehr aus Prag im Februar 1940 sofort wieder nach Posen und Danzig, um auch dort die Zuständigkeit des Erziehungsministeriums zu vertreten, bzw. von dort zu berichten. Beide Institute standen auf einer Liste von Streitobjekten, die das Finanzministerium dem Propagandaministerium zurückgesandt hatte (vgl. BA, Bestand R2, Nr. 4758, Bl. 106, Schreiben des Reichsfinanzministers vom 5. Juli 1940, Pro 1010.40-3 I, Bl. 102–104, Schreiben des Reichspropagandaministers vom 9. Juli 1940, H 1146-26/9.7.40; Bl. 101, Schreiben des Reichserziehungsministers vom 7. August 1940, Va Nr. 1633 und Bl. 100, Schreiben vom 2. September 1940, Pro 1010.40-111.). Rühlmanns ausführliche Berichte über die Musikschulen in Posen und Danzig geben Aufschluss über die Praxis des Reichspropagandaministers durch Präsenz vor Ort und Zahlung von Zuschüssen Tatsachen zu schaffen, er versucht örtlich in seinem, bzw. dem Sinne des Reichserziehungsministers aufzuklären. Vgl. UdKA, Bestand 1, Nr. 5061, Bericht vom 23. Februar 1940 und Schreiben vom 6. Februar 1940ff.

<sup>162</sup> Vgl. UdKA, Bestand 1, Nr. 5061, Bericht vom 1. August 1940. Unterstreichungen im Original. Weitere Themen waren die Errichtung einer Orchesterschule und die Besichtigung der Räumlichkeiten im Rudolfinum, dem geplanten zukünftigen Hauptgebäude für das Hochschulinstitut. Vgl. auch die Bitte des Reichsprotectors um erneute Entsendung Rühlmanns vom 27. Juni 1940 (Abschrift) auf dem Schnellbrief des Reichserziehungsministeriums vom 8. Juli 1940, Va Nr. 1440/40, Z III.

<sup>163</sup> Schenk unterrichtete in Leipzig „Musikerziehung“. Er bemühte sich in Leipzig um den „totalen“ und „organischen“ Einbau der Musikschule für Jugend und Volk daselbst. Vgl. GOLTZ, *Musikstudium*, S. 270.

tegischen Gründen eine Prüfung seiner Vermutung in Auftrag. Er nutzte die Gelegenheit, zu konstatieren:

Notwendig erscheint also die Einrichtung einer Schulmusikabteilung bei der Akademie Hochschule, in deren Rahmen dann zugleich auch die musikalische Ausbildung der Schüler der Prager pädagogischen Akademie, also der werdenden Grundschullehrer zu erfolgen hätte, die jetzt im wissenschaftlichen Institut der Universität erfolgt, dort aber zweifellos am falschen Ort ist.<sup>164</sup>

Rühlmann ging sogar so weit, bereits einen Leiter der geplanten Schulmusikabteilung vorzuschlagen, den Musikpädagogen Erwin Josewski, der die Stelle später auch erhielt und im Januar 1942 antrat.<sup>165</sup> Er empfahl außerdem, dem Leiter der Schulmusikabteilung auch die stellvertretende Direktion zu übertragen, wenn sich dieser für den Posten eignen sollte. Es ist unklar, wie Becking zu diesen Entwicklungen stand. Vom 22. März, also knapp zwei Monate nach Rühlmanns Bericht, ist ein Schreiben erhalten, in dem Becking wegen der mangelnden Mittel für einen Assistenten sowohl dem Dekan der philosophischen Fakultät als auch dem Rektor der Universität mit der Schließung des Musikwissenschaftlichen Instituts droht, was aus seiner Sicht sowohl das Studium der Musikwissenschaft, als auch die Ausbildung von Musiklehrkräften für Oberschulen auf unbestimmte Zeit aussetzen würde. Das lässt sich als eindeutiges Zeichen dafür werten, dass die Ausbildung der Oberschullehrer zu diesem Zeitpunkt noch innerhalb der Universität stattfand.<sup>166</sup> Die Drohung weist möglicherweise auf die Konkurrenz zwischen Finke und Becking hin, vielleicht auch auf Neid um die Mittel für das Hochschulinstitut. Dazu im Widerspruch steht eventuell die Bitte Beckings in seiner Eigenschaft als Dekan der philosophischen Fakultät – er wurde Ende April in dieses Amt berufen – eine Dienstreise nach Leipzig antreten zu dürfen, weil er glaubte, einer Einladung zur feierlichen Ernennung des Landeskonservatoriums der Musik in Leipzig zur staatlichen *Hochschule für Musik und Musikerziehung* am 8. Juni 1941 Folge leisten zu müssen.<sup>167</sup> Der Unmut über das Hochschulinstitut äußerte sich dann im September desselben Jahres noch einmal nachweislich und folgenreich. Vermutlich kam auch auf Beckings Initiative der oben bereits auszugsweise zitierte Antrag des Rektors der Karls-Universität an den Reichserziehungsminister vom September 1941 zustande, im Namen des Hochschulinstituts den Zusatz „bei der deutschen Karls-Universität“ künftig wegzulassen und nur noch die Bezeichnung *Hochschulinstitut für Musik* zu benutzen, um damit seine Abgrenzung von der Universität klarzustellen, womit jedoch keine administrativen Änderungen verbunden waren. Er lautete:

Die beiden Institute [gemeint ist auch das Hochschulinstitut für bildende Kunst] gehören jedoch nicht zur Deutschen Karls-Universität und stehen zu ihr in keinerlei personeller, sachlicher und verwaltungsmäßiger Beziehung. Insbesondere stehen auch der Universität keinerlei Befugnisse

<sup>164</sup> Vgl. UdKA, Bestand I, Nr. 5061, Bericht vom 5. 2. 1941, S. 1–8, hier S. 3, Streichungen im Original.

<sup>165</sup> Vgl. ebenda. Rühlmann nennt Josewski als ersten in einer Reihe weiterer möglichen Kandidaten. Vgl. für den Antritt: BA Bestand R 31, Nr. 24, Bl. 182 (Lebenslauf von 1932, Beilage: Empfehlungsschreiben von Müller-Blattau), Nr. 24b, Schreiben vom 14. Januar 1942, 20. Januar 1942 und 10. März 1942.

<sup>166</sup> Vgl. AUK, RNU, Phil. Fak. – instituty, B5, 1939–1944, Inv.-Nr. 291, Karton 106, Schreiben vom 33. März 1931 ff. Becking an den Dekan der Philosophischen Fakultät.

<sup>167</sup> Vgl. BA, Bestand R 31 (Kurator), Nr. 506: Personalakte Becking, Schreiben vom 27. Mai 1941 (Dienstreiseantrag) und 22. April 1941 (Ernennung zum Dekan).

gegenüber den beiden Instituten zu und den Universitätsbehörden obliegt deshalb auch keine Verantwortung dafür. Die Bezeichnung des Hochschulinstitutes führt ferner bereits zu dauernden Verwechslungen mit dem zur Universität gehörenden Musikwissenschaftlichen Institut. Die Bezeichnung der Institute als zur Deutschen Karls-Universität gehörig, dürfte wohl wesentlich auf Grund der seinerzeitigen Verhandlungen, in denen auch das Verhältnis zur Universität erörtert wurde, beruhen. Diese Verhandlungen haben jedoch zu dem Ergebnis geführt, dass die Institute völlig selbständig seien und in keinerlei Beziehung zur Universität stehen. Die Tatsache einer zunächst erfolgten gewissen haushaltsmäßigen Verbindung, sowie die Zuständigkeit des hiesigen Kurators auch für die beiden Institute, begründen tatsächlich und rechtlich keine Beziehung zur Universität. Ich bitte deshalb anordnen zu wollen, dass die unzutreffende und irreführende Bezeichnung „bei der Deutschen Karl Universität Prag“ bei beiden Instituten wegfällt.<sup>168</sup>

Dem Wunsch der Universität wurde durch den Reichserziehungsminister im Februar 1942 stattgegeben.<sup>169</sup> Im selben Monat hatte das Hochschulinstitut eine Informationsbroschüre zur neu gegründeten Abteilung Schulmusik herausgegeben, noch mit der alten Bezeichnung.<sup>170</sup> In der Broschüre war auch eine Übersicht über die anderen Studiengänge enthalten. Das Hochschulinstitut gliederte sich demnach in:

Meisterklassen für Komposition, Violine und Klavier;  
Abteilungen für sämtliche Streich- und Blas-Instrumente, Klavier, Orgel, Gesang;  
Abteilung für Schulmusik;  
Abteilung für Kirchenmusik;  
Abteilung für Rhythmische Erziehung, Gymnastik, Tanz;  
Vorbereitung auf die Prüfung für Privatmusiklehrer.  
Angegliedert: Städtische Musikschule für Jugend und Volk.

Zur Abteilung Schulmusik war näher ausgeführt:

Die Abteilung für Schulmusik hat ihre Arbeit mit dem Wintersemester 1941/42 aufgenommen. Ihre Aufgabe ist: Durchführung eines mindestens sechs Semester dauernden Studiums, Abschluss desselben durch Ablegung der Staatlichen Prüfung für das künstlerische Lehramt an höheren Schulen (Fachrichtung Musikerziehung). Neben dem Hauptfach Musik muß von jedem Studierenden ein wissenschaftliches Beifach, das selbständiges höheres Lehrfach an Höheren Schulen ist, an der Universität belegt werden.

Volksschullehrern soll Gelegenheit gegeben werden, nach einem 4 Semester währenden Fortbildungsstudium eine Staatliche Abschlussprüfung abzulegen, die zur Anstellung an Lehrerbildungsanstalten befähigt.

<sup>168</sup> Vgl. AUK, RNU, Phil. Fak. – instituty, B5, 1939–1944, Inv.-Nr. 291, Karton 106, Schreiben vom 25. September 1941, Tgb. Nr. 1713/41 (Der Rektor der DKU an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung).

<sup>169</sup> Vgl. AUK, RNU, B1, Ústavy, instituty – zřízení, 1940–42, alphabetisch sortiert: H, Schreiben vom 2. Februar 1942 Va 58, Vc, WH (a). Der Reichserziehungsminister an den Reichsprotektor, bzw. den Rektor der DKU.

<sup>170</sup> Vgl. *Hochschulinstitut für Musik bei der Deutschen Karls-Universität. Abteilung für Schulmusik*, Prag 1942 [Datierung auf S. 9]. Ein Exemplar befindet sich im AUK.

Staatliche Lehrgänge für Musikerzieher an Musikschulen für Jugend und Volk (Dauer acht Wochen) sollen in absehbarer Zeit abgeschlossen werden.<sup>171</sup>

Die Tatsache, dass in Prag auch Prüfungen abgehalten werden sollten, hob das Prager Hochschulinstitut von den bereits bestehenden ab. Sowohl in Breslau als auch in Königsberg hatte man sich lange darum bemüht, eigene Prüfungen durchführen zu dürfen. Die Diskussion zog sich bis Ende 1944 hin. Teil der Begründungen der negativen Bescheide war stets der Fakt, dass die jeweiligen Institute von Musikwissenschaftlern geleitet wurden, denen die pädagogischen Fähigkeiten, die zu einer Prüfung von Musikpädagogen notwendig seien, abgesprochen wurden.<sup>172</sup> Zu den an der Universität zu belegenden Beifächern gehörten u. a. Deutsch, Erdkunde oder Geschichte. Musik war nicht dabei.<sup>173</sup> Auch die Jahresberichte der Karls-Universität, die die Ausbildung der Lehramtskandidaten im Rahmen der philosophischen Fakultät beschreiben, nennen das Fach Musik nicht. Becking ist in der erhaltenen Broschüre vom Februar 1942 auch nicht als Lehrer des Hochschulinstituts erwähnt.<sup>174</sup> Es ist also wahrscheinlich, dass die beschriebene schulmusikalische Ausbildung mit der Gründung der Abteilung für Schulmusik im Hochschulinstitut nur noch dort erfolgte, Becking damit zumindest direkt nicht mehr befasst war, dass das Hochschulinstitut durch die Studierenden des künstlerischen Lehramts – und ihre Beifächer – aber administrativ mit der Universität verbunden war.

Nachdem der neu berufene Leiter der Abteilung für Schulmusik, Erwin Josewski, sein Amt angetreten hatte, verschob sich die Funktion des Berichterstatters aus Prag für das Ministerium vermutlich von Franz Rühlmann auf ihn, da weitere Berichte Rühlmanns nicht nachzuweisen sind. Josewski hingegen führte zwischen Dezember 1941 und Juni 1943 – meist auf der Fahrt zu seiner Familie – sehr viele Dienstreisen nach Berlin ins Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und in die Berliner Hochschule für Musikerziehung.<sup>175</sup> Der Kontakt zwischen dem Hochschulinstitut und der Berliner Hochschule für Musik wurde – zumindest nachweislich – nur sporadisch weitergepflegt.<sup>176</sup> Unklar ist, ob auch die Ablösung des mit Rühlmann sehr eng zusammenarbeitenden Sachbearbeiters Reinhold beim Reichsprotektor durch Wolf von Both oder die Ernennung Heydrichs eine Machtverschiebung mit sich brachten, die die Beziehungen Rühlmanns

<sup>171</sup> Vgl. ebenda, S. 4.

<sup>172</sup> Vgl. UdKA, Bestand 2, Nr. 6 (Breslau 1939–1944), abschließend das Schreiben vom 5. Oktober 1944 (Gutachten Eugen Bieders, Direktor der Hochschule für Musikerziehung, für den Reichserziehungsminister) ff. und BA: Bestand R 56 II, Nr. 190 (Königsberg 1937–1944), Mappe: Generelles, Schreiben vom 21. Juli 1941, 10. September 1941, 12. Oktober 1942 und 28. Februar 1944. Darin der Vorschlag Bieders in Königsberg bis Ende des Krieges ein Prüfungsamt zu errichten, mit Bezug auf das Recht zu Prüfen an „neugegründeten Ausbildungsstätten“.

<sup>173</sup> Was auch den bekannten Bestimmungen entsprach. Bestrebungen, ein Beifach „Musikwissenschaft“ einzuführen, waren jedoch durchaus vorhanden. Vgl. BA, Bestand R 56 II, Nr. 190 (Königsberg 1937–1944), Mappe: Generelles, Schreiben vom 30. Juni 1941. Hans Engel, Prof. für Musikwissenschaft in Königsberg, an das Reichserziehungsministerium: „Denkschrift über die Ausbildung der Schulmusiker“.

<sup>174</sup> Vgl. Anm. 171.

<sup>175</sup> Vgl. ebenda, Bestand R 31, Nr. 24b, Dienstreiseabrechnungen und Reiseanweisungen vom 29. Januar 1942, 27. März 1942, 5. Mai 1942, 1. Oktober 1942, 1. Januar 1943, 5. April 1943 und 12. Juni 1943, außerdem UdKA, Bestand 2, Nr. 30 (Chronik 1941–1942), Bl. 110, Vermerk des Besuchs von Josewski am 14. Februar 1942.

<sup>176</sup> Vgl. STOFF, *Fühlungnahme*, S. 328f.

nach Prag oder auch das Hochschulinstitut betrafen.<sup>177</sup> Es lässt sich vermuten, dass sich durch Josewski auch eine Konkurrenz zwischen der Berliner Hochschule für Musikerziehung und der Hochschule für Musik in ihren Einflussmöglichkeiten auf das Erziehungsministerium entwickelte, eventuell war sie auch schon vorhanden. Augenscheinlich ist, dass Josewski im Prager Hochschulinstitut eine Art Führungsposition übernahm, die sich aus der Bedeutung, die die Schulmusik hatte, erklärt. Dafür spricht zum einen, dass es überhaupt möglich war, im Februar 1942 die Mittel für eine gedruckte Broschüre auf gutem Papier mit zwei Bildern aufzutreiben, um die neue Schulmusikabteilung zu bewerben; einem Jahr, in dem zum Beispiel die Berliner Hochschule für Musik auf gedruckte Jahresberichte bereits verzichtete, selbst wenn man in Betracht zieht, dass Prag als sogenannter „kultureller Vorposten“ diente. Zum anderen ist in dem Heftchen selbst zwar auch die Struktur des ganzen Hochschulinstituts dargestellt, Josewski nimmt aber deutlich sichtbar den zweiten Platz nach Finke ein. Auf der ersten Seite, gleich nach der Nennung der übergeordneten Behörden, heißt es:

Hochschulinstitut für Musik:  
Professor Fidelio F. Finke, Direktor;  
Abteilung für Schulmusik:  
Professor Erwin Josewski, Abteilungsleiter.

Die gleiche Reihenfolge auch bei den Sprechstunden.<sup>178</sup>

Interessant für die Verbindung des Hochschulinstituts zur Deutschen Karls-Universität ist in diesem Zusammenhang auch die Erwähnung der Studierenden des Hochschulinstituts in den *Prager Hochschulblättern*, dem Nachrichtenblatt der Deutschen Karls-Universität, der Technischen Hochschule, des Kurators, der Deutschen Akademie der Wissenschaften, des NS-Dozentenbundes, des Nationalsozialistischen Studentenbundes und anderen.<sup>179</sup> In dieser Zeitung ist das Hochschulinstitut für Musik nicht mit einer eigenen Rubrik vertreten, wie die Universität oder die Technische Hochschule, es taucht nur in den Berichten des Nationalsozialistischen Studentenbunds mit auf, ein Zeichen, das auf seine Unselbstständigkeit beziehungsweise ungeklärte Stellung hindeutet. Bereits im Dezember 1941 war eine regelrechte Einführung der Studierenden des Hochschulinstituts in die „studentische Gemeinschaft“ erfolgt, was an die anfänglich beschriebene „universale Hochschule“ erinnert. Anlässlich der Enthüllung eines Gemäldes welches den Augenblick darstellte,

<sup>177</sup> Bisher lassen sich nachteilige Entwicklungen für das Hochschulinstitut in der Raumverteilung im Rudolfinum nachweisen, da von Both nicht über die alten Pläne orientiert war. Vgl. AUK, Bestand Kurator, 14-22-01, Hochschulinstitut für Musik – Bauangelegenheiten, dort das Schreiben vom 24. Juli 1943, Wolf von Both an den Kurator, indem er anlässlich von Raumverteilungsproblemen auf seine Nachfolge und Anwesenheit in Prag seit März 1943 eingeht.

<sup>178</sup> Vgl. *Hochschulinstitut für Musik bei der Deutschen Karls-Universität. Abteilung für Schulmusik*, Prag 1942 [Datierung auf S. 9], S. 3–4. Ein Exemplar befindet sich im AUK. Eventuell ist es spitzfindig darauf hinzuweisen, dass Josewskis Sprechstunde genau vor der Finkes lag. Wer beide sprechen wollte, ging also – möglicherweise – zuerst zu Josewski.

<sup>179</sup> Landwirtschaftl. Hochschule Tetschen-Liebwerda, Altherrenbund, Verein der Freunde der Technischen Hochschule.

in dem der Führer des großdeutschen Reiches auf der Prager Kaiserburg dem Kampf des Studententums um das Prager Deutschtum durch eine Auszeichnung des Prager Studentenführers Dank und Anerkennung ausspricht [...],

wurden auch

[...] selbständige Studentenführungen an den Hochschulen für bildende Kunst und für Musik und darstellende Kunst in die Studentische Gemeinschaft eingefügt. [...] Der Führer hat durch seine Partei das Volk reif gemacht für diesen Kampf. [...] Keiner von uns kann sich heute außerhalb dieser Zeit und ihrer Forderungen stellen. So ist auch die Zeit vorbei, in der es Studenten gab, die abseits von der Volksgemeinschaft ihr eigenes Leben führten. Studenten und Arbeiter schaffen heute an verschiedenen Plätzen als kämpferische Träger der gemeinsamen Idee. Wenn heute die Studenten der früheren „Akademie für bildende Kunst“ und der „Akademie für Musik und darstellende Kunst“, die nun verwaltungsmäßig die Stellung von Hochschulen erhalten haben, in die Gemeinschaft studentischer Erziehung einbezogen werden, so soll damit betont werden, dass auch der Künstlernachwuchs auf unseren Hochschulen nicht aus den gemeinschaftlichen Aufgaben des deutschen Studententums herausfällt.<sup>180</sup>

Im Spätsommer 1942 beteiligten sich die Musikstudierenden am Kriegseinsatz der Studenten, die bei Umsiedlungsbauern arbeiteten: „*Spielgruppen des Hochschulinstituts für Musik brachten Abwechslung in die Arbeit in Betrieben und Höfen*.“<sup>181</sup> Anfang des Jahres 1943 fand im Rahmen der Kulturtage der Prager Studenten ein Kammermusikabend des Hochschulinstituts für Musik im Rudolfinum statt,<sup>182</sup> Josewski glänzte bei der „kulturellen Betreuung der Prager Lazarette“, die eine unter seiner Leitung arbeitende „Singschar“ übernahm.<sup>183</sup> Im Juni 1943 veranstaltete das Hochschulinstitut einen „bunten Spielnachmittag“ für Wehrmachtsstudenten, umrahmte mit Musik auch zwei Lesungen und eine Veranstaltung der *Hochschulgemeinschaft Deutscher Frauen*. Josewski beteiligte sich als Dirigent.<sup>184</sup> Anlässlich der „Kulturtage der Prager Studenten“ im Frühjahr 1944, an der als Gäste Direktoren, Professoren und Dozenten anderer deutscher Hochschulen und Hochschulinstitute für Musik und bildende Kunst teilnahmen, tat sich Josewski besonders hervor:

Den Ausklang bildete wie im vorigen Jahre eine große Morgenfeier im Rudolfinum, die von Dr. Ernst Schremmer, der auch dieses Mal wieder für die Kulturtage verantwortlich zeichnete, und Prof. Josefski vom Hochschulinstitut für Musik vorbereitet worden war. [...] Bei der

<sup>180</sup> Vgl. *Prager Hochschulblätter* (weiter PH), 1. Jg., Heft 1/2, Dezember 42/Jänner 42, S. 2 (Feier im Lange-marckhaus). Als eine mögliche Vorgeschichte dieser Einfügung könnte die Teilnahme von Studierenden der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag an den Tagungen der Deutschen Musikstudentenschaft ab 1931 gesehen werden. Vgl. STOFF, *Fühlungnahme*, S. 320.

<sup>181</sup> Vgl. ebenda, 1. Jg., Heft 3/4, Dezember 1942 / Januar 1943, S. 11–12, hier S. 12 („12 Monate Studentische Arbeit“).

<sup>182</sup> Vgl. ebenda, 1. Jg., Heft 5, Februar 43, S. 1 und 4 (Kulturtage der Prager Studenten, 7.–14. 2. 1942).

<sup>183</sup> Vgl. ebenda, S. 5.

<sup>184</sup> Vgl. ebenda, 2. Jg., Heft 1, Juli 1943, S. 5–7 NSD-Studentenbund Prag, hier S. 6–7 (Schauspielnachmittag in der Wälschen Gasse; Wir spielen deutsche Musik und lesen deutsche Dichtung; Bruno Brehm vor Prager Studenten, Hochschulgemeinschaft deutscher Frauen).

rückblickenden Gesamtbetrachtung verdient die musikalische Ausgestaltung durch das Hochschulinstitut für Musik unter Leitung von Prof. Josefski besondere Erwähnung.<sup>185</sup>

Zusammenfassend kann man also zu der Frage, wie sich die Anbindung des Hochschulinstituts an die Universität gestaltete, festhalten, dass die Schulmusikabteilung, die eventuell Teil einer Sicherungsstrategie für das Erziehungsministerium war, einerseits möglicherweise Konkurrenzkämpfe auslöste, gleichzeitig aber das Hochschulinstitut enger an die Universität band.

### ***Die endgültige Auflösung des Vereins Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst***

Auch nachdem das Hochschulinstitut dem Haushalt der Universität längst eingefügt worden war und vom Kurator mitverwaltet wurde, sogar noch nach der Errichtung der Schulmusikabteilung bestand der *Verein Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag* weiter. Vermutlich wegen der sich hinziehenden Streitigkeiten mit den bei der oben beschriebenen Erbschaft umgangenen Verwandten. Wien-Claudi hatte in einem noch für die Deutsche Gesandtschaft verfassten Bericht von einer voraussichtlichen Prozessdauer von drei Jahren gesprochen.<sup>186</sup> Mitglied des Kuratoriums an seiner Stelle war spätestens seit Mai 1940 und vermutlich auch noch danach Gustav Becking (siehe oben). Da das Vermögen des Vereins schon beim ersten – gescheiterten – Angliederungsversuch der Akademie an die „Reichshochschule“ Teil der Verhandlungen gewesen war, rechnete Fidelio F. Finke noch immer mit der Übernahme des Vermögens. Er versuchte dafür die Auflösung des Vereins zu erreichen. Erster Nachweis hierfür ist ein Schreiben an Reinholds Nachfolger beim Reichsprotector Wolf von Both vom 1. Dezember 1941. Hier heißt es:

Da das aus der ehemaligen Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst hervorgegangene Hochschulinstitut für Musik bei der Deutschen Karls-Universität in Prag seit dem 1. April 1940 vom Deutschen Reich übernommen wurde, besteht kein Grund mehr, das der Verein „Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag“ eine weitere Tätigkeit ausübt.<sup>187</sup>

Finke erhoffte sich, von dem Vermögen (nach seiner Angabe zu diesem Zeitpunkt 50 000 RM) Stipendien zu errichten und einen Reservefonds für unerwartete Ausgaben zu bilden.<sup>188</sup> Von Both bemühte sich zwar um die beschleunigte Anweisung des Vermögens,<sup>189</sup>

<sup>185</sup> Vgl. PH, 2. Jg., Heft 3, Mai 1944, S. 14–15 (Kulturtage der Prager Studenten).

<sup>186</sup> Vgl. PA-GesP, Karton 24, Paket 28, Gutachten Wien-Claudis vom 13. Februar 1939 (Abschrift) und Schreiben vom 8. Mai 1939, von Krafft an den Oberfinanzpräsidenten, mit dem Hinweis auf das Testament Hermine Siegerts: demnach war ausdrücklich Wien-Claudi zum Testamentsvollstrecker ernannt. Nur er sollte auch alle etwaigen Streitigkeiten klären.

<sup>187</sup> Vgl. AUK, Bestand Kurator, 11-02-01, Hochschulinstitut für Musik, 1941–44, darin (kurz nach dem zusammengehefteten Konvolut zur Stilllegung der Musikhochschulen): G.-Z. 400/A/B [Zahl des Hochschulinstituts], bzw. V-7-1-196/41 [Zahl des Reichsprotectors], Schreiben des Hochschulinstituts (Finke) vom 1. Dezember 1941.

<sup>188</sup> Vgl. ebenda.

<sup>189</sup> Vgl. ebenda, V-7-1-196/41, Schreiben vom 8. Dezember 1941 (von Both an A. Roth, Gruppe 1 12).

scheiterte aber: Der Verein Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst wurde in Folge von Finkes Bemühungen zwar am 27. Januar 1942 aufgelöst.<sup>190</sup> Anders als von Finke geplant, wurde das Vermögen jedoch an die im August 1941 auf Anregung der Partei gegründete *Deutsche Musikgesellschaft*<sup>191</sup> „für Zwecke der Pflege und Förderung des deutschen Musiklebens in Prag“ weitergereicht, und zwar „im Einvernehmen und auf Wunsch der zuständigen Parteidienststellen“, mit Billigung, bzw. auf Entscheidung des Unterstaatssekretärs Kurt von Burgsdorff, der auch den Vorsitz übernommen hatte.<sup>192</sup>

Von Both vermerkte die Problematik bei einem späteren Anlass folgendermaßen:

Es wurde ursprünglich angenommen, dass das Vermögen des seinerzeit als finanzieller Rückhalt für die ehem. Deutsche Musikakademie in Prag gegründeten Vereines „Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst“ dem Hochschulinstitut für Musik und darstellende Kunst zugewiesen werden würde, das aus der Akademie hervorgegangen ist. Da die im Reichshaushalt für das Jahr 1941 vorgesehenen Mittel für die Beschaffung von Instrumenten und Einrichtungsgegenständen des Hochschulinstituts ganz erheblich hinter den geforderten Beträgen zurückblieben, bestanden damals keine Bedenken, Mittel des Vereines für unumgänglich notwendige Anschaffungen in Anspruch zu nehmen. Mit Schreiben vom 16. Januar 1942 – 37C. 2-1/19 hat der Beauftragte für Organisation mitgeteilt, dass auf Grund einer Entscheidung des Unterstaatssekretärs das Vermögen des aufgelösten Vereines der Deutschen Musikgesellschaft zu zweckentsprechender Verwendung angewiesen wird. Versuche des Hochschulinstituts, wenigstens den Zuschuss zu retten, sind erfolglos geblieben. Daher muss nunmehr die Rückzahlung erfolgen. [...] <sup>193</sup>

Laut einer ausführlichen Darstellung Finkes, die er von Both am 10. Februar 1942 sandte, begründete man das Vorgehen ihm gegenüber auch damit, dass die Akademie das Geld

<sup>190</sup> Dem Todesjahr Wien-Claudis. Vgl. [http://czech.stonepics.com/czech\\_cemeteries/cz00043.pdf](http://czech.stonepics.com/czech_cemeteries/cz00043.pdf) (30. Oktober 2013). Für den Hinweis auf diese Quelle danke ich sehr herzlich Peter Brod (Prag).

<sup>191</sup> Vgl. PRIEBERG, *Handbuch*, Version 1.2-3/2005 (CD-ROM), S. 7091 mit Bezug auf den Bericht über die Gründung der Deutschen Musikgesellschaft, in: *Der Neue Tag*, Nr. 211, 1/VIII/41, im Bericht enthalten auch die Rede von „Unterstaatssekretär SA-Brigadeführer Dr. von Burgsdorff“. Vgl. außerdem zur *Deutschen Musikgesellschaft*: FUCHS, Abschn. 6. 1918–1945 im Artikel *Prag*, in: Widmar Hader (Hg.), *Lexikon zur deutschen Musik-Kultur in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien*, Bd. 2, München 2000, Sp. 2136–2152, hier Sp. 2148–2149.

<sup>192</sup> Was schon am 16. Dezember 1941 festgestanden hatte: Vgl. AUK, Bestand Kurator, 11-02-01, Hochschulinstitut für Musik, 1941–44, darin (kurz nach dem zusammengehefteten Konvolut zur Stilllegung der Musikhochschulen): G.-Z. 400/A/B [Zahl des HI], bzw: V-7-1-196/41 [Zahl des RP, handschriftlich hinzugefügt], zusammengeheftetes Konvolut: Das Schreiben des Beauftragten für Organisation Dr. A. Roth an die Gruppe I 11, Hochschulen, vom 16. Januar 1942, bestätigt die von Both bereits fernmündlich mit geteilte Entscheidung des Unterstaatssekretärs von Burgsdorff. Das Schreiben vom 19. Februar 1942 (Dr. A. Roth, Gruppe I 12, Beauftragter für Organisation an die Gruppe I 11 Hochschulen), bestätigt die Auflösung des Vereines mit Verf. II/349 vom 27. Januar 1942. Vgl. außerdem ebenda: (unmittelbar nach dem zusammengehefteten Konvolut zur Stilllegung der Musikhochschulen): 12-22-02, das Schreiben vom 17. Februar 1943 (Deutsche Musikgesellschaft in Prag, Reg. Oberinspektor Hansen an Oberregierungsrat Dr. von Both beim RP, Abwicklungsfonds der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst, bittet um Überweisung von 6824 RM, der Forderung der Deutschen Musikgesellschaft an das Hochschulinstitut, Besprechung mit SS-Sturmabführer Wolf; am 22. Februar 1943: Weiterleitung an den Kurator, handschriftlicher Vermerk: „am 26. 2. 1943 zur Anweisung gekommen“). Vgl. auch das Schreiben vom 15. Dezember 1942: der Kurator an das Hochschulinstitut: darin wird als die „Rechtsnachfolgerin“ des aufgelösten Vereines *Deutsche Akademie* usw. die *Deutsche Musikgesellschaft* in Prag bezeichnet.

<sup>193</sup> Vgl. ebenda, 2. Dezember 1942, Vermerk des Sachbearbeiters beim Reichsprotector von Both.

nicht mehr brauche, da sie in die Verwaltung des Reiches übernommen wäre. Ein Argument, dass er nicht anerkannte. Er bezog sich auf das Testament der Hermine Siegert, aus deren Erbe das Vermögen des Vereins demnach zur Gänze bestand, die darin die Akademie und nicht den Verein begünstigt hatte und betonte:

Nicht der Vereinspräsident, sondern der Advokat Dr. Wien-Claudi war der Verwalter dieses für die Verhältnisse der Akademie sehr erheblichen Vermögens [...],<sup>194</sup>

was man als Seitenhieb auf Gustav Becking verstehen kann. Finke erinnerte daran, dass das Erbe bereits bei den Haushaltsverhandlungen mit Amtsrat Graeser<sup>195</sup> berücksichtigt worden war und bat von Both um Weiterleitung der Darstellung an die „entscheidende Behörde“, der der Sachverhalt möglicherweise unbekannt sei,

damit nicht einmal der Direktion vom Reichserziehungsministerium mit Recht der Vorwurf gemacht werden kann, dass das Erbe der Akademie ohne Einspruch anderen Zwecken überlassen wurde, als für die es letztwillig bestimmt war.<sup>196</sup>

Es ist davon auszugehen, dass Finke zu diesem Zeitpunkt der Ansicht war, dass die „entscheidende Behörde“ das Reichserziehungsministerium wäre, was möglicherweise in Bezug auf die Erbschaft und die Deutsche Musikgesellschaft nur bedingt zutrifft. Finke verlor den Kampf um das Erbe. Das Vermögen wurde der Deutschen Musikgesellschaft übergeben und der oben beschriebene ausgelegte Betrag musste zurückgezahlt werden.<sup>197</sup>

<sup>194</sup> Vgl. AUK, Bestand Kurator, 11-02-01, Hochschulinstitut für Musik, 1941–44, darin (kurz nach dem zusammengehefteten Konvolut zur Stilllegung der Musikhochschulen): G.-Z. 400/A/B [Zahl des HI], bzw. V-7-1-196/41 [Zahl des RP], Schreiben des HI vom 10. Februar 1942. Vgl. außerdem PA-GesP, Verein Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag 1938–1939, Bd. 1, Karton 24, Paket 28, Schreiben von 8. Mai 1939: von Krafft an den Oberfinanzpräsidenten, mit dem Hinweis auf das Testament Hermine Siegerts: Wien-Claudi ist explizit als Testamentsvollstrecker eingesetzt, soll auch alle etwaigen Streitigkeiten klären.

<sup>195</sup> Anlässlich von Rühlmanns erstem Besuch, siehe oben.

<sup>196</sup> Vgl. ebenda.

<sup>197</sup> Nachweisbar ist eine Forderung für Rechnungen zweier Orgelbaufirmen. Da von Both die Instrumente erwähnt, sei an dieser Stelle auch auf die Praxis des Hochschulinstituts hingewiesen, Instrumente „aus jüdischem Besitz“ vom Zentralamt für die jüdische Auswanderung (ab August 1942 Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren) zu erwerben. Finke ging infolge Geldmangels später sogar so weit, mit anderen Gruppen eine Schlammschlacht um Mobiliar und sonstige Ausstattungsgegenstände auszufechten, die auch aus dem Besitz der jüdischen Bevölkerung stammten. Vgl. AUK, Bestand Kurator, 14-22-01, 1943 Bauangelegenheiten, darin: Schreiben vom 7. März 1943, 24. März 1943, außerdem ebenda, 11-22-01, Hochschulinstitut für Musik 1941–1944, darin: Schreiben des Reichserziehungsministers i. A. Miederer vom 6. August 1942, Va 1984/42, III, auf die Berichte vom 15. Juli 1942 – G.Z. 1334/A/Bö und vom 30. Juli 1942 G.Z. 1401/A/B [Zeichen des Hochschulinstituts]: „Ich ersuche Sie, sämtliche nach den Berichten zur Verfügung stehenden Instrumente (Klaviere, Pianos, Flügel, das Harmonium usw.) für Zwecke der neu einzurichtenden Orchesterschulen sicherzustellen und mir baldigst eine Aufstellung der Instrumente unter Angabe der Einzelkaufpreise vorzulegen. Wegen der Übernahme der Kosten bin ich mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen in Verbindung getreten. Zum Abschluss der Verhandlungen ist die Kenntnis der Kaufpreise erforderlich. Beschleunigung ist mir daher erwünscht [...]“, und ebenda: Schreiben vom 15. Mai 1943 (Belege), 20. April 1944 (Miederer an den Kurator, Klaviere betr.), 14. April 1944 (Finke an den Kurator, wegen beschädigter Instrumente), 15. März 1944ff. (Rechnungen), 3. August 1943 (Kurator an Kreishauptamtsleiter, Möbel, Läufer, Vorhänge, Teppiche „aus Judenbeständen“), 31. Juli 1943 (Finke, Original), 10. Juli 1943 (Absage Kreishauptamtsleiter, Entrüstung Finkes), 16. September 1943 (Nachfrage des Kurators), 3. Dezember 1943 (Amt für Volkswohlfahrt, Bestände bereits verteilt), 16. Dezember 1943 (Miederer an den Kurator, Klaviere, die „vom Zentralamt für die Regelung der Judenfrage“ gekauft wurden), 30. Dezember 1943 (Weiterleitung an Finke), 14. September 1943 (Finke an

Fidelio F. Finkes Haltung zur Deutschen Musikgesellschaft war jedoch durchaus ambivalent. Die erste größere Aktivität der Gesellschaft war Mitte Oktober 1941 die Aufführung seiner „Deutschen Kantate“ gewesen, die er auf Texte des Sudetendeutschen Dichters und Leiters der Kulturabteilung der NSDAP im Sudetengau, Franz Höller, geschrieben hatte.<sup>198</sup> Hans Heinz Stuckenschmidt schrieb darüber in der Prager Zeitung *Der Neue Tag*:

Wir wollen es als ein schönes Symptom für die Verjüngung unseres Musiklebens nehmen, daß die Dt. Musikgesellschaft in P. ihre Tätigkeit mit der Uraufführung eines modernen Werkes begonnen hat. [...] Seine Dt. Kantate hat sich als eines der bedeutendsten Kunstwerke der nationalen Chor-Literatur bewährt; sie wird von P. aus ihren Weg machen.<sup>199</sup>

Auch wenige Monate später – also nach dem Entzug des Erbes – arbeitete Finke mit der Deutschen Musikgesellschaft zusammen. Bei den von der Gesellschaft veranstalteten Prager Musikwochen 1942 vom 15. Mai bis zum 15. Juni wurde ein Chorsatz von ihm *Wir tragen ein Licht* auf Worte Franz Höllers und der Hymnus *Oh Herzland Böhmen* für Chor, Orgel und Bläser auf Worte von Herbert Hiebsch aufgeführt, letzterer eine Uraufführung. Der Text war im Begleitband gleich nach dem Geleitwort Heydrichs und dem Vorwort des Vorsitzenden von Burgsdorff abgedruckt. Finke war darunter als Komponist genannt und trug zur Festschrift außerdem den Text „Vom *Prager Konservatorium* zum *Hochschulinstitut für Musik*“ bei. Er schloss mit den Worten:

Zukunftsfroh rüstet sich das Institut zur Bewältigung der neuen und großen Aufgaben, welche ihm die geniale, den kommenden Jahrhunderten die Richtung weisende Politik unseres Führers Adolf Hitler auferlegen wird.<sup>200</sup>

Außer ihm war als Autor vom Hochschulinstitut noch Theodor Veidl vertreten, als Bekannter aus den zwanziger Jahren tauchte auch Hans Heinz Stuckenschmidt mit einem Aufsatz auf.<sup>201</sup> Gustav Becking trat nicht in Erscheinung.

den Kurator, hat 24 Flügel und 22 Pianinos in Verwahrung, braucht sie selbst), 16. September 1943 (der Kurator an Miederer, leitet Finkes Schreiben weiter), 11. Juni 1943 (Kulturamt der Hauptstadt Prag, die Musikschule braucht noch Klaviere). Annie Finke, Fidelio F. Finkes Frau, schrieb nach dem Krieg über eine Anzahl von „Juden-Klaviere[n]“, die Finke vor der Verschickung bewahrt habe. Eventuell stehen die von ihr erwähnten Instrumente in einem Zusammenhang mit dem Vorgang. Vgl. FUCHS, *Die Deutsche Akademie*, S. 361 (Anhang, Dokument Nr. 16, Annie Finke an Alois Hába am 4. Mai 1964).

<sup>198</sup> Vgl. FUCHS, Abschn. 6. *1918–1945* im Artikel *Prag*, Sp. 2148–2149.

<sup>199</sup> Zitiert nach Fuchs. Vgl. ebenda. Dort nachgewiesen mit: *Der Neue Tag*, Nr. 292, 1941. Vgl. auch PRIEBERG, *Handbuch*, Version 1.2-3/2005 (CD-ROM), S. 7573, der zwei Artikel Stuckenschmidts zur Aufführung nennt: *Finke und seine Deutsche Kantate. Zur heutigen Uraufführung im Prager Rudolfinum* (*Der neue Tag*, 19. Oktober 1941) und *Finkes Deutsche Kantate uraufgeführt* (*Der neue Tag*, 21. Oktober 1941).

<sup>200</sup> Vgl. Fidelio F. FINKE, *Vom „Prager Konservatorium“ zum „Hochschulinstitut für Musik“*, in: Herbert Hiebsch (Hg.), *Prager Musikwochen 1942*, S. 3, 5–6 und 25–31.

<sup>201</sup> Vgl. ebenda S. 11–15 (Theodor VEIDL, *Deutsche Musik in Prag*) und S. 16–24 (Hans Heinz STUCKENSCHMIDT, *Prager Musik um 1600*). Die Tatsache, dass Stuckenschmidt neben Veidl an dieser Stelle auftaucht, setzt paradoxerweise eine Tradition fort, die in den zwanziger Jahren mit der Begründung der Zeitschrift *Der Auftakt*, langjährig geleitet durch den später deportierten Erich Steinhardt, begonnen hatte. Stuckenschmidt, der Berlin wegen einem Berufsverbot verlassen hatte, schrieb auch sonst auffallend viel über Fidelio F. Finke und das Hochschulinstitut in der Zeitung *Der Neue Tag*, hatte dort auch über die Gründung der Deutschen Musikgesellschaft und die Rede des Unterstaatssekretärs, SA-Führer von Burgsdorff berichtet (Nr. 211, 1. 8. 1941). Vgl. PRIEBERG, *Handbuch*, Version 1.2-3/2005 (CD-ROM), S. 7088 und 7091. Vgl. zu Steinhardt und dem *Auftakt*:

Mit der endgültigen Auflösung des Vereins war die alte Akademie für Musik und darstellende Kunst ganz verschwunden. Es ist wahrscheinlich, dass Gustav Becking, der zu Beginn der Verhandlungen ein wichtiger Gesprächspartner gewesen war, mehr und mehr an Einfluss verlor, letztlich waren er und auch die Universität nicht unter den Nutznießern des Vermögens.

### **Die Tatsächliche Angliederung des Hochschulinstituts an die Deutsche Karls-Universität, als Musikinstitut**

Eine überraschende Wende nahm das Verhältnis des Hochschulinstituts zur Deutschen Karls-Universität mit seiner Schließung, beziehungsweise mit der Anordnung der Stilllegung sämtlicher Kunst- und Musikhochschulen im Rahmen der Maßnahmen zum „Totalen Krieg“, die das Hochschulinstitut schließlich als *Institut für Musik* dem Dekan der Philosophischen Fakultät und dem Rektor der Deutschen Karls-Universität unterstellte.

Schon zu Beginn des Krieges, also noch vor der Errichtung des Hochschulinstitutes, waren einzelne Musikhochschulen kurzzeitig geschlossen worden, um sie – nachdem ein organisatorisches Chaos um das Weiterstudium der betroffenen Studierenden entbrannt war – wieder zu öffnen.<sup>202</sup> Auch die zweite größere Stilllegungsaktion, an der nun auch das Hochschulinstitut beteiligt war, war hauptsächlich von Chaos geprägt. Bereits im März 1943 war ein Erlass ergangen, der bestimmte, dass der Unterricht an den Kunst- und Musikhochschulen zwar weiterzuführen sei, Unterrichtszweige mit zu wenig Lehrpersonal jedoch stillzulegen seien.<sup>203</sup> Zwischen dem 11. Oktober 1944 und dem 31. Januar 1945 setzte dann eine regelrechte Kaskade von Erlässen und Telegrammen ein, deren Inhalt im Wesentlichen die Stilllegung der Kunst- und Musikhochschulen und die Fortführung des Unterrichts für Kriegsbeschädigte und Studierende des künstlerischen Lehramts im Rahmen der Universitäten regelte. Das Hochschulinstitut in Prag war dabei auf zweierlei Arten in einer Sonderposition. Zum einen wegen der Tatsache, dass die Angelegenheiten der Kunst- und Musikhochschulen – zu denen das Hochschulinstitut zählte – in diesem Fall getrennt von denen der Universitäten behandelt wurden,<sup>204</sup> zum anderen deswegen, weil der seit August 1943 als Deutscher Staatsminister amtierende Karl Hermann Frank für sich beanspruchte, persönlich an allen Regelungen beteiligt zu werden. Ein Wunsch, dem in Bezug auf das Hochschulinstitut zum Teil entsprochen wurde.

Jitka LUDVOVÁ, *Das Deutsche Musikzeitschriftenwesen in Böhmen 1860–1945*, in: Aleš Březina, *Prager Musikleben zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, Bern u.a. 2000 (Jahrbuch der Bohuslav Martinů-Stiftung 1), S. 123–139, hier S. 129 und 138, zu Steinhard ebenda, S. 131 und 132. Finke selbst hatte sich zu Steinhardt nach 1945 gegenüber seinem Biografen Dieter Härtwig geäußert, mit dem er für dessen Habilitationsschrift umfangreiche Gespräche führte: „[...] die Zeitschrift ‚Der Auftakt‘ mußte ihr Erscheinen einstellen. Der Chefredakteur Dr. Erich Steinhard, von jüdischer Herkunft, verließ Prag. Über sein weiteres Schicksal wurde nichts bekannt.“ Vgl. Dieter HÄRTWIG, *Fidelio F. Finke, Leben und Werk*, Leipzig 1970, dort im Kapitel 6, 1939–1945. Im Schatten der Zeitereignisse, S. 179.

<sup>202</sup> Vgl. UdKA, Bestand 2, Nr. 31 (Chronik 1938–1940), Bl. 113, Schreiben vom 15. September 1939.

<sup>203</sup> Vgl. AUK, Bestand Kurator, 11-22-01, gelbe Mappe, Hochschulinstitut für Musik 1941–44, darin Ordner mit der Aufschrift: 11-22-01, Stilllegung, bzw. Einschränkung des Lehrbetriebes, Kunst und Musikhochschulen. Schreiben vom 27. März 1943, va 624/43 (b) Durchführung des Unterrichtsbetriebes an den deutschen Kunst- und Musikhochschulen im Kriege.

<sup>204</sup> Für die Vorgänge an der Deutschen Karls-Universität vgl.: MIŠKOVÁ, *Universität*, S. 209–210.

An der Universität war seit dem 25. Juli 1944 die Immatrikulation eingestellt worden, am 1. September kam ein Erlass heraus, der den Einsatz der Studierenden im „Totalen Krieg“ regelte und Ausnahmen zuließ.<sup>205</sup> Für die Kunst- und Musikhochschulen erging erst am 11. Oktober ein Erlass, der auf die bevorstehende Stilllegung und den Plan hinwies, die Musikerziehung in noch unbekannter Weise fortzuführen. Dieser kam möglicherweise nicht in Prag an, er ist jedoch in der Überlieferung der Berliner Hochschule für Musikerziehung erhalten und wurde demnach an die Direktoren aller Kunst- und Musikhochschulen gesandt. Zuvor war in Berlin per Telegramm die Weisung des Erziehungsministeriums eingegangen, den Unterrichtsbetrieb nicht aufzunehmen, Neuaufnahmen waren zu unterlassen.<sup>206</sup>

Dem Anschein nach erhielt der Deutsche Staatsminister den ersten Erlass, der auch gleich die Schließung der Hochschulen bestimmte, erst am 21. Oktober 1944 vom Reichserziehungsminister weitergereicht, mit dem Bemerkten:

Unter Bezugnahme auf die fernmündliche Rücksprache meines Sachbearbeiters mit Universitätskurator Dr. Ehrlicher vom 18. und 19. Oktober und Ihre hierbei gegebene Zustimmung, bestimme ich, daß dieser Erlass auch auf die Universitätsinstitute für Bildende Kunst und Musik in Prag Anwendung findet. Ich bitte hiernach das Weitere zu veranlassen.<sup>207</sup>

Der Erlass vom 20. Oktober regelte die Stilllegung der Hochschulen zum 31. Oktober 1944, eine Eröffnung des Wintersemesters sollte nicht mehr stattfinden. Studierende sollten zum Rüstungs- und Kriegseinsatz bereitgestellt werden. Freiwerdende Lehrkräfte waren zu melden. Kurz danach stellte Fidelio F. Finke solch eine Liste der Lehrenden zusammen. Dass er zu diesem Zeitpunkt bereits von der Fortführung der Ausbildung der Musikerzieher wusste, ist daraus zu schließen, dass er die Lehrer, die in der „Abteilung Musikerziehung“ beschäftigt sein würden, gesondert markierte.<sup>208</sup> Anfang November erreichte dann das Hochschulinstitut direkt ein Telegramm aus dem Erziehungsministerium. Es lautete:

Frage der Stilllegung der Kunst- und Musikhochschulen wird nochmals geprüft. Wegen Bereitstellung der Studierenden verbleibt es bei Ziffer 2 meines Erlasses vom 20. 10. 1944 RV 550/44 – Versehrtenexamenssemester – Nicht einsatzpflichtige Kriegerwitwen und Studierende des Künstlerischen Lehramtes ab 5. und höheren Semester sind nicht zu melden. Im übrigen [sic] weiteren Erlass abwarten.<sup>209</sup>

Der nächste nachzuweisende Erlass vom 9. November 1944 regelte die Anrechnung der Studiensemester, die nötig war, um das Berufsziel Lehramt nachzuweisen. Er erreichte Prag möglicherweise nicht, war aber der Adressliste zufolge dorthin abgesandt worden.<sup>210</sup> Am

<sup>205</sup> Vgl. ebenda, S. 209–210.

<sup>206</sup> Vgl. UdKA, Bestand 2, 653, Schreiben vom 11. Oktober. 1944, Va Nr. 686/44 (Vertraulich). Ergänzung, bzw. Berichtigung vom 12. Oktober. 1944, Va Nr. 686/44 ebenda, 2/530. und ebenda, Telegramm vom 23. September 1944.

<sup>207</sup> Vgl. AUK, Bestand Kurator, 11-22-01, gelbe Mappe, Hochschulinstitut für Musik 1941–44, darin Ordner mit der Aufschrift: 11-22-01, Stilllegung, bzw. Einschränkung des Lehrbetriebes, Kunst und Musikhochschulen, Schreiben vom 21. Oktober 1944.

<sup>208</sup> Vgl. ebenda, Anschreiben und Anlage vom 27. Oktober. 1944, G.Z. 1261/F-L.

<sup>209</sup> Vgl. ebenda, Abschrift des Telegramms vom 2. November 1944.

<sup>210</sup> Vgl. UdKA, 2/530, Schreiben vom 9. November 1944, E VII 879, V, RV.

13. November versuchte dann der Kurator in Berlin anzurufen, um Näheres in Erfahrung zu bringen. Laut seinem Vermerk teilte ihm Ministerialrat Hermann (verantwortlich für Kunsthochschulen) mit, dass die Frage der Öffnung der Hochschulen für Musik und bildende Kunst noch nicht entschieden sei:

Nachdem zwischen der Partei-Kanzlei und dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bezüglich der wissenschaftlichen Hochschulen eine Neuordnung getroffen worden sei, habe die Partei-Kanzlei darauf hingewiesen, daß die Neuordnung auch Rückwirkungen auf die Kunsthochschulen haben müsse. Der Reichserziehungsminister habe sich dieser Auffassung angeschlossen und vorgeschlagen, daß nunmehr auch die Hochschulinsti- tute für Musik und bildende Kunst im Winter-Semester arbeiten sollen. Überraschenderweise habe die Partei-Kanzlei diesen Vorschlag abgelehnt. Der Reichserziehungsminister sei nun nochmals bei der Partei-Kanzlei vorstellig geworden, die Antwort stehe jedoch noch aus.<sup>211</sup>

Die Tatsache, dass das Studium am Hochschulinstitut nicht fortgeführt werden konnte, führte in Prag zu Ungeduld seitens des Nationalsozialistischen Studentenbundes (Deutsche Studentenschaft). Der Studentenführer Karl Kiesel beschwerte sich direkt bei Staatsminister Karl Hermann Frank darüber und führte das Beispiel des Konservatoriums in Würzburg an, das seinen Unterricht demnach bereits wieder aufgenommen hätte.<sup>212</sup> Auch der Kurator Gustav Ehrlicher nutzte die Gelegenheit, um einen Tag nachdem ihn die Abschrift der studentischen Beschwerde erreicht hatte – am 23. November – eine eigene Stellungnahme zu verfassen und dem Deutschen Staatsminister zu senden: Da die Wissenschaftlichen Hochschulen den Unterricht bereits seit Wochen wieder aufgenommen hätten, wäre es nicht vertretbar, die Kunstinstitute noch länger geschlossen zu halten, zumal die Studierenden bereit stünden. Sein Antrag wurde durch den Deutschen Staatsminister genehmigt.<sup>213</sup>

Als der Unterricht am 1. Dezember 1944 wieder aufgenommen worden war, erreichte als nächste Chaostmeldung den Kurator Gustav Ehrlicher das Gerücht, dass tief greifende personelle Veränderungen am Hochschulinstitut durch den Reichserziehungsminister geplant seien, worauf er sich sofort schriftlich an Miederer im Ministerium wandte, um ihn auf die Bedeutung hinzuweisen, die aus seiner Sicht das Einverständnis des Deutschen Staatsministers Frank zu allen Angelegenheiten hatte, zumal dieser in der Vergangenheit zu selten

<sup>211</sup> Vgl. AUK, Bestand Kurator, 11-22-01, gelbe Mappe, Hochschulinstitut für Musik 1941–44, darin Ordner mit der Aufschrift: 11-22-01, Stilllegung, bzw. Einschränkung des Lehrbetriebes, Kunst und Musikhochschulen, Vermerk vom 13. November 1944.

<sup>212</sup> Schreiben vom 22. November 1944 (Abschrift für den Kurator).

<sup>213</sup> Vgl. ebenda, Schreiben vom 23. November 1944, handschriftliche Notiz auf dem ersten und Notiz der Abt. I auf dem Doppelstück, die Frank das Schreiben mit dem Bemerken weitergesandt hatte „Bei der mehr wie verzögerlichen Geschäftsbehandlung des Reichserziehungsministeriums ist nicht damit zu rechnen, dass eine klare Entscheidung in absehbarer Zeit ergeht; andererseits ist nicht zu verantworten, dass die Professoren, die teilweise für andere Zwecke uk. gestellt sind, zwangsweise beurlaubt werden.“ (Unterstreichungen im Original). Vgl. auch das Schreiben des Kurators an das Hochschulinstitut vom 9. Dezember 1944, mit seiner Bitte um einen Bericht nach der Wiederaufnahme, nachdem er am 27. November 1944 die Erlaubnis zur Fortführung weitergeleitet hatte. Auch die Berliner Hochschule für Musikerziehung hatte den Unterricht unter Vorbehalt wieder aufgenommen bzw. fortgeführt, ohne eine Weisung abzuwarten. Vgl. UdKA, 2/539, Schreiben vom 30. November 1944, Tagebuchnummer 285/44.

befragt worden sei.<sup>214</sup> Miederer wiederum teilte kurz danach telefonisch in Abwesenheit des Kurators den Stand der Dinge mit: Es sei geplant, die Hochschulinstitute für Musik und bildende Kunst im Rahmen der Deutschen Karls-Universität weiterarbeiten zu lassen, als Leiter sei von der Partei-Kanzlei Professor Franz Rühlmann aus Berlin vorgesehen. Wegen der Eilbedürftigkeit wäre es nicht möglich gewesen, die Zustimmung des Deutschen Staatsministers einzuholen.<sup>215</sup> In einem Schreiben vom 14. Dezember bat Ehrlicher nach seiner Rückkehr von einer Dienstreise wiederum Miederer eindringlich darum, dem Deutschen Staatsminister Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme zu geben. Seiner Meinung nach sei es unwahrscheinlich, dass Frank „*jetzt mitten im Semester einer organisatorischen und personellen Änderung, wie Sie sie vorgeschlagen haben, zustimmen wird*“, eindeutig wollte er selbst nicht die Vermittlung übernehmen,<sup>216</sup> was vermutlich auch damit zusammenhing, dass er in Personalunion Sachbearbeiter der Behörde des Reichsprotectors und Kurator der Universität war.<sup>217</sup> Miederer rief daraufhin wieder in Prag an. Ehrlicher fertigte ein Protokoll des Gespräches an und sandte es an den Deutschen Staatsminister. Darin hieß es:

Das Hochschulinstitut bzw. die Hochschulen für Musik werden im Zuge der totalen Kriegsführung stillgelegt. Das Hochschulinstitut für Musik wird aber im Rahmen der Deutschen Karls-Universität weitergeführt; es behält wie bisher seine eigene Leitung. Für das Studium kommen in Betracht die gleichen Kategorien, die auch an den wissenschaftlichen Hochschulen studieren dürfen, und die Studierenden des künstlerischen Lehramts. Sollte darüber hinaus noch das Bedürfnis bestehen, auch Tschechen in einem gewissen Umfange zum Studium zuzulassen, so würde darüber der Deutsche Staatsminister die Entscheidung zu treffen haben.

Direktor Finke sei von der Partei-Kanzlei als Leiter abgelehnt worden. Es sei deshalb im Einvernehmen mit der Partei-Kanzlei der stellvertretende Leiter der Musikhochschule in Berlin, Professor Rühlmann, für die Leitung in Aussicht genommen.<sup>218</sup>

Außerdem wurde eine telegrafische Einholung der Stellungnahme Franks in Aussicht gestellt, „*falls der Erlass noch nicht abgegangen sei*“. In dieser Formulierung und in der Tatsache, dass dem Deutschen Staatsminister die Entscheidung über die Studiengenehmigung lediglich für die tschechischen Studierenden – die nach wie vor am Hochschulinstitut studierten<sup>219</sup> – überlassen werden sollte, lässt sich ein Kompetenzgerangel zwischen dem Deutschen Staatsminister und dem Reichserziehungsministerium ausmachen. Möglicherweise entzündete sich dieser Streit auch an der Person Finkes, der vom Reichserziehungs-

<sup>214</sup> Vgl. AUK, Bestand Kurator, 11-22-01, gelbe Mappe, Hochschulinstitut für Musik 1941–44, darin Ordner mit der Aufschrift: 11-22-01, Stilllegung, bzw. Einschränkung des Lehrbetriebes, Kunst und Musikhochschulen, Schreiben vom 7. Dezember 1944.

<sup>215</sup> Vgl. ebenda, Vermerk des Angestellten Tomsa vom 12. Dezember 1944.

<sup>216</sup> Vgl. ebenda, Schreiben vom 14. Dezember 1944.

<sup>217</sup> Vgl. BA, Bestand R 2, Nr. 12431, Vermerk vom 26. März 1943.

<sup>218</sup> Ebenda, Vermerk vom 18. Dezember 1944 und Anschreiben vom 19. Dezember 1944.

<sup>219</sup> Vgl. ebenda, Bericht Finkes vom 10. Januar 1945. Tschechische Studierende, bzw. „Protectoratsangehörige“ als Studierende des Hochschulinstituts wurden immer wieder in den Berichten, die Rühlmann oder auch Beauftragte des Protectors anfertigten, bemängelt. Finke redete sich dabei auf erfinderische Weise immer wieder heraus, versprach, die „Quote“ zu verringern, was aber tatsächlich nicht im geforderten Maße stattfand. Diese Frage oder auch die Frage der Koexistenz, eventuell Zusammenarbeit mit dem Tschechischen Staatskonservatorium könnte vielleicht einer gesonderten Studie zugrunde liegen, da sie in diesem Aufsatz nicht mit bearbeitet werden kann.

minister nach Einflussnahme der Partei-Kanzlei abgelehnt wurde. Finke hatte zu diesem Zeitpunkt gerade unter dem Deutschen Staatsminister eine Art Rehabilitation erfahren, wenn man in Betracht zieht, dass er nach dem Willen des Reichserziehungsministeriums von Anfang an auf Abruf gestanden hatte. Auf Antrag Franks war er zuerst zum ordentlichen Professor vorgeschlagen worden, später – Antragsteller war wieder der deutsche Staatsminister – sollte ihm auch das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse ohne Schwerter verliehen werden.<sup>220</sup> Dem Kompetenzstreit ist es vermutlich mit zuzuschreiben, dass in dem schließlich am 9. Januar 1945 aus Berlin abgehenden Erlass, der die Weiterführung des Studiums regelte, die Position der Leitung des neuen Musikinstituts bei der Deutschen Karls-Universität nicht besetzt war. Dort wurde auf eine gesonderte Regelung verwiesen.<sup>221</sup> Nach dem nun endlich ergangenen Erlass, der im Anhang abgedruckt ist, sollten die bekannten Gruppen weiterstudieren dürfen: Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und Studierende des künstlerischen Lehramts, die im Sommersemester 1944 bereits im vierten Fachsemester gestanden hatten und zu diesem Zeitpunkt bereits dieses Berufsziel gehabt hatten. Neuaufnahmen unterlagen noch strengeren Regelungen. Die Ausbildung sollte in Anlehnung an die musikwissenschaftlichen Institute der Universitäten stattfinden. Neben Prag waren die Universitäten in Berlin, Breslau, Graz, Greifswald, Heidelberg, Leipzig, München, Wien und Würzburg genannt. Als Ausbildungsleiter waren mit einer Ausnahme die ausgewählten Direktoren der stillgelegten Musikhochschulen festgelegt worden.<sup>222</sup> Womöglich lässt sich diese Generallösung auch auf organisatorische Veränderungen im Reichserziehungsministerium zurückführen: spätestens ab 1942 waren mit Gründung der Abteilung V III Musik die Musikhochschulen nicht mehr in Preußen und Reich gegliedert. Mit einem neuen Plan übernahm der federführende Referent der Abteilung Martin Miederer aber auch die „Mitbearbeitung“ der Angelegenheiten von Musikforschungseinrichtungen und der Musikwissenschaftler an Universitäten. Im Frühjahr 1944 kam es dann sogar zur

<sup>220</sup> Vgl. BA, Bestand R 31, Nr. 535 (Personalakte Finke), Schreiben des Deutschen Staatsministers vom 31. 7. 1944 (Abschrift, Vorschlag auf Ernennung zum Professor), mit Bezug auf das nicht erhaltene Schreiben des Reichserziehungsministers vom 29. März 1944, V3 Nr. 782 und ebenda, das Schreiben vom 19. April 1945 (Empfangsbescheinigung, nicht originale Unterschrift Finkes /gez. Finke/ als o. Professor) und ebenda, Nr. 34 (Kriegsdienstauszeichnungen), Schreiben vom 19. Dezember 1944.

<sup>221</sup> Vgl. ebenda, Erlass vom 9. Januar 1945 (mit blauer Tinte wurde das ursprüngliche Datum vom 9. Dezember 1944 überdruckt, was auch bei dem in Berlin erhaltenen Exemplar der Fall ist: UdKA, Bestand 2, Nr. 530, Erlass vom 9. Januar 1945). Ein weiterer Grund für die Auslassung ist die schwierige Position, in der sich Rühlmann offenbar im Zuge der Einschränkungen der Musikhochschulen befand. Es ist unklar, wo er sich Feinde gemacht hatte. Vom Hochschulinstitut für Musikerziehung ging eine gewisse Reserviertheit aus, da Rühlmann in Vertretung Steins das an der Berliner Universität neu errichtete Musikinstitut leitete. Da an der Hochschule für Musik Studierende der Musikerziehung nicht vorhanden waren, hatten die Verantwortlichen der Hochschule für Musikerziehung bei der faktischen Zusammenlegung womöglich erwartet, mit der Leitung betraut zu werden. Vgl. für diesen Unmut die Berichte Martens an Direktor Bieder, Martens amtierte als Stellvertreter, während Bieder sich von seinen Kriegsverletzungen erholte: UdKA, Bestand 2, Nr. 530, besonders das Schreiben vom 28. Januar 1944 und 19. Januar 1945. Außerdem hatte die Partei-Kanzlei kurz nachdem Rühlmann als Leiter des Prager Musikinstituts in Aussicht genommen war, Bedenken angemeldet, nannte ihn „wenig aufrecht“ und eine „undurchsichtige Erscheinung“. Indem sich diese Zweifel herumsprachen, folgte binnen kurzer Zeit Rühlmanns politischer Abstieg. Unklar ist, wie Miederer sich dazu verhielt. Es ist keine Reaktion nachzuweisen, lediglich die Tatsache, dass er sich in der für Rühlmann akuten Phase auf einer Dienstreise befand. Als Kandidaten waren für Prag von der Parteizentrale zuletzt Karl Blessinger aus München und Walther Müller-Giesow aus Dresden vorgeschlagen worden. Vgl. BA, Bestand R 4901, Nr. 12307, Schreiben vom 24. Januar 1945 und 2. März 1945.

<sup>222</sup> Vgl. ebenda. Die Ausnahme betraf das Musikwissenschaftliche Institut in Greifswald. Dort war Friedrich Blume als Ausbildungsleiter eingesetzt worden.

Schaffung eines eigenständigen Referates *Musikwissenschaft und Musikforschung, Theaterwissenschaft und Theaterforschung*, Referent war Martin Miederer.<sup>223</sup>

Nachdem ihm der Erlass zur Schaffung des neuen Instituts vom Deutschen Staatsminister weitergeleitet worden war, richtete der Kurator ein Schreiben an den Rektor der Deutschen Karls-Universität, um das neue Institut zu errichten. Als Leiter beließ er – ob auf Anordnung des Staatsministers, ist nicht bekannt – Fidelio F. Finke bis auf weiteres im Amt. Der Name Gustav Becking fiel nicht. Der Kurator schloss:

Das Hochschulinstitut für Musik ist für die Folge wie die anderen Universitätsinstitute zu behandeln. Berichte und Anträge laufen künftig durch den Dekan der philosophischen Fakultät und durch Ihre Hand über mich an den Herrn Minister.<sup>224</sup>

Aus dem letzten erhaltenen Bericht des neu eingerichteten Instituts für Musik, der auf dem neuen Dienstweg über den Dekan der philosophischen Fakultät – es amtierte zu diesem Zeitpunkt Hans Joachim Beyer<sup>225</sup> – und den Kurator Gustav Ehrlicher an den Reichserziehungsminister Ende Februar abging, geht hervor, dass zu diesem Zeitpunkt noch 175 Studierende das Institut besuchten. Nur 6 von ihnen gehörten der strategisch so wichtigen Schulmusikabteilung an, 12 waren kriegsbeschädigt, außerdem befand sich unter ihnen eine Kriegerwitwe. Die übrigen 156, unter ihnen vermutlich auch noch „Protektoratsangehörige“,<sup>226</sup> studierten vorbehaltlich ihrer Einberufung durch die Wehrmacht, den Reichsarbeitsdienst oder das Arbeitsamt weiter. Es ist unklar, wie lange der Unterricht weitergeführt wurde, die letzte Gehaltsbescheinigung eines Teils der Lehrenden der Akademie trägt übereinstimmend das Datum 18. April 1945.<sup>227</sup>

Die zuvor in Bezug auf die Schul- und Kirchenmusikausbildung nur in Breslau und Königsberg praktizierte, wirkliche Eingliederung von Musikhochschulen in universitäre Zusammenhänge war hiermit in der Endphase des Krieges im Zuge einer allgemeinen Reduzierung für wenige Monate in Prag und allen noch verbliebenen deutschen Musikhochschulen angeordnet worden, wobei die Studierenden der künstlerischen Lehramtsstudiengänge zu den neuen Instituten leichteren Zugang haben sollten. Es wurde so kurzzeitig zumindest auf dem Papier ein Zustand hergestellt, der wieder zu den Ursprüngen musikalischer Institute an Universitäten zurückführte. Dem entsprach allerdings der tatsächliche

<sup>223</sup> Vgl. BA, Bestand R 4901, Nr. 12768 (Korrespondenz Des Staatssekretärs Zschintsch, Bd. 3 Schreiben und Vorlagen an Reichsminister Rust, 1936–1945), Bl. 175, Schreiben vom 12. Januar 1942 (Nachfrage Zschintzschs zum Geschäftsverteilungsplan, Einspruch Amt Wissenschaft); Nr. 12601 (Zentralamt), Schreiben vom 14. Januar 1937 (Geschäftsverteilungsplan des Amtes V), Schreiben vom 19. Januar 1942 mit Bezug auf den Erlass vom 7. Januar 1942, ZII 24/42 (Geschäftsverteilungsplan der Abt. V III Musik); 12602 (Geschäftsverteilungspläne), Nr. 13257 (darin nochmals der Geschäftsverteilungsplan vom 25. Februar 1942). Vgl. auch Nr. 12783 (Geschäftsverteilung, Handakten des Amtrates Thiel, 1941–1945), darin das Schreiben vom 20. April 1944 mit Bezug auf den Erlass vom 1. März 1944, Z II Nr. 374 WV, zur Inkraftsetzung des Planes für das selbstständige Referat W6f, Musikwissenschaft und Musikforschung Theaterwissenschaft und Theaterforschung, Referent: Ministerialrat Miederer.

<sup>224</sup> Vgl. ebenda, Schreiben vom 23. Januar 1945.

<sup>225</sup> Vgl. MÍŠKOVÁ, *Universität*, S. 216–218.

<sup>226</sup> Der oben genannte Bericht Finkes, vom 10. Januar 1945, der in mehrere Gruppen unterscheidet, zählt insgesamt 178 Hörer, darunter je nach Auslegung mindestens 52 „Protektoratsangehörige“.

<sup>227</sup> Vgl. die Personalakten im BA, Bestand R 31 (Kurator der deutschen wissenschaftlichen Hochschulen in Prag und der geschlossenen tschechischen Hochschulen), z.B. Nr. 658 (Hilde Schauer), 571 (Eugen Kalix), 594 (Joseph Langer), 568 (Willibald Jirtschak), 579 (Johann Koch), 37 (Hermann Nordberg), 38 (Anton Novakowski).

Anteil der Studierenden des künstlerischen Lehramts an der Gruppe der verbliebenen Studierenden des neuen Musikinstituts nicht.

## Fazit

Abschließend kann man die eingangs aufgeworfene Frage, wie sich die Angliederung der Akademie für Musik und darstellende Kunst gestaltete, so beantworten:

Bereits einer sehr frühen Phase, nach dem Münchner Abkommen, war begonnen worden über einen neuen Standort oder eine neue Form der *Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag* nachzudenken. Zwei Varianten wurden zunächst favorisiert: die Verlegung der Akademie als selbstständige Institution in den Sudetengau oder ihre Angliederung an die Karls-Universität an ihrem zukünftigen Standort. Die zweite Variante wurde besonders stark vom Ordinarius für Musikwissenschaft der Deutschen Karls-Universität, Gustav Becking gewünscht, der vermutlich auch mit Blick auf die Beispiele in Breslau und Königsberg die in seinem Institut bestehende Ausbildung von Studierenden des künstlerischen Lehramts ausbauen und erweitern wollte. Um dieses Ziel zu erreichen, suchte er die Deutsche Gesandtschaft in Prag zu beeinflussen, wobei er nicht vor Denunziationen zurückschreckte. Sein Einfluss wurde allerdings sehr wahrscheinlich gebrochen durch die Abwicklung der Gesandtschaft. Seine Denunziationen brachten ihm außerdem ein angespanntes Verhältnis zum Leiter der Musikakademie, Fidelio F. Finke ein. Ende 1940 lässt sich die Konstruktion einer zusammenhängenden Hochschullandschaft nachweisen, die vermutlich auch Überbleibsel einer größeren Vision einer „universalen“ Hochschule war. Die Musikakademie oder das Hochschulinstitut war auf unklare Weise in dieses Konstrukt eingebunden, unterstand bei einer relativen Selbstständigkeit der Aufsicht des Kurators und war Teil des Haushalts der Universität. Grund für diese merkwürdige Konstellation war nach der „Vorbereitung“ durch Gustav Becking hauptsächlich die Konkurrenz zweier Ministerien, des Reichserziehungsministeriums und des Reichspropagandaministeriums. Ersteres strebte nach einer ersten Phase der Orientierungslosigkeit eine selbstständige Musikhochschule in Prag an, die als „kultureller Vorposten“ und Mittelpunkt des deutschen Musiklebens in der Region dienen sollte. Durch die erwähnte Konkurrenz entschied letztlich der Pragmatismus der Mitarbeiter des Reichsfinanzministeriums die Einfügung des Hochschulinstituts in den Haushalt der Karls-Universität. Strategische Bedeutung kam bei dem Konkurrenzkampf der Schulmusik zu, da sie in dem niemals zu Ende geführten Streit zwischen den Ministerien der Anker war, an dem das Reichserziehungsministerium seinen Gesamtanspruch auf die Steuerung der deutschen Musikausbildung aufhängte. Nach dem die Schulmusikausbildung am Hochschulinstitut etabliert war, kam es vermutlich durch die wissenschaftlichen Beifächer der Studierenden zu einer Annäherung an die Karls-Universität. Eine wichtige Rolle spielte auch die Nationalsozialistische Studentenschaft. Die Kluft zwischen Fidelio F. Finke und Gustav Becking verschärfte sich jedoch, vermutlich auch deswegen, weil Becking auf die Schulmusik verzichten musste. Beckings anfänglich großer Einfluss verringerte sich mehr und mehr. Auch seine Mitgliedschaft im Kuratorium des erst 1942 aufgelösten Vereins Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst, dessen Vermögen schließlich nicht in den Haushalt der Deutschen Karls-Universität überging, konnte er nicht für seine Zwecke nutzen. Selbst als die tatsächliche Angliederung des

Hochschulinstut an die Universität erfolgte, es dem Dekan der philosophischen Fakultät und dem Rektor der Universität unterstellt wurde, trat er nicht in Erscheinung. Die besondere Form der Angliederung des Hochschulinstut, welches sich letztlich mit einer Person vergleichen lässt, die zwischen zwei Stühlen sitzt, erklärt sich aus der Kriegssituation und dem das Institut umgebende Chaos. In seiner Ausrichtung als Hochschulinstut für die Ausbildung von Musikerziehern und Musikern in universitären Zusammenhängen stellte es ein Novum dar.

FRANZISKA STOFF

## Mezi stolicemi

### **K procesu připojení Německé akademie hudby a dramatického umění v Praze k Německé Karlově univerzitě 1938–1945**

#### SHRNUTÍ

Práce se věnuje historii jedné z německých vysokých škol působících v českých zemích. Stručně shrnuje předválečné dějiny pražské Německé akademie hudby a dramatického umění a posléze se soustřeďuje na vývoj v letech 1938–1945.

V rané fázi, hned po uzavření Mnichovské dohody, se začalo uvažovat buď o novém působišti, nejspíš v Sudelech (Liberec), nebo o nové formě činnosti Německé akademie hudby a dramatického umění, o jejím přičlenění k Německé Karlově univerzitě. Druhou variantu podporoval především profesor hudební vědy Gustav Becking s poukazem na situaci ve Vratislavi a v Královci. Snažil se proto ovlivnit názory německého vyslanectví, k čemuž užíval i cestu denunziací svých kolegů z Akademie. Jeho vliv byl zřejmě zlomen vývojem poměrů na vyslanectví. Denunciace způsobily napětí mezi ním a vedoucím hudební akademie Fideliem F. Finkem.

Koncem roku 1940 vznikla představa „univerzální vysoké školy“, do níž by byla včleněna i hudební akademie. Při relativní samostatnosti měla podléhat dohledu kurátora a být součástí hospodaření univerzity. Tento konstrukt byl způsoben konkurencí dvou říšských ministerstev – výchovy a propagandy. Ministerstvo financí nakonec pragmaticky rozhodlo o spojení akademie s univerzitou. Důležitou roli sehrálo také nacionálně-socialistické studentstvo. Střet Finkého s Beckingem se vyostřil, Becking ovšem postupně ztrácel vliv. Nemohl využít ani svého členství v kuratoriu Spolku Německé akademie hudby a dramatického umění, jehož jmění nakonec nepřešlo na Německou univerzitu. Zvláštní způsob přičlenění hudební akademie k univerzitě lze vysvětlit válečnou chaotickou situací. Každopádně zřízení vysokoškolského institutu pro vzdělávání učitelů hudby a hudebníků spojeného s univerzitou představovalo dosud neobvyklou novinku.

Studie je doplněna přílohami, které obsahují personální seznamy (učitelské síly apod.) a rozsáhlý podrobný seznam pramenů.

## ANHANG 1

Tabelle, Universitätsmitglieder als Kuratoriumsmitglieder der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst und als Angehörige des Lehrkörpers

Quelle: Jahresberichte der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst.

<b>Jahr</b>	<b>Universitätsangehörige im Kuratorium des Vereins</b>	<b>Universitätsangehörige im Lehrkörper der Akademie</b>
Prag 1921*	<p><u>Stellvertreter des Präsidenten:</u> Univ. Prof. Dr. August Sauer</p> <p><u>Beisitzer:</u> Senator, Univ. Prof. Robert Mayr-Harting Univ. Prof. Dr. Egmont Münzer (ärztlicher Beirat) Univ. Prof. Dr. Heinrich Rietsch, Lehrkanzel für Musikwissenschaft</p>	<p>Univ. Doz. Prof. Dr. R. Imhofer, Anatomie und Hygiene der menschlichen Stimme Univ. Assistent Dr. Joseph Opitz, Kunst und Kulturgeschichte Univ. Bibliothekar: Erich Steinhard, Musikgeschichte Univ. Prof. Dr. St. Winternitz, Geschichte der Religionen</p>
Prag 1922	<p><u>Präsident:</u> Senator, Univ. Prof. Robert Mayr-Harting, Rektor der deutschen Universität</p> <p><u>Stellvertreter:</u> Univ. Prof. Dr. Heinrich Rietsch</p> <p><u>Beisitzer:</u> Univ. Prof. Dr. Egmont Münzer (ärztlicher Beirat) Univ. Prof. Dr. August Sauer</p>	<p>Univ. Doz. Prof. Dr. R. Imhofer, Anatomie und Hygiene der menschlichen Stimme, Akustik Univ. Assistent Dr. Joseph Opitz, Kunst und Kulturgeschichte Univ. Bibliothekar: Erich Steinhard, Musikgeschichte</p>
Prag 1923	<p><u>Präsident:</u> Senator, Prof. Robert Mayr-Harting</p> <p><u>Stellvertreter:</u> Univ. Prof. Dr. Heinrich Rietsch</p> <p><u>Beisitzer:</u> Univ. Prof. Dr. Anton Elschmig Abgeordneter Univ. Prof. Dr. Bruno Kafka Univ. Prof. Dr. Egmont Münzer (ärztlicher Beirat) Univ. Prof. Dr. August Sauer</p>	<p>Univ. Doz. Prof. Dr. R. Imhofer, Anatomie und Hygiene der menschlichen Stimme, Akustik Univ. Assistent Dr. Joseph Opitz, Kunst und Kulturgeschichte Univ. Bibliothekar: Erich Steinhard, Musikgeschichte</p>
Prag 1924	<p><u>Präsident:</u> Senator, Prof. Robert Mayr-Harting</p> <p><u>Stellvertreter:</u> Univ. Prof. Dr. Heinrich Rietsch</p> <p><u>Beisitzer:</u> Univ. Prof. Dr. Anton Elschmig Abgeordneter Univ. Prof. Dr. Bruno Kafka Univ. Prof. Dr. Egmont Münzer (ärztlicher Beirat) Univ. Prof. Dr. August Sauer</p>	<p>Univ. Doz. Prof. Dr. R. Imhofer, Anatomie und Hygiene der menschlichen Stimme, Akustik Univ. Assistent Dr. Joseph Opitz, Kunst und Kulturgeschichte Univ. Bibliothekar: Erich Steinhard, Musikgeschichte</p>

\* (Vereinsjahr 1920, Studienjahr 1920/21)

<b>Jahr</b>	<b>Universitätsangehörige im Kuratorium des Vereins</b>	<b>Universitätsangehörige im Lehrkörper der Akademie</b>
Prag 1925	<u>Präsident:</u> Univ. Prof. Dr. August Sauer <u>Beisitzer:</u> Abgeordneter Univ. Prof. Dr. Bruno Kafka Univ. Prof. Dr. Heinrich Rietsch	Univ. Doz. Prof. Dr. R. Imhofer, Anatomie und Hygiene der menschlichen Stimme, Akustik Univ. Assistent Dr. Joseph Opitz, Kunst und Kulturgeschichte Univ. Bibliothekar: Erich Steinhard, Musikgeschichte Karl Birk, Einführung in die Regielehre
Prag 1926	<u>Präsident:</u> Univ. Prof. Dr. August Sauer <u>Beisitzer:</u> Abgeordneter Univ. Prof. Dr. Bruno Kafka Univ. Prof. Dr. Heinrich Rietsch	Univ. Doz. Prof. Dr. R. Imhofer, Anatomie und Hygiene der menschlichen Stimme, Akustik Univ. Assistent Dr. Joseph Opitz, Kunst und Kulturgeschichte Univ. Bibliothekar: Erich Steinhard, Musikgeschichte Karl Birk, Einführung in die Regielehre
Prag 1927	<u>Stellvertreter des Präsidenten:</u> Univ. Prof. Dr. Heinrich Rietsch <u>Beisitzer:</u> Abgeordneter Univ. Prof. Dr. Bruno Kafka (Prof. Rudolf Löhr [nicht verifiziert ob Prof. der Univ.] Univ. Prof. Dr. R. Zeynek	Univ. Doz. Prof. Dr. R. Imhofer, Anatomie und Hygiene der menschlichen Stimme, Akustik Univ. Assistent Dr. Joseph Opitz, Kunst und Kulturgeschichte (Steinhard nicht mehr als Univ. Bibliothekar aufgeführt, „Dr. Erich Steinhard“) Karl Birk, Schauspiel, Regielehre, Theatergeschichte
Prag 1928	Tod Rietschs, Nov. 1927: („Rietsch war als zweiter Vorsitzender des Kuratoriums der Akademie ein überaus verdienstvoller Förderer unseres Institutes, mit dessen Geschichte sein Name untrennbar verbunden ist“ /S. 3–4) <u>Beisitzer:</u> Abgeordneter Univ. Prof. Dr. Bruno Kafka Univ. Prof. Dr. R. Zeynek	Univ. Doz. Prof. Dr. R. Imhofer, Anatomie und Hygiene der menschlichen Stimme, Akustik Univ. Assistent Dr. Joseph Opitz, Kunst und Kulturgeschichte Karl Birk, Schauspiel, Sprechkunst, Regielehre, Theatergeschichte
Prag 1929	<u>Beisitzer:</u> Abgeordneter Univ. Prof. Dr. Bruno Kafka Univ. Prof. Dr. R. Zeynek	Univ. Doz. Prof. Dr. R. Imhofer, Anatomie und Hygiene der menschlichen Stimme, Akustik Univ. Assistent Dr. Joseph Opitz, Kunst und Kulturgeschichte Karl Birk, Schauspiel, Sprechkunst, Regielehre, Theatergeschichte
Prag 1930	<u>Stellvertreter des Präsidenten:</u> Prof. Dr. Gustav Becking <u>Beisitzer:</u> Abgeordneter Univ. Prof. Dr. Bruno Kafka Univ. Prof. Dr. R. Zeynek	Univ. Prof. Dr. R. Imhofer, Anatomie und Hygiene der menschlichen Stimme, Akustik und Instrumentenkunde Univ. Assistent Dr. Joseph Opitz, Kunst und Kulturgeschichte Theodor Veidl, Elementar- und Harmonielehre, Generalbassspiel Karl Birk, Schauspiel, Sprechkunst, Regielehre, Theatergeschichte

<b>Jahr</b>	<b>Universitätsangehörige im Kuratorium des Vereins</b>	<b>Universitätsangehörige im Lehrkörper der Akademie</b>
Prag 1933	<u>1931–1932</u> <u>Stellvertreter des Präsidenten:</u> Prof. Dr. Gustav Becking <u>Beisitzer:</u> Univ. Prof. Dr. R. Zeynek	<u>1931/32</u> Univ. Prof. Dr. R. Imhofer, Anatomie und Hygiene der menschlichen Stimme, Akustik und Instrumentenkunde (Joseph Opitz ist nur noch als „Oberkom.“ aufgeführt) Karl Birk, Schauspiel, Sprechkunst, Regielehre, Theatergeschichte Theodor Veidl, Elementar- und Harmonielehre, Generalbaßspiel, Aesthetik <u>1932/33</u> Theodor Veidl, Musiktheorie, Formenlehre, Generalbaßspiel, Akustik Karl Birk, Schauspiel, Sprechkunst, Regielehre, Theatergeschichte
Prag 1935	<u>1933–1934</u> <u>Stellvertreter des Präsidenten:</u> Univ. Prof. Dr. Gustav Becking <u>Beisitzer:</u> Univ. Prof. Dr. Richard Zeynek	<u>1933/34</u> Theodor Veidl, Musiktheorie, Formenlehre, Generalbaßspiel, Akustik Karl Birk, Schauspiel, Sprechkunst, Regielehre, Theatergeschichte <u>1934/35</u> Theodor Veidl, Musiktheorie, Formenlehre, Generalbaßspiel, Akustik Karl Birk, Schauspiel, Sprechkunst, Regielehre, Theatergeschichte

## ANHANG 2

Tabelle, als „nichtarisch“ bezeichnete Lehrende und Vereinsmitglieder

Quellen: NA, MŠANO, Karton 3421, 33 Praha Akad. Něm. A-B und B1-H, darin: 33 Praha Akad. Něm. b1-h, darin: b (2), darin: Nr. 25449 1939, Schreiben vom 14. Februar 1939. PA-GesP, Karton 24, Paket 28, Schreiben vom 31. November 1931, 30. Januar 1938, 1. Februar 1939, 28. Februar 1939.

Lehrende	Albin Goldschmied (Pädagogik)
	Julie Pollak (Klavier am Musikpädagogischen Seminar)
	Erich Steinhard (Musikgeschichte)
	Irma Tuschkau (Klavier)
	Konrad Wallerstein (Gesang)
Sekretärin	Henriette Schläger
Vereinsmitglieder	Franz Wien-Claudi (Vorsitzener)
	Franz Bacher (3. Stellvertreter)
	Ludwig Neumann (Schatzmeister)
	Leo Schleißner (Geschäftsleiter)
	Josef Portheim (Beisitzer)
	Hans Petschek (Beisitzer)
	Paul Eger (Beisitzer)
	Ludwig Czech

## ANHANG 3

### „Die Lehrkräfte der Deutschen Akademie für Musik in Prag“

In: PA-GesP, Karton 24, Paket 28, ohne Datum, Anlage am Bericht der Gesandtschaft in Prag für das Auswärtige Amt vom 17. Februar 1939, auf demselben Papier und mit derselben Schreibmaschine, die Becking zuvor (vgl. ebenda, Schr. vom 5. Dezember 1938) benutzt hatte, außerdem in der von ihm benutzten Tintenfarbe, vermutlich auch seiner Schrift die Worte: *„alle Lehrkräfte sind arisch“*.

Die Lehrkräfte der Deutschen Akademie für Musik in Prag

Die Begutachtung erfolgt nach

1. Nationalpolitischer Einstellung
2. Sozialer Einstellung, vor allem zu den Schülern, erzieherischen Erfolgen
3. Fachlicher Leistung

Zusammenfassung am Schluss

*alle Lehrkräfte sind arisch* [handschriftlich eingefügt]

Finke, Fidelio F. Rektor der Anstalt, Meisterlehrer für Komposition.

1. Nationalpolitische Haltung bis zum Frühjahr 1938 schwankend. Noch über diesen Zeitpunkt hinaus mit Juden eng befreundet /auf Dufuss/. In seiner Haltung wohl vom wirtschaftlichen Vorteil bestimmt. Nach schweren Zeitungsauseinandersetzungen vom Kulturamt der SdP im Zuge der allgemeinen Versöhnung anerkannt. Keine Verdienste im nationalen Kampf der Sudetendeutschen.
2. Hat nie ein richtiges Verhältnis zu seinen Schülern gefunden und wird wegen seiner unsozialen Haltung von den Schülern durchweg abgelehnt. Hat es immer verstanden, durch Ausnutzung seiner Stellung als Rektor und Vorsitzender der Prüfungskommission sich wirtschaftlich zu sichern und von der Notlage der Anstalt und ihrer Lehrer fernzuhalten.
3. Angesehener Komponist von hohem Können, doch zählt ein Grossteil seiner Werke zur „entarteten Kunst“.  
Zusammenfassung: Für Prag kaum mehr tragbar, vor allem nicht als Rektor. Versetzung ins Reich erscheint mir möglich.

**Dr. Veidl, Theodor.** Professor für Musiktheorie.

1. War aus Rücksicht auf seine schlechte wirtschaftliche Lage Freimaurer, jedoch nicht aus Gesinnung und in keiner Weise dort tätig. Hat den einwandfreien Beweis dafür geführt und wurde von der SdP gefördert. Seine Opern werden in Deutschland aufgeführt.
2. Gut beschlagener, solider, aber unlebendiger Lehrer. Ohne viel persönlichen Einfluss auf die Schüler.
3. Opernkomponist von hohem Rang.

Zusammenfassung: Für Prag tragbar. Es wäre aber erwünscht, wenn Veidls bedeutendes Können eine Wirkungsstätte im Reich fände und Prag dafür eine jüngere, lebendigere Kraft erhielte.

**Dr. Riess, Karl.** Lehrer für Musikgeschichte.

1. Musikalischer Berater der SdP. Musikbeauftragter des deutschen Arbeitsamtes/Kundt/. Musikalischer Beauftragter des NS Studentenbundes/Studentenchor/.
2. Von den Studenten verehrt, geschickter Lehrer.
3. Vorzüglich bewährte, erste wissenschaftliche Kraft.  
Zusammenfassung: Muss mit erweitertem Lehrauftrag unbedingt an der Anstalt bleiben.

**Vogt, Prof.** Lehrer für Pädagogik usw.

1. Nationalsozialist seit jeher.
2. Ausgezeichneter Erzieher, von Schülern hoch verehrt.
3. Hervorragender Kenner der pädagogischen Literatur.  
Zusammenfassung: Muss unbedingt an der Anstalt bleiben.

**Franz, Prof.** Lehrer für Chorgesang

1. Österreichischer Offizier, jedoch Marxist. Bis in die jüngste Zeit Berater der von Kestenberg unterstützten marxistischen Arbeitergesangsvereine. Trotz Aufnahme in die SdP im Zuge der „Versöhnungsaktion“ /politisch nicht zuverlässig/.
2. Ungenügende Lehrkraft, über die sich Schüler lustig machen. Angestellt nur infolge persönlicher Beziehungen.
3. Ohne fachliche Eignung.  
Zusammenfassung: Als Musikpädagoge weder in Prag, noch im Reich tragbar.

**Langer, Franz.** Meisterlehrer für Klavier.

1. Bis Frühjahr 1938 Logenmitglied, doch nicht aus Überzeugung, sondern gezwungen durch wirtschaftlich sehr schlechte Lage. Stets aufrechter, deutscher Gesinnung, wurde von der SdP gefördert. Konzertierte in Deutschland.
2. Ausgezeichneter Lehrer, der es mit seiner Pflicht ernst nimmt und von seinen Schülern hoch verehrt wird. Ausgezeichnete Erfolge.
3. Pianist von internationalem Ruf.  
Zusammenfassung: sollte unbedingt in Prag gehalten werden.

**Langer, Josef.** Professor für Klavier.

1. Christlich-sozial. Logenmitglied. Deutsche Gesinnung ist nicht anzuzweifeln. Doch wurde L. vom Kulturrat der SdP künstlerisch abgelehnt.
2. Lehrer mit den besten Absichten aber ohne pädagogisches Geschick. Die Schüler stehen gleichgültig [sic] zu ihm.
3. Als ausübender Organist, Pianist, Cembalist wenig verlässlich und sehr unterschiedlich in seinen Leistungen.  
Zusammenfassung: Für Prag wegen seiner schwachen Leistungen unerwünscht. In Deutschland bestimmt an geeigneter Stelle gut zu verwenden.

**Kalix, Eugen.** Professor für Klavier.

1. Ungarischer Abstammung. Wird auf der Prager Ungarischen Gesandtschaft als Nationalungar geführt. Mit reicher Halbjüdin verheiratet /Wien-Claudi/. Wahrscheinlich auch Logenmitglied. Verdienste für fas Deutschtum sind mir nicht bekannt.

2. Leichtherziger Lehrer, der noch keinen guten Schüler herausgestellt hat. Studenten stehen gleichgiltig [sic] zu ihm.
3. Guter Techniker, ohne tiefere Auffassung. Ohne ernsten künstlerischen Ehrgeiz.  
Zusammenfassung: Für Prag keine positive Kraft, daher unerwünscht. Ob für Deutschland tragbar, kann ich nicht entscheiden.

**Schauer, Hilde.** Professor für Klavier

1. Politisch nicht hervorgetreten. Einwandfreie deutsche Gesinnung. Parteimitglied.
2. Erfolgreiche Lehrerin voll Verantwortungsbewusstsein, von Schülern anerkannt.
3. Als Lehrerin der Unterstufe ausgezeichnet qualifiziert.  
Zusammenfassung: Sollte in Prag gehalten werden, jedoch nur Unterstufe.

**Schweyda, Willy.** Meisterlehrer für Violine.

1. Theoretisch: Guter Deutscher. Praktisch: Schwach und bequem und unverlässlich. Als Mitglied des gemischtsprachlichen Prager Quartetts ganz unter dem Einfluss des chauvinistischen Tschechen Černý, der auch für alle Mitglieder des Quartetts den Protest an die Welt gegen die „Vergewaltigung“ der Tschechen durch das Reich unterschrieb, ohne das Schweyda protestiert oder die Folgerungen gezogen hätte. Schweydas Lässigkeit ging so weit, dass er es zuliess, dass sein Name bei Konzerten vor tschechischem Publikum in tschechischer Schreibweise erschien, um als Deutscher nicht anzustossen. Freimaurer. Hat den Weg zur SdP ernstlich nicht gesucht und war nicht Mitglied.
2. Als Lehrer zwar von gutem Können, aber durch menschliche Eigenart – Kleinlichkeit, Misstrauen, Pessimismus – für viele Schüler abstoßend und unfruchtbar. Ausgesprochener Mangel an Einstellung, von den Schülern durchweg heftig angegriffen. Doch gibt es (wo ein Schüler sich nicht beirren lässt) auch sehr gute Lehrerfolge bei Ihm.
3. Vorzüglicher Geiger, der nur unter Richtungslosigkeit und mangelnder Energie leidet.  
Zusammenfassung: Ist für eine Wirksamkeit an der Prager deutschen Akademie viel zu schwer belastet. Ob im Reich tragbar, vermag ich nicht zu entscheiden.

**Koch, Johann.** Professor für Violine.

1. Politisch nicht hervorgetreten, jedoch national unbedingt verlässlich. Parteimitglied. Vom Kulturredirektor der SdP hoch anerkannt.
2. Erfolgreicher Lehrer für mittlere Stufe, von den Schülern hoch verehrt. Uebt infolge seiner südslawischen und bulgarischen Sprachkenntnisse grosse Anziehungskraft auf Schüler vom Balkan aus.
3. Fachlich einwandfrei geeignet für seine Aufgabe.  
Zusammenfassung: Für die Anstalt in Prag fast unentbehrlich.

**Kalliwoda, Karl.** Lehrer für Violine, Bratsche, Kammermusik.

1. Politisch nach keiner Seite hin hervorgetreten. Durchaus deutsche Gesinnung und entsprechendes Verhalten.
2. Solider Lehrer, jedoch wenig anregend. Kein Mangel an sozialer Gesinnung, doch kleinlicher, als der Student es durchweg verträgt.
3. Guter Geiger, aber unlebendig bis zur Langeweile. Es fehlt ihm der Anschluss an eine Kraft, die ihn vorwärts treibt.

Zusammenfassung: Für Prag verwendbar, doch nicht für erste Aufgaben. Versetzung ins Reich wäre für K. gewiss eine bedeutende Förderung.

**Neumann, Erich.** Lehrer für Cello.

1. Nationalsozialist. Mit Leipzigerin verheiratet.
2. Als Lehrer mit besten Absichten und ernstem Verantwortungsbewusstsein, jedoch als sehr junger Mensch noch mit mangelnder Erfahrung.
3. Guter Spieler, der allerdings noch arbeiten muss. Spielt viel in Deutschland.

Zusammenfassung: In Prag in seiner Aufgabe verwendbar.

**Brömse-Schünemann, Else.** Professorin für Gesang.

1. Reichsdeutscher Abstammung, als alte Dame ohne politische Entschiedenheit, doch einwandfreier deutscher Gesinnung und entsprechenden Verhaltens.
2. Für ihre Schüler oftmals überbesorgt. Manch schöne Erfolge, doch fachlich eng begrenzt.
3. Früher bedeutende, geistig hochstehende Sängerin.

Zusammenfassung: Geht in Pension.

**Jirtschak, Willibald.** Professor für Klarinette.

1. Hat als Orchestermusiker durch aufrechte nationale Haltung zum Ansehen des deutschen Musikers beigetragen.
2. Erfolgreicher Lehrer, der vorzüglich für seine Schüler sorgt.
3. Künstler von internationalem Ruf.

Zusammenfassung: Sollte der Anstalt erhalten bleiben.

**Birk, Karl.** Professor für Schauspielkunst.

1. National verlässlich, Parteimitglied. Enge Beziehungen zum Reich und zur Theaterkammer. Vom Deutschen Arbeitsamt (Kundt) in Aussicht genommen für besondere Aufgaben.
2. Erfolgreicher, geschickter Lehrer, dem die Schüler dankbar sind.
3. Für sein Fach vorzüglich qualifiziert.

Zusammenfassung: Sollte der Anstalt erhalten bleiben.

Alle anderen Lehrstellen sind gegenwärtig unbesetzt oder durch Neben- oder Aushilfslehrer besetzt, deren Qualifikation nicht dringlich erscheint.

## Uebersicht

I. An der Anstalt sind zu halten:

Dr. Riess (Musikgeschichte), müsste Chorgesang hinzunehmen)

Prof. Vogt (Pädagogik, müsste nahestehende Fächer hinzunehmen)

Franz Langer (Klavier I)

Hilde Schauer (Klavier II oder III)

Johann Koch (Violine II)

Dr. Kalliwoda (Viola, Kammermusik)

E. Neumann (Cello)  
W. Jirschak (Klarinette)  
K. Birk (Schauspiel)

II. Von Prag sind zu versetzen:

F. F. Finke (Komposition), Dr. Th. Veidl (Theorie), Josef Langer (Klavier), Eugen Kalix (Klavier), Willy Schweyda? (Violine)

III. Von diesen könnte Veidl in Prag übernommen werden, falls Umstände dafür sprechen.

IV. Neu zu besetzen wären an der Anstalt:

Komposition, Violine I, Klavier II (wenn im Ganzen 3 nötig), Orgel, Gesang Oper, Gesang Lied, eventuell Theorie.

Aus dem Altreich und der Ostmark müssten kommen: Komposition und Violine I.

## ANHANG 4

Erlass des Reichserziehungsministers zur tatsächlichen Angliederung im Januar 1945

Der Reichsminister für Wissenschaft,  
Erziehung und Volksbildung

### **V3 Nr. 3185/44, RV, WJ (a).**

Berlin, den 9. Dezember 1944<sup>1</sup> = 9. JAN. 1945<sup>2</sup>

### **Totaler Kriegseinsatz; hier: Weitere Ausbildung der kriegsbeschädigten Musikstudierenden und der Musikerzieher.**

Die mit meinem Telegramm vom 1. November 1944 – Va 732/44 – angekündigte Überprüfung meines Erlasses vom 20. Oktober 1944 – RV 550/44 – ist inzwischen abgeschlossen. Sie hat zu dem Ergebnis geführt, daß die Zahl der Ausbildungsstätten vergrößert worden ist, um insbesondere im Interesse der Kriegsbeschädigten einen Wechsel des Ausbildungsortes soweit als möglich zu vermeiden.

Ich ordne nunmehr folgendes an:

#### I.

Die mit meinem Erlass vom 20. Oktober 1944 – RV 550/44 – angeordnete Stilllegung der Musikhochschulen ist nunmehr, soweit dies noch nicht geschehen ist, beschleunigt durchzuführen.

Die Ausbildung der auch weiterhin zum Studium berechtigten findet im Anschluss an die im folgenden [sic] genannten wissenschaftlichen Hochschulen statt.

#### II.

1. Zur Weiterführung ihres Musikstudiums sind berechtigt:

- a) sämtliche kriegsbeschädigten Studierenden
- b) die Kriegerwitwen, die nicht meldepflichtig für den Arbeitseinsatz sind,
- c) die männlichen und weiblichen Studierenden des künstlerischen Lehramts an Höheren Schulen – Fachrichtung Musikerziehung –, die im Sommersemester 1944 im vierten oder einem höheren Fachsemester standen und damals bereits nachweislich das Berufsziel Lehramt hatten.

2. Zur Neuaufnahme des Musikstudiums sind berechtigt

- a) die Kriegsbeschädigten, die von der Wehrmacht zum Studium beurlaubt werden oder als Lazarettinsassen Studienurlaub erhalten,
- b) die aus der Wehrmacht entlassenen Versehrten, die nach der Entscheidung des Arbeitsamtes nicht arbeitseinsatzfähig sind,
- c) die Kriegerwitwen, die nicht meldepflichtig für den Arbeitseinsatz sind.

<sup>1</sup> Gedruckt.

<sup>2</sup> Mit Stempel nachträglich hinzugefügt.

Für die Zulassung von Ausländern ergehen besondere Vorschriften.

Den sogenannten Examenssemestern eine weitere Gelegenheit zum Abschluss ihres Studiums zu geben, hat sich nicht ermöglichen lassen; sie sind daher für den Kriegseinsatz bereitzustellen.

### III.

1. Für die Dauer der Stilllegung der Musikhochschulen findet die weitere Ausbildung im Rahmen der Philosophischen Fakultät und in Anlehnung an das Musikwissenschaftliche Institut bei den Universitäten Berlin, Breslau, Graz, Greifswald, Heidelberg, Leipzig, München, Prag, Wien und Würzburg statt.
2. Mit der Leitung der Ausbildung werden beauftragt:
  - a) an der Universität Berlin:  
Der Direktor der stillgelegten Staatlichen Hochschule für Musik, Prof. Dr. Fritz Stein,
  - b) an der Universität Breslau:  
der Direktor des musikwissenschaftlichen Seminars und des Hochschulinstituts für Musikerziehung bei der Albertus-Universität in Königsberg i. Pr., Prof. Dr. Hans Engel,
  - c) an der Universität Graz:  
Der Direktor der stillgelegten Staatlichen Hochschule für Musikerziehung Graz, Prof. Dr. Felix Oberborbeck,
  - d) an der Universität Greifswald:  
Der Direktor des Musikwissenschaftlichen Seminars bei der Christian-Albrecht-Universität Kiel, Prof. Dr. Friedrich Blume,
  - e) an der Universität Heidelberg:  
der stellvertretende Direktor der stillgelegten staatlichen Hochschule für Musik Frankfurt a.M., Prof. Ernst Lothar von Knorr,
  - f) an der Universität Leipzig:  
der Direktor der stillgelegten Staatlichen Hochschule für Musik Leipzig, Prof. Johann Nepomuk David,
  - g) an der Universität München:  
der Präsident der stillgelegten Staatlichen Hochschule für Musik – Akademie der Tonkunst – München, Prof. Richard Trunk,
  - h) an der Universität Prag:  
hierüber ergeht besonderer Erlaß,
  - i) an der Universität Wien:  
der Direktor der stillgelegten Reichshochschule für Musik Wien, Prof. Franz Schütz,
  - k) an der Universität Würzburg:  
der Direktor des Staatskonservatoriums der Musik Würzburg, Geheimrat Dr. Hermann Zilcher.

Die eingesetzten Direktoren und Professoren leiten im Rahmen des ihnen erteilten Auftrages die Ausbildung der Studierenden selbstständig; sie tragen auch die Verantwortung für die Ausbildung. Berichte und Anträge sind mir auf dem Dienstwege über den Rektor der jeweiligen Universität vorzulegen.

Die zur Durchführung eines ordnungsgemäßen Studiums erforderlichen Lehrkräfte werden in erster Linie aus den nichtkriegsverwendungsfähigen Lehrern der stillgelegten Musikhochschulen von mir zur Verfügung gestellt; die benötigten Lehrkräfte sind unter Angabe des Lehrgegenstandes und des voraussichtlichen Umfanges ihrer Unterrichtstätigkeit bei mir auf dem Dienstwege anzufordern.

3. Das Studium erfolgt nach den bisher eingeführten Studienordnungen der stillgelegten Musikhochschulen. Für Studierende des künstlerischen Lehramts an Höheren Schulen – Fachrichtung Musikerziehung – gilt die „Ordnung der Prüfung des künstlerischen Lehramts an Höheren Schulen im Deutschen Reich“ vom 20. August 1940 (MBIWEV. S. 416).
4. Als Semesterzeiten gelten die für die jeweiligen Universitäten festgesetzten Zeiten.
5. Die an den Hochschulen für Musik und Musikerziehung, an den Hochschulinstiuten für Musikerziehung, und an den Landes (Gau-) Musikschulen bisher verbrachten Semester sind auf das Studium voll anzurechnen.
6. Für diejenigen Studierenden, die ihr Studium fortsetzen, entfällt die Entrichtung einer Aufnahmegebühr an der Universität. Die Studiengebühren sind nach den Sätzen zu erheben, die an den stillgelegten Hochschulen für Musik und Musikerziehung und an den Hochschulinstiuten für Musikerziehung zuletzt gegolten haben. Die Studiengebühren bei der Universität in Greifswald sind nach den Sätzen der stillgelegten Staatlichen Hochschule für Musik in Berlin, die an der Universität Heidelberg nach den Sätzen der stillgelegten Hochschule für Musik Frankfurt a. M. und die Studierenden an der Universität Würzburg nach den Sätzen der Staatlichen Hochschule für Musik – Akademie der Tonkunst – München zu erheben. Die Einziehung erfolgt bis auf weiteres durch die Zahlstellen der in Betracht kommenden stillgelegten Hochschulen für Musik und Musikerziehung und der Hochschulinstiute für Musikerziehung, bei den Universitäten Greifswald und Heidelberg durch die Universitätsquästuren.
7. Der Unterricht ist in den bisherigen Gebäuden der stillgelegten Musikerziehungsanstalten oder in ihren Ausweichstellen zu erteilen, sofern die von den Universitäten bereitgestellten Räume nicht ausreichen. Wo geeignete Unterrichtsräume nicht vorhanden sind, wird der Universitätskurator beauftragt, das Weitere zu veranlassen. Etwa erforderliche Instrumente und sonstiges Lehrmaterial sind – soweit nicht vorhanden und örtlich nicht zu beschaffen – bei mir zu beantragen.
8. Über die haushalts-, kassen-, und rechnungsmäßige Behandlung ergehen weitere Weisungen.

#### IV.

1. Ich ersuche die Leiter der stillgelegten Hochschulen, Hochschulinstiute und Landes- (Gau-) Musikschulen, die Studierenden, die zur weiteren Ausbildung zugelassen sind, auf diese Möglichkeit hinzuweisen.

2. Befindet sich an dem hiesigen Studienort eins der neuen Universitätsinstitute, so haben die Studierenden am gleichen Orte zu verbleiben. Im anderen Falle bleibt die Wahl des Studienortes dem Studierenden überlassen.
3. Die Studierenden haben sich bei der für sie zuständigen oder gewählten Universität einzuschreiben, und zwar als ordentliche Studierende, sofern sie das künstlerische Lehramt an höheren Schulen – Fachrichtung Musikerziehung – gewählt haben, andernfalls als Studierende mit kleiner Matrikel.

#### V.

Zum 1. Februar 1945 ersuche ich um Bericht über die Zahl der eingeschriebenen Studierenden, aufgeteilt nach Kriegsbeschädigten, Kriegerwitwen, sonstigen Studierenden für das künstlerische Lehramt, und um zahlenmäßige Angabe der Studierenden der einzelnen Hauptfächer.

Die Direktoren der Landes- (Gau-) Musikschulen ersuche ich, bis zum 1. Februar 1945 die Zahl der bei Ihnen verbleibenden Kriegsbeschädigten zu melden, die auf Grund der vorstehenden Bestimmungen zum Weiterstudium berechtigt sind.

Rust.

#### An

- a) die Herren Direktoren der preußischen Hochschulen für Musik und Musikerziehung,
- b) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- c) den Herrn Direktor des Hochschulinstituts für Musikerziehung bei der Universität Königsberg i. Pr. – durch den Herrn Universitätskurator in Königsberg –,
- d) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,
- e) den Herrn Regierungspräsidenten der Reichshauptstadt Berlin in Berlin W 15, Lietzenburger Straße,
- f) die Herren Regierungspräsidenten in Preußen und in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Sudetenland,
- g) den Herrn Oberpräsidenten – Verwaltung des Provinzialverbandes – in Kiel,
- h) den Herrn Oberpräsidenten – Verwaltung des Provinzialverbandes – in Breslau,
- i) den Herrn Oberpräsidenten – Verwaltung des Provinzialverbandes – in Kattowitz,
- k) den Herrn Chef der Zivilverwaltung in Straßburg,
- l) die Herren Kuratoren der Universitäten in Berlin, Breslau, Graz, Greifswald und Wien,
- m) den Herrn Deutschen Staatsminister in Böhmen und Mähren – Deutsche Dienstpost Böhmen-Mähren –

zu m: mit der Bitte um Kenntnisnahme und Benachrichtigung des Kurators und des Rektors der Karls-Universität und des Hochschulinstituts für Musik in Prag.

Zu e bis m je mit 5 Überdrucken.

## ANHANG 5

Quellenverzeichnis für die Akademie für Musik und darstellende Kunst / das Hochschulinstitut für Musik und darstellende Kunst

### PRAG

#### **Knihovna Pražské konzervatoře**

Ohne Signatur

Bibliothek oder Teile der Bibliothek der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst/des Hochschulinstituts für Musik

V 12, Německá Akademie hudby v Praze/V9 C 23

– Gruppenbild (undatiert)

– Geschäfts-Protokoll (1921–1929)

– Inventarverzeichnis (Noten, Bücher, Instrumente, Lehrmittel)

– Karty Studentů německé hudební Akademie v Praze (?), 11

– Programme 1930–1931

#### **Archiv hlavního města Prahy**

Überlieferung der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst/Hochschulinstitut für Musik

Nr. 1–25, Matrikel (1920/21–1944/45)

Nr. 26, Schülerliste (1943–44)

Nr. 27, Prüf-Protokolle (1919–40)

Nr. 28, Prüf-Protokolle, Aufnahms-Protokolle (1939–1944)

Nr. 29, Staatsprüfungs-Protokolle (1924/25–1942/43)

#### **Archiv Univerzity Karlovy**

##### Bestand Kurator

11-22-01, Hochschulinstitut für Musik, 1941–1944, diverses, u.a. Stilllegung bzw. Einschränkung des Lehrbetriebes

11-22-02, Hochschulinstitut für Musik, 1942–1944, Angelegenheiten der Studierenden u.a.

13-02-22-02, Hochschulinstitut für Musik, Personalia Bd. 1, 1940–1944, diverses

13-02-22-02, Hochschulinstitut für Musik, Personalia Bd. 2, 1940–1944, diverses

13-02-22, 11-02-22-01 k. 16, 1940, 1943–44, Tanzabteilung, Listen der Lehrer, Prüfbericht

13-04-22-01, Hochschulinstitut für Musik 1940–1945, Reinemachefrauen, Hausmeister, Kanzlisten, Bibliotheksangestellte

14-22-01, 1943, Hochschulinstitut für Musik, Bauangelegenheiten

#### **Národní archiv**

##### Bestand Ministerstvo školství a národní osvěty

*Karton 3421*

Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst/Hochschulinstitut für Musik und darstellende Kunst, 1919–1941? (Überlieferung der Korrespondenz mit dem Ministerium)

## Bestand Úřad říšského protektora

*Karton 1144*

RP IV-2 M 8000, 1939–1943, Rudolfinum, diverses

IV M 8000 1939–1942, Rudolfinum, Allgemeines und Hausverwaltung  
8000, Rudolfinum, Baugeschichte

*Karton 539*

I-10, V-7-1 –v-7-k 1939–1944, Rudolfinum

## **BERLIN**

### **Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes**

#### Bestand Gesandtschaft Prag

Karton 23, Paket 27/1, Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst, 1926–1937

Karton 24, Paket 28/6, Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst, 1938–1939

### **Archiv der Universität der Künste**

#### Bestand 1 (Staatliche akademische Hochschule für Musik)

Nr. 5060 und 5061, Personalakten Franz Rühlmanns, enthalten: Reiseberichte

### **Archiv der Akademie der Künste**

Nachlass Fidelio F. Finke

### **Bundesarchiv**

#### Bestand R 31 (Kurator der deutschen wissenschaftlichen Hochschulen in Prag und der geschlossenen tschechischen Hochschulen)

Tabelle: Lehrende des Hochschulinstituts für Musik in Prag, Akten im Bestand R 31

Aktennr.	Laufzeit	Name und Fach der Lehrenden
1	1940–44	Avanzini, Angelo, Oboe
2	1940–44	Bartel, Erwin, Fagott
4	1940–42	Cervenka, Anton, Schlagzeug
7	1940–44	Felber, Marthe, Harfe???
8	1940–41	Fischer, Max, Operndramatischer Unterricht
10	1940–43	Franz, Leo, Chorgesang
14	1940–45	Friedrich, Gustav, Horn,
16	1943–44	Haas, Dr. Hermann, Musik zur Bewegung
17	1944–45	Habel-Wanka, Elisabeth, künstlerische Lehrkraft
18	1940–41	Hoche, Manfred, Sprachlehrer, italienisch, französisch
19	1943–44	Höninger, Franz-Alex, Musiklehrer, Elementarlehre, Kriegsvetreter
20	1940–41	Heinl, Otto, Posaune

<b>Aktennr.</b>	<b>Laufzeit</b>	<b>Name und Fach der Lehrenden</b>
22	1944	Jahn, Felizitas, künstlerische Lehrkraft
23	1943–44	Janda, Eduard, Schlagwerk
24, 24a–b	1918–1944	Josewski, Erwin, Professor 3. Bde., Schulmusik
24c	1940–45	Kalliwoda, Dr. Karl Günter, Violine
25	1940–42	Keilbarth, Josef, Dirigieren
29	1941	Lehovec, Otto, nationalsozialistische Weltanschauung
30	1944	Lübig/Lubich, Dorothea, Violine
65, 42	1943–45	Ludwig, Dr. Ernst, Musikgeschichte
33	1943–44	Morawetz, Franz, Klassische Tanzform
36	1940–44	Neumann, Erich, Cello
37	1940–45	Nordberg, Noe/Hermann von, Korrepetition, Theatergeschichte
38	1941–45	Novakowski, Anton, Kirchenmusik
39	1940–43	Opitz, Josef, Kunstgeschichte 2. Bde.
44	1941	Ribbentrop, Manfred von, Dramaturgie
48	1943–44	Schüller, Ingeborg, Haltungsschulung
49	1943–1944	Schwarz, Friederike, Korrepetition
50	1940–42	Storch, Franz, Kapellmeister, Orchesterübungen
51	1941–1944	Stratil, Friedl, Verwalter, Theorie
53	1940–1944	Tomschtschek, Josef, Kontrabaß
58	1940–44	Wanka, Leopold, Trompete
60	1940–41	Wildner, Alfred, Flöte
133	1940–1945	Nohl, Rudolf, Hausmeister
374	1943–1945	Fröhlich, Charlotte, Sprecherziehung
511	1940–43	Birk, Karl, Schauspiel
671	1940–1945	Schweyda, Willi, Geige
520	1940–1945	Brömse-Schünemann, Else, Gesang
594	1940–1945	Langer, Josef, Orgel und Klavier
595	1940–1945	Langer, Franz, Klavier
535	1944–1945	Finke, Fidelio, Direktor, Komposition
571	1940–1945	Kalix, Eugen, Klavier
579	1940–1945	Koch, Hans/Johann, Violine
658	1940–1945	Schauer, Hilde, Klavier
682	1940–1944	Veidl, Theodor, Theorie, Harmonielehre, Kontrapunkt
503	1940–1945	Dr. Augustin, Hans, Deutsch
530	1940–1945	Eppinger, Grete, Rhythmik
568	1940–1945	Jirtschak, Willibald, Klarinette
553a	1941–1945	Harbich, Adolf, Operngesang